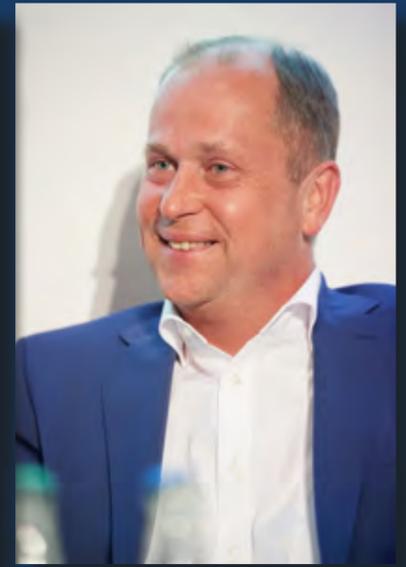




# Das BAPP-Jahrzehnt

# Blick ins BAPP-Familienalbum

Viele Politiker und Prominente sind als Gäste gekommen – und (als) Freunde geblieben.  
Erinnerungen an magische Momente und unvergessliche Menschen



Prof. Bodo Hombach, Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, ist seit November 2011 Präsident der Bonner Akademie. 2014 wurde der ehemalige Kanzleramtsminister zum Honorarprofessor ernannt



## „Die BAPP ist ein unablässiger Verstehensversuch mit kategorischem Praxisbezug“

In einem turbulenten Jahrzehnt hat die Bonner Akademie mitgewirkt, das Grundrecht des zivilisierten Meinungs-austausches zu stärken. Professor Bodo Hombach spricht im Interview über Philosophie und Programmatik, mediale Hütchenspieler sowie die wirklichen Weltmächte im digitalen Zeitalter.

**H**err Hombach, Sie haben die BAPP bei der Gründung mit einer Brücke zwischen Politik, Medien und Wirtschaft verglichen – wo lagen die „Ufer“ besonders weit auseinander?

**Prof. Bodo Hombach:** „Brücke und Ufer klingt etwas starr. Die BAPP hat sich als etwas Besseres erwiesen. Sie ist ein Werkzeug geworden. Kenner und Könner nutzen es mit den Besuchern. Die drei Bereiche – ich möchte sie durch „Kultur“ ergänzen – sind eine Quadrille, ein dynamisches Geschehen, wo Akteure ihren eigenen Blickwinkel haben, sich aber in wechselnden Figuren aufeinander beziehen. Solange sie einander beachten und respektieren, ist das Ergebnis mehr als die Summe der Einzelnen. Jemand sprach einmal von der Ökologie des Glücks: Niemand darf mehr Glück verbrauchen, als er produziert. Zu große Bevölkerungsteile fühlen sich nicht gehört, verstanden und erst recht nicht ernstgenommen. Das erkennen zu lassen und dem entgegenzuwirken, ist gerade in meinem Fokus.“

*Wie hat sich ganz praktisch die Annäherung der Gesellschaftsbereiche vollzogen beziehungsweise wie konnten Sie sie an der Bonner Uni organisieren?*

**Hombach:** „Die BAPP ist weder Kabinett, noch Parlament. Unser Beitrag ist bescheiden. Wir schaffen Ort und Gelegenheit, man könnte auch sagen: Raum und Zeit. Wir suchen nach relevanten Themen, im Glücksfall bevor sie in aller Munde sind. Wir laden Referenten und Diskutanten ein, die sich durch Alltagserfahrung legitimieren.“

Wir initiieren Forschung und kommunizieren die Ergebnisse. Als schlankes Werkzeug der Zivilgesellschaft können wir rasch und gezielt agieren. Wenn dann die richtigen Leute zusammentreffen, kann sich Erstaunliches ereignen. Dann sagt plötzlich ein ehemaliger Bundeskanzler: „Dieses Gespräch geht mir noch eine Weile nach.“ Oder ein NRW-Innenminister: „An eurer Studie kann ich nicht mehr vorbei.“

Die als Klassengesellschaft titulierte, war schon damals eine Gruppengesellschaft mit mehr als den marxischen Unterscheidungskriterien. Heute leben wir in einer Grüppchengesellschaft. Mal verbindet die wenig. Dann will sie sich in Gleichdenk und -schritt fügen, um danach schnell wieder zu pluralisieren. Manche Ansichten wandeln sich vom Morgen zum Abend. Wir müssen das Verbindende besser verstehen, das Trennende erfahren wir ohne Unterlass.

Das Großartige an dieser gut geführten Universität ist die einfache Grenzüberschreitung zu anderen Fachrichtungen, Experten und Kompetenzen. Das hilft beim Verstehen so vieler scheinbar regelloser Dynamiken.“

*Gibt es im Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt besonders nachhaltige (Erfolgs-) Erlebnisse?*

**Hombach:** „Ich habe mich über die berechtigte Auszeichnung der ehrwürdigen Bonner Universität als Exzellenz-Universität sehr gefreut. Der großartige Rektor Herr Prof. Dr. Hoch wurde kürzlich zum zweiten Mal zum Hochschulmanager des Jahres gekürt – verdientermaßen. Schön, dass ich in dieser tollen Mannschaft hier etwas trainieren darf.“

## „Die Qualität des öffentlichen Diskurses ist gewiss verbesserungswürdig“



**Der Austausch zu Europas Zukunft kann durchaus gute Laune machen: Hombach und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker**

*Sie sind sowohl mit dem politischen als auch mit dem journalistischen Tagesgeschäft eng vertraut. Erkennen Sie innerhalb der vergangenen 10 Jahre einen Wandel der politischen und medialen Kultur und falls ja – hat sich dieser durch die aktuelle Corona-Krise verschärft?*

**Hombach:** „Ganz klar: Ja. Alle Bereiche der Gesellschaft erleben einen Stress-Test. Je nach Spannkraft wachsen die einen an den Herausforderungen. Andere sind ihnen nicht gewachsen. Die Qualität des öffentlichen Diskurses ist gewiss verbesserungswürdig. Der sich verbreitende intentionale Journalismus erodiert die Glaubwürdigkeit der bisher etablierten Presse.“

Die Beschreibungssprache der Realität ist mancherorts nicht mehr das geprüfte Faktum, sondern das propagandistische Wording. Argumente verarmen durch Lautstärke und Vernichtungsabsicht. Wenn Amtsträger aufgeben, weil sie und ihre Familien massiv bedroht werden, nähert sich die politische Kultur dem Kältepol.

Die Pandemie relativiert ein paar Dogmen und weckt verschüttete

te Kräfte. Sie verschärft aber auch Zerfallstendenzen.

Was mir Sorgen macht: Die eng getaktete Interdependenz unserer Systeme macht sie anfällig. Was lange und mühsam aufgebaut wurde, kann man sehr schnell zerstören. Ein reifes Kornfeld kann man mit einem Streichholz vernichten.“

## „Die wirklichen Supermächte heißen nicht mehr Amerika, Europa, Russland oder China, sondern Amazon, Ebay, Apple und Microsoft“

*Welche Rolle spielen die Medien – sowohl die klassischen Medien als auch soziale Netzwerke – in diesem Kontext?*

**Hombach:** „Sie sind von größter Wichtigkeit. Da wir in unserer komplexen Welt nur noch geringfügig aus Primärerfahrungen schöpfen, haben wir nicht mehr Schwielen an der Hand, sondern Bilder im Kopf. Medien erzeugen diese Bilder. Es ist lebenswichtig, dass hier nicht nur Hütchenspieler und Beutelschneider am

Werk sind, sondern professionell und unabhängig arbeitende Könner, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und deshalb auch noch Zweifel an sich heranlassen.

Der sogenannte Haltungsjournalismus feiert sich selbst. Das Unbehagen daran wächst.

Mit dem Handy hat heute jeder einen Volksempfänger und einen Weltsender in der Hosen- oder Handtasche. Und während er noch glaubt, er sei der souveräne Nutzer wunderbarer Möglichkeiten, ist er in Wirklichkeit nur noch ferngesteuertes Terminal der Datensammler.

Die wirklichen Supermächte heißen nicht mehr Amerika, Europa, Russland oder China, sondern Amazon, Ebay, Apple und Microsoft. Wir brauchen noch den ganzen Rest des Jahrhunderts, um die (a)sozialen Medien neu zu buchstabieren und ihnen humane Umgangsformen beizubringen. Und die gezielt geförderte Massengesellschaft ist nicht etwa problembewusst. Sie klebt am süßen Fliegenfänger und sagt „so what!“.

*Wie ist der derzeit angespitzten Stimmung in den politischen und medialen Debatten zu begegnen? Wie können wir lernen, wieder „miteinander“ zu reden und zuzuhören?*

**Hombach:** „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Erich Kästners Vers sollte das „Dem deutschen Volke“ über dem Reichstag ersetzen. Der kluge Schweizer Botschafter Guldemann hat in einer BAPP-Veranstaltung mal über den vom Kaiser gespendeten Satz gesagt: „Den sehe ich immer von meinem Arbeitszimmer und frage mich, wer ist eigentlich das Subjekt hinter dem Objekt?“.



**2014 überreichten Prof. Dr. Jürgen Fohrmann (l.) und Prof. Dr. Andreas Bartels, Dekan der Philosophischen Fakultät (r.) die Ernennungsurkunde zum Honorarprofessor der Universität Bonn an Prof. Bodo Hombach**

Die BAPP ist ein unablässiger Verstehensversuch und zugleich Übungsgelände. Vor allem der kategorische Praxisbezug ist ein Korrektiv für die Neigung zum widerspruchsfreien System oder abgehobener Parole.

## „Das Volk, nach dem sich die Volksparteien benennen, gibt es nicht“

„Bei allem is wuatt!“ sagen die Sauerländer. Welch schönes Eingeständnis resignierter Weisheit! Auf die Frage, womit er sich gerade beschäftige, lässt Bert Brecht seinen Herrn K. antworten: „Ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.“

Wir müssen die eigene Fehlbarkeit wiederentdecken. Dann können wir die des Meinungsgegners leichter ertragen. Man muss es ja nicht so weit treiben wie Thomas von Aquin. Der sagte: Ich darf meinem Gegner erst dann widersprechen, wenn ich das Beste seiner Argumente überzeugender vortragen kann als er selbst.“ Da kann ich nur sagen: „Wow!“

*Seit einigen Jahren erleben wir eine Krise der Volksparteien. Welche Veränderungen wird diese mit sich bringen und wie werden sich Parteiensystem und Parteienlandschaft entwickeln?*

**Hombach:** „Das „Volk“, nach dem sich die Volksparteien benennen, gibt es nicht. Die klassischen Milieus haben sich weitgehend aufgelöst. Warum sollten die „Milieus“ der Volksparteien davon verschont bleiben? Sie haben nicht mehr die alte Integrationskraft, schon gar nicht durch ihre Programme. Niemand glaubt ihnen noch das aufgeregte Flügelschlagen. Es hilft auch nicht, sich immer nur über die Konkurrenz zu definieren.“

Das Parlament der Zukunft? Ich kenne es nicht. Aber vermutlich ist es nicht mehr der geregelte Konflikt von konservativ, sozial und liberal. Es ist eine Patchwork-Familie mit langen Stimmzetteln, One-issue-Parteien und anstrengenden Umgangsformen. Wir sollten uns darauf einstellen.“

*Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen: Was glauben Sie, in welche Richtung sich die politische Kultur nach der BTW 2021 und somit dem Ende der Ära Merkel entwickeln wird?*

**Hombach:** „Prognosen sind schwierig, besonders, wenn es sich um Zukunft handelt. „Wir wissen heute noch nicht, was wir morgen wissen werden.“ (Karl Popper). Die erste Bundeskanzlerin der Republik hat uns alle überrascht und viele irritiert durch Pragmatismus und Geduld. Sie war unberechenbar, weil sie nicht über jedes Stöckchen sprang, das ihr jemand hinhielt. Sie war sogar fähig, das Richtige zu tun, obwohl es die Konkurrenzpartei vorgeschlagen hatte. Andererseits blieb auch vieles liegen. Die

Probleme verschwinden nicht durch Kompostieren. Ich fürchte, wir geraten in schwieriges Wasser. Die politische Agenda ist voll grundstürzender Fragen, und die Bereitschaft schwindet, sie in unruhiger Geduld sachlich zu bearbeiten. Im Gegenteil: Auf breiter Basis erleben wir Regressionen in kindliches oder pubertäres Verhalten. Das ist dann Wut statt Zorn, Clan statt Gemeinschaft, Sprechchor statt Debatte und die Stunde der Rabulisten, die sich Lösungen nur als Tabula rasa vorstellen können.“

## „Die BAPP ersetzt als Versammlungsort die Dorflinde und den Brunnen“

*Welche Rolle kommt Institutionen wie der BAPP bei Förderung des zivilisierten Meinungsaustausches in Zukunft zu?*

**Hombach:** „Ihre wichtigste Rolle: Es muss sie geben. In der Demokratie sind Öffentlichkeit und freier Diskurs keine Veranstaltung „für“ die Gesellschaft. Sie sind eine Veranstaltung „der“ Gesellschaft. Diese wählt sich – auf Widerruf – eine Regierung, und die kann nichts „allergnädigst“ gewähren oder per Verlautbarungen durchsetzen.“

Der zivilisierte Meinungsaustausch ist ein Grundrecht. Es existiert, weil und so lange es die Bürger beanspruchen. Sie versammeln sich, um ihre Sicht der Dinge zu artikulieren und über offene Fragen zu diskutieren. Anlässe gibt es genug. Es braucht aber – wie gesagt – Ort und Gelegenheit. Früher war das die Dorflinde für die Männer und der Brunnen für die Frauen. Heute ist das für beide Geschlechter eine Institution wie die BAPP.“



Sigmar Gabriel war in vielfältiger Funktion zu Gast in Bonn, stieß dabei immer wieder bundesweit wahrgenommene Debatten an



John Kornblum (Mitte), von 1997 bis 2001 US-Botschafter in Deutschland, gab 2012 spannende Einblicke in die amerikanische Politik unter Obama



Pioneer-Chefredakteur Michael Bröcker, Uli Hoeneß, Bodo Hombach, Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck sowie Ex-Schalke-Chef Clemens Tönnies

**Verstehensversuch mit Bezug zur Praxis**  
BAPP-Präsident Professor Bodo Hombach im Interview

---

**Erkenntnis beginnt mit der richtigen Frage**  
Leitgedanken zur Gründung der Bonner Akademie

---

**Heim- und Auswärtsspiele**  
Wechselnde Besuche festigten Kontakte zu Partnern in China und den USA

---

**Ein Jahrzehnt BAPP**  
Die Entwicklung der Akademie im Spiegel des Weltgeschehens

---

**Vitaler Diskurs braucht neue Formate**  
Gründungs-Geschäftsführer Dr. Boris Berger im Interview

---

**Think Tank für praxisnahe Lösungsansätze**  
Forschungs- und Publikationsangebot mit Schwerpunkt auf aktuelle Themen

---

**Künstler und Kicker auf politischer Bühne**  
Nicht nur Peter Maffay und Uli Hoeneß belebten die Debatten

---

**Gesichter der BAPP**  
Gäste und Gremien aus einem Jahrzehnt

---

**TOP 10: Gedanken zu unserer Zukunft**  
10 kluge Köpfe ordnen gesellschaftliche Herausforderungen sowie Perspektiven der BAPP ein

---

**Was erwartet Politik von der Wissenschaft – und was nicht?**  
Von Gerhard Schröder

---

**Eine Frage des Vertrauens**  
Von Ulrike Demmer

---

**Macht Sinn**  
Von Dr. Hajo Schumacher

---

**Gerade jetzt und mehr denn je: Zusammenhalten!**  
Von Serap Güler

---

Seite 4/9

Seite 12/13

Seite 14/15

Seite 16/39

Seite 40/43

Seite 44/45

Seite 46/47

Seite 48/55

Seite 56/57

Seite 58/63

Seite 64/65

Seite 66/67

Seite 68/69

**Galileo würde heute als Wissenschaftsleugner diffamiert**  
Interview mit Prof. Dr. Hendrik Streeck

---

**Die Zukunft Europas**  
Von Alexander Graf Lambsdorff

---

**Debatte braucht wieder Kultur**  
Interview mit Anja Bröker

---

**Schafft Identität auch Heimat?**  
Interview mit Dr. Wolfram Eilenberger

---

**Wie findet Kirche wieder zu den Menschen – und umgekehrt?**  
Von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

---

**Aufstiegsversprechen und ein Jahrzehnt der Modernisierung**  
Von Armin Laschet

---

**Ausblick auf die Post-Corona-Ära**  
Pandemie als Beschleuniger der Modernisierung

---

**Zahlen bitte!**  
Entwicklung der Veranstaltungen und Workshops von 2011 bis heute

---

Seite 70/71

Seite 72/73

Seite 74/75

Seite 76/77

Seite 78/79

Seite 80/81

Seite 82/83

Seite 84/85

## Impressum

Herausgeber  
Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH  
Geschäftsstelle: Heussallee 18-24, 53113 Bonn

V.i.S.d.P.  
BAPP

Fotos:

Alle © BAPP (Fotografen: Günther Ortmann / Volker Lannert), mit Ausnahme von: picture alliance / dpa | Abc Tv (S. 19 oben); Alexandros Michailidis / Shutterstock.com (S. 20 oben); Roman Yanushevsky / Shutterstock.com (S. 20 unten); Joseph Sohm / Shutterstock.com (S. 21 oben); pixabay.com (S. 23 oben, S. 33 oben); Dimitrije Ostojic / Shutterstock.com (S. 24 oben); AGIF / Shutterstock.com (S. 25 oben); gerd-harder / Shutterstock.com (S. 26 oben); Giannis Papanikos / Shutterstock.com (S. 27 oben); Rupert Rivett / Shutterstock.com (S. 28 oben); Gino Santa Maria / Shutterstock.com (S. 29 oben); aldorado / Shutterstock.com (S. 30 oben); picture alliance / Michael Kappeler/dpa (S. 30 unten); picture alliance / REUTERS | POOL (S. 31 oben); picture alliance/dpa/dpa-POOL | Swen Pförtner (S. 35 oben); HUI YT / Shutterstock.com (S. 37 oben); Johnny Silvercloud / Shutterstock.com (S. 39 oben); Marco Urban (S. 59); Bundesregierung-Bergmann (S. 65); Annette Hauschild (S. 66); Land NRW / R. Sondermann (S. 68); Hendrik Streeck (S. 70); Alexander Graf Lambsdorff (S. 73); Land NRW / Laurence Chaperon (S. 80)

Konzeption, Layout und Grafik, Druck  
ICEBREAKER Werbeagentur, Köln-Pulheim, www.break-the-ice.de

© BAPP  
Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der BAPP unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

# Erkenntnis beginnt mit der richtigen Frage

Die Bonner Akademie wurde gegründet, um Theorie und Politikpraxis anzunähern. Im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien sollen neue Blickwinkel erschlossen werden

Am Anfang war da die Idee einer Brücke. Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) wurde ins Leben gerufen, um eine neue Verbindung zwischen der universitären Politikwissenschaft und der politischen Praxis herzustellen.

„Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass Theorie und Politikpraxis miteinander fremdeln“, so der damalige Universitätsrektor Jürgen Fohrmann, der zunächst den Wissenschaftlichen Beirat der Bonner Akademie leitete und nach Beendigung dieser Tätigkeit in das Kuratorium aufgenommen wurde.

Mit der Akademiegründung am 4. Oktober 2011 wurde das Vorhaben einer engeren Vernetzung von wissenschaftlicher Forschung und praktischer Politik in die Tat umgesetzt. Von Beginn an war die Bonner Akademie eine forschende

Einrichtung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien. In der Anfangszeit stützte sich die Arbeit der BAPP vor allem auf Lehrangebote für Studierende und Postgraduierte sowie auf praxisnahe Forschung unter der Mitwirkung von Expertinnen und Experten aus den genannten Bereichen. Nach einer Konzeptionsphase im Winter 2011 wurden ab 2012 erste Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte, aber auch Podiumsdiskussionen und Publikationsvorhaben umgesetzt, sodass sich das Tätigkeitsfeld der Bonner Akademie heute auf

vier Säulen stützt: die öffentlichen Podiumsdiskussionen, die Forschungsarbeit, das Lehrangebot und das breite Publikationsspektrum.

Der Leitgedanke der BAPP hat an Aktualität nicht eingebüßt. Als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis stehen die praxisbezogene Forschungsarbeit und Wissensvermittlung seit der Gründung auf der Tagesordnung. Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart hat die Vermittlung unterschiedlicher Perspektiven einen hohen Stellenwert für die Bonner Akademie eingenommen. Die Diskussion aktueller Themen im Spannungsverhältnis von Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft ist seit jeher Steckenpferd der BAPP. So waren es auch die Erkenntnisgewinne durch diesen multiperspektivischen Ansatz, die Prof. Bodo Hombach von Beginn an besonders angetrieben

haben. „Ich will Fragen hören, auf die ich noch keine Antwort weiß“, kommentierte Hombach 2011 sein neues präsidiales Ehrenamt. Und noch heute beendet er seine Eröffnungsreden bei Podiumsdiskussionen gerne mit dem Satz „Wir werden den Saal klüger wieder verlassen, als wir gekommen sind.“

Der Wissensdurst ist also geblieben, ebenso wie das Charakteristikum der BAPP, verschiedene Blickwinkel auf die großen Fragestellungen unserer Zeit zu vereinen.



Im Flyer zur Gründung erschien die BAPP als neue Brücke zwischen praktischer Politik und medialer Wahrnehmung

## Anstoß zur Akademie



Zu den Machern der ersten Stunde zählten Dr. Boris Berger, Prof. Bodo Hombach, Prof. Jürgen Fohrmann sowie Prof. Dr. Volker Kronenberg (von links)

# Heim- und Auswärtsspiele

Zum Blick über den Tellerrand gehören Begegnungen vor Ort. Wechselnde Besuche festigten die guten Beziehungen nach China, in den USA ging es um Energie- und Umweltpolitik



Bei der USA-Forschungsreise 2013 stand die Energiewende thematisch im Vordergrund. Hier besuchte das Team ein Schiefergasfeld nahe Pittsburgh, Pennsylvania



Treffen der Delegation der Bonner Akademie mit Bill Keating, Kongressabgeordneter und stellv. Vorsitzender des Europa-Ausschusses, während einer Forschungsreise nach Washington und Pittsburgh im Jahr 2013



2014 fand in Bonn das 2. „Deutsch-Chinesische Akademische Forum“ (DCAF) statt, das in Kooperation mit der Chinese Academy of Social Science (CASS), der höchsten chinesischen Wissenschaftseinrichtung für Sozialwissenschaften, ausgerichtet wurde



Im Rahmen der USA-Forschungsreise 2013 wurden beim Lunch mit Vertretern verschiedener Unternehmen aus Pittsburgh wichtige und vielschichtige Impulse zum Thema politischer und wirtschaftlicher Großprojekte gesammelt



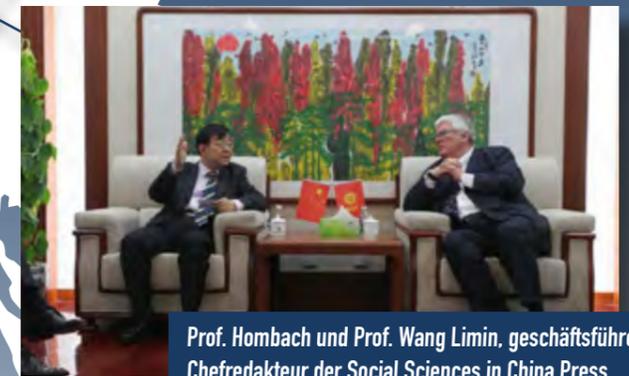
Das 4. „Deutsch-Chinesische Akademische Forum“ (DCAF), zu dem ausgewählte chinesische Wissenschaftler und Experten mit namhaften deutschen Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Medien und Wirtschaft zusammenkamen, fand 2016 in Berlin statt



Beim 4. „Deutsch-Chinesischen Akademische Forum“ (DCAF) diskutierten rund 40 deutsche und chinesische Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien zu dem Thema „Neue Entwicklungskonzepte und gesellschaftliche Transformationsprozesse“



Der Präsident der BAPP mit den chinesischen Gastgebern des 5. „Deutsch-Chinesischen Akademischen Forums“ (DCAF) in Peking: Prof. Qiu Zeqi, Universität Peking, Prof. Bodo Hombach, Prof. Wang Yi, Dekan der juristischen Fakultät der Renmin Universität China (RUC), Prof. Wang Limin, Chefredakteur der SSCP, Prof. Zhang Shucun, Präsident der Shandong Akademie für Sozialwissenschaften (CDASS) (v.l.n.r.)



Prof. Hombach und Prof. Wang Limin, geschäftsführender Chefredakteur der Social Sciences in China Press (SSCP), stellten 2012 die Weichen für die erfolgreiche Kooperation, die bis heute jährlich stattfindet – einzige Ausnahme sind die Aussetzer 2020/2021 durch die Corona-Pandemie



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. „Deutsch-Chinesische Akademische Forum“ (DCAF) in Shanghai. Das Thema der Tagung war „Strategies for a Better Working World – Cooperation Between China and Germany“

» In einer immer komplexer werdenden Welt braucht es neue Lösungs- und Erklärungsansätze für die Herausforderungen unserer Zeit. Hier knüpft die Bonner Akademie an, will hinterfragen, diskutieren und möglichst praktische Antworten finden – und übernimmt somit eine gleichermaßen anspruchsvolle, wichtige und unterstützenswerte Aufgabe, weshalb ich gerne regelmäßiger Gast der Akademie bin.

*Ex-Außenminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel*



# Ein Jahrzehnt

# BA|PP

Menschen haben die Bonner Akademie geprägt, in hochkarätig besetzten Debatten, bei Workshops mit Fachleuten und als Mitarbeiter. Die Rückschau zeigt auch auf, welche Weltereignisse den Diskussionskontext beeinflussten.

Großes Medienecho: Professor Bodo Hombach schaffte es sogar als „Gewinner des Tages“ auf die Seite 1 der BILD-Zeitung

# Hombach gründet Politik-Akademie

„Ich bringe Erfahrungen ein und nehme überraschende Erkenntnisse mit.“  
Bodo Hombach  
WAZ-Geschäftsführer



Politik-Akademie mit viel Prominenz  
Hombach wechselt in die Wissenschaft  
Neuer Job für Medienprofi und Ex-Johannes-Rau-Berater Bodo Hombach (59, SPD): Er wird Präsident der neuen Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (Uni Bonn).

## Neue Brücke zwischen Politik und Praxis

Die meisten Menschen in Deutschland verknüpften das Kürzel bis hierhin eher mit einer Rockband: 2011 schlug die Geburtsstunde der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP). Die Gründung stieß auf ein reges Medienecho, regional und national wurde über den neuen Think-Tank am Rhein berichtet.

Weil die BAPP-GmbH im späten Herbst gegründet wurde, waren das Team und die frischgegründeten Gremien in den letzten Monaten des Jahres hauptsächlich mit Planung und Konzeption unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Volker Kronenberg und Prof. Dr. Frank Decker be-



Uni-Rektor Prof. Jürgen Fohrmann erläuterte Perspektiven der neuen Akademie

schäftigt. Die ersten Projekte und Veranstaltungen sollten dann bereits im Frühjahr 2012 folgen. Noch im Gründungsjahr bezog die BAPP ihren Sitz in der Heussallee in Bonn mitten im alten Regierungsviertel, in der ehemaligen Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund. Das geschichtsträchtige Gebäude repräsentiert die Nähe zur politischen Praxis, weiterhin unterstreicht die Nachbarschaft zu Universität, Radio, Fernsehen, internationalen Organisationen und Unternehmen das Selbstverständnis der Akademie als Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien.



Die Idee, der Gründungsgedanke der BAPP lautete, eine stärkere Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis herzustellen und eine Basis für einen intensiven Austausch von Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft zu schaffen.

Professor Jürgen Fohrmann

## Fukushima stoppt AKW-Zeitalter



In Block 1 bis 3 des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi kam es zur Kernschmelze. Die Folgen wirken bis heute nach. Japan will ab 2021 verseuchtes Löschwasser ins Meer leiten

Am 11. März erschüttert um 14.45 Uhr ein Erdbeben der Stärke 8,9 weite Teile Japans. Zwei Stunden später bricht über den Norden ein Tsunami herein, bis zum Dezember werden knapp 16.000 Todesopfer gezählt. Als Folge der Nuklearkatastrophe wird in Deutschland am 30. Juni beschlossen, ab 2022 ganz auf Atomstrom zu verzichten.

Im Beisein von Vertretern aller wichtigen Adelshäuser sowie Elton John und den Beckhams geben sich am 29. April in London Prinz William und Catherine Middleton das Ja-Wort. Das

Kleid der Duchess of Cambridge hatte Sarah Burton geschneidert, Catherines Schwester Philippa („Pippa“) wurde dank ihrer fulminanten Rückansicht berühmt.

Verboten einer Pandemie? Im Mai und Juni infizieren sich in Deutschland fast 4000 Menschen an „Enterohämorrhagische Escherichia coli“, kurz Ehec. Die Keime lösen blutige Durchfallerkrankungen und Nierenversagen aus, 53 Patienten sterben. Der gefährliche Erreger kam wohl in Bockshornkleesamen aus Ägypten nach Deutschland.

### DAS GING AB BEI DER Die Anschrift ist Programm



Heussallee 18-24 – die Adresse erinnert an den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss. Er vereinte als Journalist, Publizist, Politikwissenschaftler und liberaler Politiker das Arbeitsfeld der BAPP in einer Person



Professor Volker Kronenberg half maßgeblich bei der Anbindung der neuen Akademie an die Bonner Uni



Seit November 2011 ist Professor Frank Decker einer der wissenschaftlichen Leiter der BAPP

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

2.501.000 pflegebedürftige Menschen meldet das Statistische Bundesamt im Jahr 2011. Zehn Jahre später ist die Zahl auf 4.127.605 angestiegen.

Am 26. September werden beim Generalstreik auf den Straßen Griechenlands EU-Fahnen angezündet, kurz darauf auch in Spanien



# Europa in der Zerreißprobe 2012

Am 17. Januar wird Martin Schulz (SPD) zum Präsidenten des EU-Parlamentes gewählt. Aus deutscher Sicht ein erfolgreicher Auftakt in ein Jahr, das die europäische Idee an den Rand des Scheiterns bringen sollte...



Martin Schulz war von 2012 bis 2017 EU-Parlamentspräsident

Im Dauerstreit um Finanzhilfen kommt es nach den Neuwahlen in Griechenland zum Generalstreik, auch in anderen südeuropäischen Ländern brennen die Europafahnen – obwohl am 8. Oktober endlich der Europäische Rettungsschirm (ESM) beschlossen wird. Bis zu 500 Milliarden Euro sollen im Bedarfsfall verteilt werden, Deutschlands Haftungsgrenze wird bei maximal 190 Milliarden Euro festgelegt.

Dennoch muss Angela Merkel einen Tag später beim Staatsbesuch in Griechenland von 7000 Polizisten geschützt werden, 50000 Menschen protestieren in Athen gegen die Sparauflagen der EU. Die deutsche Kanzlerin wird in vielen Ländern Südeuropas zur Hassfigur.

Die Bonner Akademie nimmt die Debatte um Europas Zukunft im Diskussionsforum „Europas Demokratie im Wandel“ auf. Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, SPD-Chef Sigmar Gabriel sowie die Professoren Dr. Klaus Gretschmann und Dr. Jürgen Formann analysierten die Situation. Fazit: Was heute „für Jugendliche eine Selbstverständlichkeit ist“ (Fohrmann), wurde in der Geschichte aus schmerzlichen Kriegserfahrungen geboren. „Europa ist das größte Erfolgserlebnis unserer Geschichte“, so BAPP-Präsident Prof. Bodo Hombach in der Begrüßungsrede. Es sei jedoch immer eine „Ver-nunftfehe“, weniger ein „Rauscherlebnis“ gewesen. „Die Männer, die es gründeten, hatten eine historische Erfahrung. Und die war teuer bezahlt.“

Weil sie über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beigetragen habe, erhält die Europäische Union am 10. Dezember in Oslo den Friedensnobelpreis.



Wieso freuen sich die europäischen Bürger nicht darüber, dass sie bei den Olympischen Spielen mehr Goldmedaillen geholt haben als die USA und China zusammen?

Hans-Dietrich Genscher

## Yes, he can again! Obamas 2. Amtszeit



Barack Obama feierte seine Wiederwahl als 44. US-Präsident

In der Nacht zum 14. Januar rammt das Kreuzfahrtschiff „Costa Concordia“ vor der italienischen Insel Giglio einen Felsen, 32 Menschen sterben.

Weil die Staatsanwaltschaft Hannover einen Antrag zur Aufhebung seiner Immunität stellt, tritt Bundespräsident Christian Wulff am 17. Januar zurück. Gut ein Jahr später wird er vom Vorwurf der Vorteilsnahme freigesprochen.

Stärkste Kraft: Bei vorgezogenen Neuwahlen am 13. Mai in NRW siegt die SPD geführt von Hannelore Kraft (39,1 Pro-

zent). Die vorherige Minderheitsregierung mit Silvia Löhrmann (Grüne/11,3 Prozent) wird fortgesetzt, die CDU rutscht auf 26,3 Prozent ab.

Auf ein Neues: Am 6. November steht die Wiederwahl Barack Obamas als US-Präsident fest, nachdem Herausforderer Mitt Romney seine Niederlage eingeräumt hat.

Am 11. November schließt sich die syrische Opposition zur „Syrischen Nationalkoalition“ zusammen. Der Bürgerkrieg hat nach UN-Angaben bereits 40.000 Todesopfer gefordert.

### DAS GING AB BEI DER Debatte um Europa im Wandel



Evonik-CEO Dr. Klaus Engel (links) im Gespräch mit IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und Sigmar Gabriel. Der SPD-Vorsitzende warnte in der Europa-Debatte: „Ein ‚Fatalismusüberschuss‘ gefährdet die demokratische Weiterentwicklung Europas.“



Hans-Dietrich Genscher plädierte für mehr Wir-Gefühl in Europa



BAPP lebt: In den ersten Workshops wurde engagiert diskutiert

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

Kurz nach Börsengang 2012 wurde die Facebook-Aktie mit 23 Euro gehandelt. Wer damals kaufte, hat sein Investment inzwischen verzehnfacht.

# 学术高层论坛(2013)

## 1. Deutsch-Chinesisches Akademisches Forum (2013)

气候变化与全球治理  
Climate Change and Global Governance

广东中山 2013年5月27日-28日  
Zhongshan, Guangdong 27.-28. Mai 2013



# BAPP stößt die Tür nach China auf 2013

Der Jahresrückblick der Tagesschau beginnt mit einem Foto aus der chinesischen Hauptstadt Peking, wo im Januar erstmals die Smog-Alarmstufe Orange ausgerufen wird. Vor allem der gefährliche Staub aus Kohlekraftwerken ist Grund für die hohe Luftverschmutzung, zu der aber auch die steigende Zahl der Autos in der Stadt beiträgt. Zulassungen für Neuwagen werden als Konsequenz nur noch in einer Lotterie vergeben - mit Chancen von eins zu 90. Im Kontext dieser Herausforderung fand die in China vielbeachtete Auftaktveranstaltung des „Deutsch-Chi-



Unter dem Oberthema „Climate Change and Global Governance“ diskutierten 30 Wissenschaftler beider Länder zwei Tage lang über den Klimawandel

nesischen Akademischen Forums“ am 27. und 28. Mai 2013 statt. Das Deutsch-Chinesische Akademische Forum ist eine Dialogplattform, die die Bonner Akademie 2011 in enger Kooperation mit der Chinese Academy of Social Science (CASS) ins Leben gerufen hat. Sie soll den regelmäßigen und langfristigen Austausch deutscher und chinesischer Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien fördern. Vertreter beider Länder sollen miteinander über aktuelle politische Fragen diskutieren, sich austauschen und dabei besser verstehen lernen.



Es geht uns auch darum, Kooperationen zu begründen, zu vertiefen und neu zu entwickeln. In unserer nervösen Welt sind Anstrengungen, einander zu verstehen und Probleme gemeinsam zu meistern, leider selten geworden. [...] Unser Kreis hier hat diese Tugend zu seiner Praxis gemacht.

Professor Bodo Hombach, Präsident der BAPP

## Wir sind nicht mehr Papst!



Benedikt XVI. fühlte sich den Anforderungen des höchsten geistlichen Amtes in der Katholischen Kirche nicht mehr gewachsen

Im Februar gibt Benedikt XVI. als erster Papst seit über 700 Jahren bekannt, freiwillig mit 85 Jahren auf sein Amt verzichten zu wollen. Joseph Ratzinger hatte bei seiner Wahl die Vorlage zur legendären BILD-Schlagzeile „Wir sind Papst“ geliefert. Nachfolger wird der Argentinier Jorge Mario Bergoglio, der 265. Papst nennt sich Franziskus.

Thomas Bach (59) wird im September in Buenos Aires als erster Deutscher zum Präsident des Internationalen Olympischen Komitees gewählt.

Bei der Bundestagswahl am 22. September holt Angela Merkel mit der CDU/CSU 41,5 Prozent der Stimmen, wird erneut Kanzlerin. Da Koalitionspartner FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, wird die erste Groko mit der SPD (25,7 Prozent) geschmiedet. Am 16. Dezember unterschreiben Sigmar Gabriel (SPD), Horst Seehofer (CSU) und Merkel den Koalitionsvertrag.

Am 5. Dezember stirbt Nelson Mandela im Alter von 95 Jahren. Der südafrikanische Nationalheld war 1994 zum ersten schwarzen Präsidenten des Landes gewählt worden.

DAS GING AB BEI DER



### Bremst Deutschland Europas Zukunft?



BAPP-Gäste sind nicht selten auf dem Sprung nach oben! Frank Walter Steinmeier stand 2013 noch als Fraktionschef der SPD auf dem Podium, der spätere Außenminister ist seit 2017 Bundespräsident



Friedrich Merz sprach zum deutsch-amerikanischen Verhältnis



Dr. Edmund Stoiber forderte die Abkehr vom Europa der Eliten



Wolfgang Clement forderte europäische TV-Sender und Zeitungen

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

Die „Die Welt“ verkaufte 2011 noch 252.804 Exemplare, inzwischen ist die Auflage auf 70.883 gesunken. Nur ein Beleg für den Auflagen-Sturzflug der Tageszeitungen und die Krise der Printmedien.

Wladimir Putin stößt die europäischen Nachbarn mit seiner aggressiven Politik immer wieder vor den Kopf

# Putin als Biedermann und Brandstifter 2014

Am 7. Februar eröffnet Wladimir Putin die Olympischen Winterspiele in Sotschi. Zur Erinnerung: In der Antike verpflichteten sich für die Dauer der Spiele alle teilnehmenden Staaten zu Frieden und Waffenruhe. In Russland laufen jedoch bereits Vorbereitungen zur Erweiterung des eigenen Machtbereichs in der Ukraine. Denn in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eskalieren gerade die Proteste gegen den Russland-treuen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der in der zweiten Februarhälfte flüchtet. Am 23. Februar erklärt Präsident Putin, dass man Vorbereitungen zur „Rückholung der Krim zu Russland“ treffen müsse, „um den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden“. Die Armee besetzt strategisch wichtige Positionen auf der Halbinsel. Am 6. März spricht sich das demokratisch nicht legitimierte Parlament für einen Anschluss an Russland aus, der am 16. März durch ein nach ukrainischem Recht illegales Referendum legi-

timiert wird. Ähnliche Volksentscheide führen im Mai zur Abspaltung von Lugansk und Donezk, wo sich von Russland unterstützte Kämpfer einen Bürgerkrieg mit der ukrainischen Armee liefern. Am 17. Juli fordern die Kämpfe weitere unschuldige Opfer: Eine Boeing 777 der Malaysia Airlines wird von Rebellen auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über der Ostukraine abgeschossen, 298 Menschen sterben. Krieg und Terror werden auch vom sogenannte Islamischen Staat in die Welt getragen. Am 4. Januar erobern die Terroristen die irakische Stadt Falludscha, weitere Gebiete in der Region werden unterjocht. Im Juni erklärt der IS in Syrien das „Kalifat“, der Vormarsch in Nordsyrien zwingt 130.000 Menschen zur Flucht. Ab Oktober stellt sich eine internationale Allianz unter Führung der Amerikaner an die Seite der Kurden im Kampf gegen die Islamisten.

## 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

2020 lag die Zahl der Asylanträge in Deutschland bei 122.170. Den Höchststand erreichte sie 2016 mit 745.545.

## Sommermärchen wird wahr!



Bastian Schweinsteiger streckt im Konfettiregen nach dem Finale von Rio den WM-Pokal in den Himmel

2006 war Deutschland „nur“ märchenhafter Gastgeber der Fußball-WM, jetzt sind die deutschen Kicker wieder die besten der Welt! Nach einem 7:1-Sieg gegen Gastgeber Brasilien im Halbfinale, sichert ein Tor von Mario Götze in der Verlängerung des Finales den Titel.

Im Februar meldet die WHO den Ausbruch von Ebola im westafrikanischen Guinea, rasch breitet sich die tödliche Seuche nach Sierra Leone und Liberia aus.

Sieben Wochen lang greift Israel im Juli und August den Gazastreifen an. Mehr als 2100 Palästinenser sterben, überwie-

gend Zivilisten. Auf israelischer Seite kommen 73 Menschen um, davon 67 Soldaten.

Deutschland gedenkt des Mauerfalls vor 25 Jahren - in Berlin steigen am Abend des 9. Novembers Lampen der sogenannten Lichtgrenze auf.

Am 15. Dezember beteiligen sich 15.000 Menschen in Dresden an einer Demonstration „Patriotischer Europäer“ gegen die „Islamisierung des Abendlandes“. Aus ganz Deutschland reisen sogenannte Wutbürger zu den Pegida-Aufmärschen an.

DAS GING AB BEI DER

BA|PP

### Mehr Chancengleichheit, weniger Bürokratie



Die große Debatte über „Gerechtigkeit zwischen Wunsch und Wirklichkeit“. Armin Laschet, damals „nur“ Chef der NRW-CDU: „Jedem, egal wo er herkommt, die gleichen Aufstiegschancen zu verschaffen, das ist Gerechtigkeit“



Christian Lindner sprach sich in der Debatte „Mehr Demokratie für Europa?“ für verstärkte Entbürokratisierung aus



RAG-Chef Werner Müller diskutierte die Frage „Generalisten – Spezialisten für Alles?“



Wir sprechen heute über Gerechtigkeit, weil es offensichtlich nicht genug davon gibt. Ansonsten gäbe es keinen Gesprächsbedarf  
Peter Maffay, Sänger und Komponist

# Der Islam gehört zu Deutschland!? 2015

Ein Satz und seine bewegte Geschichte lockten am 24. Februar mehr Zuhörer als Sitzplätze vorhanden waren in die Heussallee. Thema des Abends: „Der Islam gehört zu Deutschland – Eine kontroverse Debatte“. Im Mittelpunkt der Diskussion stand Bundespräsident a.D. Christian Wulff, dessen Rede zum Jahrestag des Mauerfalls 2010 jene Formulierung enthalten hatte, die eine Debatte quer durch die deutsche Gesellschaft entzündete: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Angeblich geht der Satz auf den afghanisch-stämmigen Fernsehproduzenten Walid Nakschabandi zurück, der Wulff einen Brief schrieb, in dem er über Sorgen und Ängste muslimischer Immigranten vor dem Hintergrund der damaligen Debatte über das Buch von Thilo Sarrazin berichtete. Seiner Ansicht nach gehöre



Für den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff bereichert der Islam unsere kulturelle Vielfalt

der Islam zu Deutschland, schrieb Nakschabandi. Die Wulff-Botschaft an exponierter Stelle löste nicht nur im Regierungslager Gegenrede aus, Innenminister Hans Peter Friedrich widersprach mit den Worten: „Dass der Islam zu Deutschland gehört ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgendwo belegen lässt.“ Wenige Wochen vor der BAPP-Debatte bekräftigte Bundeskanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu die deutsche Position: „Von meiner Seite möchte ich sagen, dass unser früherer Bundespräsident Christian Wulff gesagt hat: Der Islam gehört zu Deutschland. – Das ist so, dieser Meinung bin ich auch.“ Im Diskurs mit Prof. Dr. Volker Kronenberg und Prof. Dr. Jürgen Fohrmann forderte der Bundespräsident a.D. noch einmal: „Ausgrenzungen dürfen wir nicht zulassen, denn das mindert unsere kulturelle Vielfalt.“

Mehr zum dreijährigen Forschungsprojekt der BAPP finden Sie hier:



Politik darf nicht im Gestern leben, Politik muss zukunftsgerichtet denken und agieren. Die BAPP nimmt diese Forderung an, will diskutieren und unterschiedliche Meinungen zusammenbringen. Sie ist ein neues Forum für die wichtigen Themen der Zukunft  
Hans-Dietrich Genscher, Ex-Außenminister (†2016)

## „Ich bin Charlie!“



Weltweit solidarisierten sich Menschen mit den Opfern des Terroranschlags

Am 7. Januar stürmen islamistische Terroristen die Redaktion der Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris, töten elf Menschen. Am Tag danach ermordet ein weiterer Terrorist vier Personen in der französischen Hauptstadt. Die schreckliche Tat hat auch eine positive Folge: Menschen auf der ganzen Welt setzen sich unter dem Hashtag „Je Suis Charlie“ (Französisch für „Ich bin Charlie“) für unsere freiheitliche Lebensweise ein. Ein vollbesetztes Germanwings-Flugzeug stürzt im März auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf in den Alpen ab. Alle 150 Fluggäste sterben, darunter 16 Schüler und zwei Leh-

rerinnen eines Gymnasiums aus Haltern am See. Der psychisch kranke Co-Pilot hatte das Flugzeug bewusst gegen den Berg gesteuert. Noch ein Satz für die Geschichtsbücher: Als tausende Flüchtlinge, vor allem aus dem syrischen Bürgerkrieg, nach Europa und Deutschland strömen, sagt Angela Merkel am 31. August: „Wir schaffen das!“ Und außerdem: „Sollte Deutschland Flüchtlingen gegenüber nicht mehr gastfreundlich sein, dann ist das nicht mehr MEIN Land!“ Am Ende dieses Jahres sind es über eine Million Flüchtlinge.

DAS GING AB BEI DER **BA PP** Agenda 2010 auch 2015 noch spannend



In einem Workshop diskutierten die Teilnehmer über Art und Konsequenzen der in den EU-Ländern verhängten Russland-Sanktionen nach der Krim-Annexion



Malu Dreyer sprach über Chancen der Digitalisierung im demographischen Wandel



Gerhard Schröder entwickelte Zukunftsperspektiven „seiner“ Agenda 2010

## 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

2011 gab es 2.307 zugelassene E-Autos in Deutschland, mittlerweile liegt die Anzahl bei 365.262. Bis zum Ziel der Bundesregierung, bis 2030 mindestens zehn Millionen Elektroautos auf die Straße zu bekommen, ist es trotz dieses Anstiegs noch ein weiter Weg.



Emotionen schlagen Argumente: Obwohl es um eine zentrale Zukunftsfrage geht, stimmen nur 72 Prozent der Briten ab – eine dünne Mehrheit für den Brexit



# Brexit lässt Brüssel beben 2016

Am 23. Juni stimmen 51,9 Prozent der britischen Wählerinnen und Wähler nach einer emotional geführten Auseinandersetzung im Referendum für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, 48,1 Prozent für den Verbleib. Die Wahlbeteiligung liegt bei 72,2 Prozent. Als Konsequenz auf das Wahlergebnis kündigt Premierminister David Cameron seinen Rücktritt an. Tiefpunkt eines wechsellahnen Jahres für die EU, zwischen Flüchtlingskrise, Türkeiabkommen und Handelsvertrag mit Kanada (CETA). Für das Abkommen, das Zölle und andere Handelshindernisse zwischen der EU und Kanada abzubauen soll, war eine einstimmige Entscheidung der 28 EU-Mitgliedsstaaten notwendig.



Peter Altmaier verteidigt engagiert die Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung

den EU-Beitrittsprozess der Türkei beraten werden. Der gescheiterte Militärputsch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli blockiert jedoch die Annäherung an die EU, bis zum Ende des Jahres 2016 werden angeblich etwa 40.000 Menschen in der Türkei verhaftet, mehr als 100.000 aus dem Staatsdienst entlassen. Unter dem Titel „Europa am Scheideweg – Krisen, Kritiker, Referenden“ greift die Bonner Akademie das Thema auf. Kanzleramts-Chef Peter Altmaier (CDU), verantwortlich für die „politische Gesamtkoordinierung aller Aspekte der aktuellen Flüchtlingslage“, referierte vor der leidenschaftlichen Diskussion mit Dr. Jochen Bittner, Wolfgang Herles, Dr. Ulrike Guérot sowie Dr. Jan-Philipp Burgard. Dabei zerreißt der Merkel-Vertraute auf der Bühne sein Redemanuskript, Bittner verpasst lieber seinen Rückflug als auf eine Antwort an den Minister zu verzichten.



Unser Ziel war und ist, die Zahl der Flüchtlinge deutlich zu reduzieren. Das scheint zu gelingen.  
Peter Altmaier zum Flüchtlingsabkommen mit der Türkei

## Donald Trump gewinnt US-Wahl



Donald first: Der neue US-Präsident Trump beherrscht in der Folge die (oft selbst getwitterten) Schlagzeilen

Das Jahr hat seinen ersten Skandal, bevor es richtig angefangen hat: In der Silvesternacht kommt es am Kölner Hauptbahnhof massenhaft zu sexuellen Übergriffen, Belästigungen und Diebstählen. Rund 1.200 Anzeigen gehen später bei der Staatsanwaltschaft ein. Die Täter werden von den Opfern vorwiegend als „arabisch“ oder „nordafrikanisch“ aussehend beschrieben.

Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg am 13. März zieht die AfD mit zweistelligen Ergebnissen in alle drei Landtage ein.

Bei einem Terroranschlag am 14. Juli in Nizza kommen 84 Menschen ums Leben.

Donald Trump gewinnt die US-Präsidentenwahl am 8. November 2016 gegen Hillary Clinton. Das Wahlergebnis sorgt weltweit für Diskussionen, da sich mit dem republikanischen Spitzenkandidaten ein politischer Außenseiter durchsetzt. Im Wahlkampf hatte Trump mit sexistischen und rassistischen Äußerungen intensive Medienaufmerksamkeit erhalten.

### DAS GING AB BEI DER BAIPP Mindestlohn oder Globalisierung?



„Ohne Mindestlohn ist Globalisierung nicht aufzuhalten“, sagte Olaf Scholz (SPD), 2016 noch Hamburgs Erster Bürgermeister



Über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses sprach Dr. Ulrike Guérot



Annegret Kramp-Karrenbauer möchte das „Europa der Regionen“ stärken

## 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

Der Frauenanteil in DAX-Aufsichtsräten betrug 2011 noch 12,7 Prozent, 2020 liegt er bei 32,4.

Erste Stimme, zweite Stimme – und dann? Auch ein differenziertes System wie das deutsche Verhältniswahlrecht garantiert keine stabilen Mehrheiten

## Stimmzettel Wahl zum Deutschen Bundestag

### Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme  
für die Wahl

Wahlkreisabgeordneten

hier 1 Stimme  
für die Wahl

einer Landesliste (Partei)

– maßgebende Stimme für die Ver-  
Sitze insgesamt auf die einzelne

Erststimme Zweitstimme

# Wehe, der Wähler hat das Wort

# 2017

Vier Landtagswahlen in Deutschland, ein umstrittenes Referendum in Katalonien, im Quartett stimmen die Einwohner von Frankreich, den Niederlanden, Österreichs sowie die deutschen Wähler 2017 über ihre Regierung ab. Auf komplizierte Mehrheitsverhältnisse folgen neue politische Farbspiele.

Die Franzosen wählen den parteilosen Emmanuel Macron zum neuen Präsidenten. In der Stichwahl vereint er rund zwei Drittel der Stimmen auf sich, Herausforderin Marine Le Pen (Front National) kommt auf 33,9 Prozent.

In den Niederlanden geht die rechtsliberale Partei „Volkspartei für Freiheit und Demokratie“ von Mark Rutte mit 21,3 Prozent als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor, aber erst nach rund sieben Monaten gelingt mit der christdemokratischen CDA, der linksliberalen „Democraten 66“ sowie der Partei „Christenunie“ die Bildung einer Regierung – Rutte bleibt Ministerpräsident. Die konservativen Tories verlieren bei der vorgezogenen Unter-



FDP-Chief Christian Lindner verkündet den Abbruch der Jamaika-Gespräche

haus-Wahl in England ihre absolute Mehrheit. Premierministerin Theresa May kann nur mit der nordirisch-protestantischen „Democratic Unionist Party“ weiter regieren.

Bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat geht die konservative „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP) als Siegerin hervor (31,5 Prozent). Im Dezember einigen sich ÖVP und FPÖ auf eine türkis-blaue Koalition. Außenminister und ÖVP-Chef Sebastian Kurz ist seit dem 18. Dezember 2017 Bundeskanzler der Republik Österreich.

Bevor am 23. September ein neuer Bundestag gewählt wurde, spielten beim Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für Politische Bildung 15.693.732 Bürger ihre Möglichkeiten durch. Klarheit beim amtlichen Endergebnis entsteht so nicht: CDU/CSU erreichen zusammen 33,0 Prozent, SPD 20,5 und AfD 12,6. Weil die FDP (10,7 Prozent) Verhandlungen über eine „Jamaika-Koalition“ mit CDU und Grünen (8,9) platzen lässt, setzt die ungeliebte Groko ihr Wirken fort.

## Letztes Geleit für den Vater der Wiedervereinigung



Der Leichnam von Helmut Kohl, aufgebahrt im Dom von Speyer, war vorher mit einem europäischen Trauerakt in Straßburg gewürdigt worden

Nach fast 10 Jahren Bauzeit und Kostensteigerungen auf 800 Millionen Euro kann am 11. Januar endlich die Elbphilharmonie eröffnet werden.

Frank-Walter Steinmeier wird am 12. Februar in der Bundesversammlung mit großer Mehrheit zum Bundespräsidenten gekürt. Der SPD-Politiker und Ex-Außenminister ist gemeinsamer Kandidat von Union und SPD. Er erhält unter fünf Bewerbern 931 von 1239 gültigen Stimmen.

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel wird am 14. Februar von der Polizei in Istanbul verhaftet. Zwei Wochen

später ordnet ein Haftrichter an, den Journalisten der Tageszeitung „Die Welt“ wegen „Terrorpropaganda“ und „Volksverhetzung“ in Untersuchungshaft zu nehmen.

Am 6. Juni stirbt Helmut Kohl im Alter von 87 Jahren. Der CDU-Politiker und Gestalter der Deutschen Einheit war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler – 16 Jahre, so lange wie niemand vor ihm.

Im November wird die Verlobung von Prinz Harry und Meghan Markle offiziell vom englischen Königshaus bestätigt.

### DAS GING AB BEI DER EU zwischen Krise und Aufbruch

BAPP



Befragt von Gabor Steingart (Chefredakteur Handelsblatt) äußerte sich Jean-Claude Juncker am 8. Mai zu „Europas Ende – Europas Anfang? Die EU zwischen Krise und Aufbruch.“ Vorher musste die BAPP übrigens für den dänischen Leibwächter des Präsidenten der EU-Kommission eigens eine Genehmigung zur Führung einer Waffe in Deutschland beantragen



Prof. Dr. Jürgen Rüttgers analysierte „Frankreich nach der Wahl“



Sigmar Gabriel unterstrich den zukünftigen Stellenwert Europas für Deutschlands Außenpolitik



Nicht alles, was in der EU passiert, ist gut, und nicht alles schlecht.  
EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf dem BAPP-Podium

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

Der Bierkonsum pro Kopf in Deutschland sinkt von 109,3 (2011) auf 95 Liter (2020).



# Schulstreik für den Klimaschutz 2018

Eine junge Schwedin setzt eine weltweite Bewegung in Gang: Erstmals am 20. August 2018 verweigert die damals 15-jährige Greta Thunberg den Unterrichtsbesuch, sitzt vor dem Reichstagsgebäude in Stockholm statt im Klassenraum. Und zeigt ein Schild mit der Aufschrift „Skolstrejk för klimatet“ (deutsch „Schulstreik fürs Klima“). Am 8. September kündigt die Klimaaktivistin an, sie werde nach den Parlamentswahlen ihren Unterrichtsboykott an Freitagen so lange fortsetzen, bis die Klimapolitik Schwedens den Grundsätzen des Pariser Klimaschutzabkommens entspreche. Unter dem Hashtag #FridaysForFuture erzeugt sie internationale Aufmerksamkeit, in Deutschland läuft der erste Streik am 7. Dezember 2018 in Bad Seeburg. In der Folge wird eine große gesellschaftliche Debatte über die Angemessenheit des Schulstreiks angestoßen, die deutschen



Laut Robert Habecks Heimatbegriff können politische Ideen gemeinsame Heimat stiften

Bundesländer reagieren mit unterschiedlichen Sanktionen für die „streikenden“ Schüler. Die Sensibilität für Klimaschutz gerade bei jungen Menschen wächst, bereits im Februar 2019 sind offiziell 155 Ortsgruppen von „Fridays for Future“ in Deutschland registriert. Die Forderungen der „Klimakids“: Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland auf Null bis 2035, Umsetzung des Kohleausstiegs bis 2030, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035. Der Schutz des Planeten beginnt vor der eigenen Haustür, aber was verbinden die Deutschen mit der Heimat? Grünen-Chef Robert Habeck diskutiert mit der Schriftstellerin Thea Dorn im LVR-Museum in Bonn über „Den wiederentdeckten Patriotismus in Deutschland“. Er wünscht sich einen Heimatbegriff, der sich anstelle von Ländergrenzen auf einen politischen Raum beziehen kann.

## Merkel kündigt Abschied an



Angela Merkel war seit 2005 Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, mit 66 Jahren will sie aus der Politik abtreten

Orkan „Friederike“ ist der heftigste Sturm seit mehr als zehn Jahren in Deutschland. Tausende Einsätze von Polizei und Rettungskräften, gewaltige Schäden, am 18. Januar sterben mehrere Menschen.  
13. Februar 2018: SPD-Chef Martin Schulz gibt den Parteivorsitz ab, Nachfolgerin soll Andrea Nahles werden.  
Nach mehr als einem Jahr ohne Anklage wird Journalist Deniz Yücel am 16. Februar aus dem türkischen Gefängnis entlassen.  
Bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang holt Deutschland 14 Mal Gold, 10 Mal Silber und sieben Mal Bronze.

Zwölf thailändische Jugendfußballer und ihr Trainer werden im Juli von Tauchern nach 17 Tagen aus einer Höhle in Thailand gerettet.  
11. Juli 2018: Das Münchner Oberlandesgericht verurteilt Beate Zschäpe als Mittäterin bei allen NSU-Verbrechen zu lebenslanger Haft.  
Einen Tag nach der Landtagswahl in Hessen am 29. Oktober kündigt Angela Merkel das Ende ihrer politischen Karriere an. Nach der nächsten Bundestagswahl will sie keine politischen Ämter mehr anstreben, im Dezember nicht mehr für den CDU-Vorsitz kandidieren.

### DAS GING AB BEI DER Visionen für Mobilität von Morgen



NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) stellte seine Mobilitäts-Vision von der „Rhein-Ruhr-City 2032“ vor. 2018 lebte noch der Traum von Olympischen Spielen in der Region und dem damit verbundenen Innovationspotential



Im September gab Jens Spahn Antworten auf die Frage: „Brauchen wir eine neue Politik der Mitte?“



Christian Ude stellte sich die Frage, ob die Volksparteien „ihr“ Volk aktuell noch erreichen

„ Ich kämpfe für den Begriff „Heimat“, weil der Politik das Utopische fehlt. Es gibt ein Heimweh nach einer Politik, die mehr ist als das Durchwursteln durch das Tagesgeschäft. Robert Habeck

**1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN**  
Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist im abgelaufenen Jahrzehnt tatsächlich noch zurückgegangen, von 32,8 Prozent in 2011 auf 31,5 Prozent (2021).

Trotz verstauchten linken Fußes kam Thomas de Maiziére, um mit Ronald Pofalla und Bodo Hombach über „Kunst und Risiko guter Regierungsarbeit“ zu diskutieren. Pofallas Statement: „Macht, gut eingesetzt, führt zu guten Ergebnissen und einem funktionierenden Staat“



# Wer keine Macht hat, kann nichts machen! 2019

Sie tragen alle das „Ex“ im politischen Lebenslauf, die Botenschaften der drei ehemaligen Chefs des Bundeskanzleramtes waren aber mitnichten von gestern. Was **Bodo Hombach** (1998-99 Kanzleramts-Minister), **Thomas de Maiziére** (CDU/2005-09) sowie **Ronald Pofalla** (CDU/2009-13) aus ihrer persönlichen Erfahrung im Umgang mit der Macht berichteten, hatte für die Zuhörer neben hohem Erkenntnis- vor allem ausgeprägten Unterhaltungswert.

„Demokratie und Mitgliederbefragung schützt nicht davor, Ungeeignete an die Macht zu bringen“, führte Hombach zum Auftakt der Diskussionsrunde „Macht und Ohnmacht in der Politik“ aus. Pofalla wurde noch deutlicher im Seitenhieb Richtung SPD, als er in einer Episode das ambivalente Verhältnis der Sozialdemokratie zur Macht erhellte.

„Bevor die erste Groko die Regierung antrat, traf ich Franz Müntefering. Der schaute ziemlich unglücklich, obwohl er als Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgesehen war. Auf meine Frage nach seinem schwer erklärbaren Gemütszustand antwor-

tete er: „Auch wenn man vorher in der Partei hohe Anerkennung genoss, im Moment, in dem man Minister wird, begegnen einem die Genossen mit großem Misstrauen.“ Wenige Tage vorher hatte „Münste“ im Streit mit Parteilinken das Amt des Parteivorsitzenden zur Verfügung gestellt...

Es waren diese persönlichen Einblicke in den politischen Alltag, mit denen die von Ulrike Demmer, Journalistin und stellvertretende Regierungssprecherin, packend moderierte Runde die Gäste der BAPP fesselte.

An der Flüchtlingsdebatte machte de Maiziére eine weitere Qualität guter Regierungsarbeit fest: „2015 gab es eine überwältigende Willkommenskultur, im Januar 2016 galten plötzlich alle Flüchtlinge als Vergewaltiger. Eine Regierung muss diese Befindlichkeiten erkennen, so wie aktuell in der Klimadebatte. Aber sie darf sich nicht zum Vollstrecker von Stimmungen machen.“ Im Zeitalter permanenter Erregung in den sozialen Netzwerken eine große Herausforderung.

„In Deutschland gibt es ein tiefsitzendes Misstrauen gegen Macht an sich. Dabei ist die Vorstellung, es könnte etwas ohne Macht umgesetzt werden, sehr naiv.“

Dr. Thomas de Maiziére, Bundesminister a.D.

BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK

## Rechter Mord an Walter Lübcke



Walter Lübcke wurde vor seinem Wohnhaus mit einem Revolverschuss aus nächster Nähe getötet

Karl Lagerfeld stirbt am 19. Februar in einem Pariser Krankenhaus. Der Modedesigner (85) war seit 1983 Kreativdirektor bei Chanel.

Mehr als 14 Stunden kämpfen Feuerwehrleute am 15. April gegen den Brand der Kathedrale Notre-Dame in Paris. Mit bis zu 1000 Grad Celsius wütet das Feuer, der hölzerne Dachstuhl und der Spitzturm können nicht gerettet werden.

In der Nacht auf den 2. Juni 2019 wird der CDU-Politiker Walter Lübcke erschossen. Im Jahr 2015 hatte er mit der Unterstützung für die Unterbringung von Geflüchteten bundesweit

Aufsehen erregt, dabei die Wichtigkeit christlicher Werte für ein Zusammenleben in Deutschland betont. „Wer diese Werte nicht vertritt, kann dieses Land jederzeit verlassen, wenn er nicht verstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“

Bei Neuwahlen am 12. Dezember erreicht Boris Johnson die erforderliche Tory-Mehrheit, um endlich einen Brexit-Deal zu verhandeln. Am 31. Oktober war „Mr. Speaker“ John Bercow, weltberühmt für seine „Oorder“-Rufe, als Präsident des Unterhauses abgetreten.

DAS GING AB BEI DER **Grundsäulen der Demokratie**

BA PP



Gesellschaftliche Zerreißprobe? Die Journalistin Dr. Susanne Gaschke sprach über Zusammenhalt



Wolfgang Kubicki äußerte sich zur Akzeptanzkrise der Demokratie



Regierungssprecherin Ulrike Demmer fragte nach „Kunst und Risiko guter Regierungsarbeit“

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

11.000 Artikel erschienen 2019 im Online-Magazin der „Zeit“. Dabei tauchte 2389 mal der Name Donald Trump auf, nur 986 mal Angela Merkel.

Die Leiterin des Forums für Streitkultur Dr. Romy Jaster (oben rechts) diskutierte via Livestream mit Autorin Katharina Nocun und dem FDP-Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel über „Verschwörungstheorien in Zeiten der Pandemie“.



# Corona! BAPP nutzt den digitalen Dialog 2020

Eine brisante Diskussion im März, Sigmar Gabriel nutzte das Thema „Die NATO – Auch in Zukunft ein Bündnis, das den Frieden sicherer macht?“ für Kritik an der Außenpolitik seiner Nachfolger. „Der Fußkranke sind wir“, lästerte der frühere Vizekanzler. „Deutschland geht bei möglichen Lösungen im Sinne der EU längst nicht mehr voran, sondern bremst von hinten.“ Ähnlich emotional der Apell von Serap Güler, NRW-Staatssekretärin für Integration, im „Spannungsfeld zwischen Willkommenskultur und Clankriminalität“ nicht die Fehler der Vergangenheit in der Integrationspolitik zu wiederholen. Nach einigen weiteren hochkarätig besetzten Debatten zog Corona die Notbremse, der Lockdown unterband die vielbesuchten Diskussionsveranstaltungen der BAPP. Das Gute daran: In kürzester Zeit wurden neue Online-Formate aufgebaut. Zunächst der Digitale Dialog, in dem u.a. der Bonner Virologe Prof. Dr. Hendrik Streek, Prof. Dr. Michael Hüther (Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft), die österreichische Philoso-

phin Prof. Dr. Marie-Luisa Frick sowie der deutsche Botschafter im Königreich der Niederlande, Dirk Brengelmann, ohne Zuschauer via Bildschirm diskutierten. Bei Live-Streams mit Publikum debattierten der FDP-Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel, die Journalistin und Autorin Katharina Nocun und die Leiterin des Forums für Streitkultur Dr. Romy Jaster über „Verschwörungstheorien in Zeiten der Pandemie“. In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung tauschten sich zum Thema „Nachhaltiger Neustart: Die Soziale Marktwirtschaft in der Pandemie“ Hildegard Müller (Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie), Alexander Bonde (Generalsekretär der Deutschen Umweltstiftung), Professor Manfred Fishedick (Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie) und Prof. Justus Haucap (Duesseldorf Institute for Competition Economics der Heinrich-Heine-Universität) digital aus.

**1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN**  
Die Sommermitteltemperatur lag 2011 bei 16,79 Grad, 2020 wurden 18,2 Grad in Deutschland gemessen.

„Ein Winzling aus Eiweißmolekülen hat sich in unsere Welt gedrängt. Er interessiert sich nicht für Gesetze und Kabinettsbeschlüsse. Er zerrüttet die Hybris der Unverletzlichkeit hochentwickelter Gesellschaften.“  
**Prof. Bodo Hombach**

## Corona legt den Alltag lahm



In Asien längst Alltag, in Deutschland erst spät im Straßenbild präsent: Mund-Nasenmaske zum Schutz vor Covid-Viren

Am 27. Januar wird die erste Corona-Infektion in Deutschland bestätigt. Es handelte sich um einen Mitarbeiter (33) des Automobilzulieferers Webasto, der sich bei einer aus Schanghai angereisten Mitarbeiterin angesteckt hatte. Das Vereinigte Königreich tritt am 31. Januar im Zuge des Brexit endgültig aus der Europäischen Union aus. Der Afroamerikaner George Floyd kommt in Minneapolis (USA) bei einem brutalen Polizeieinsatz am 25. Mai ums Leben. Ein Polizist kniete so lange auf seinem Hals, bis er erstickte. Floyds Tod löste weltweit Proteste gegen rassistisch motivierte

Polizeigewalt aus. Der russische Regierungskritiker Alexej Nawalny bricht am 20. August während eines Inlandfluges zusammen, wird später in der Berliner Klinik Charité behandelt. Labore bestätigten die Vergiftung durch das Nervengift Nowitschok. Am 31. Oktober wird mit neun Jahren Verspätung der neue Hauptstadtflughafen BER (Baubeginn 2006) eröffnet. Die USA wählen am 3. November Joe Biden als neuen Präsidenten und Nachfolger von Donald Trump.

### DAS GING AB BEI DER **Hoffnung auf die Zeit nach Putin**



Ronald Pofalla möchte in der Debatte „Russland – Zeit für einen neuen Dialog?“ das Fragezeichen durch ein Ausrufezeichen ersetzen. „Man darf durchaus hoffen, dass nach Putin auch mal wieder jemand kommt, der das Land zum Positiven verändern will!“ (Siehe auch QR-Code)



In den „Bonner Perspektiven“ des Jahres 2020 erläutert Ronald Pofalla das Verhältnis zu Russland vor dem Hintergrund der Corona-Krise (S. 23-27)



Als Vorstand des Deutsch-Russischen Forums riet Matthias Platzeck, Russland nicht mit erhobenem Zeigefinger gegenüberzutreten



Journalistin Golineh Atai forderte mehr Härte im Umgang mit Russland: „Für einen Dialog braucht es immer zwei Seiten!“

Der Journalist und Moderator Peter Großmann, DOG-Präsident Peter von Löbbecke, VDA-Präsidentin Hildegard Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung Bernd Tönjes, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, Vorstandsmitglied der RAG-Stiftung Bärbel Bergerhoff-Wodopia, Initiativkreis Ruhr-Moderator Rolf Buch, DOG-Kuratoriumsmitglied Frank Neumann, BAPP-Präsident Prof. Bodo Hombach, Geschäftsführer der Rhein Ruhr City GmbH Michael Mronz (v.l.n.r.).



# Ruhrgebiet als Blaupause für Wandel in Europa? 2021

Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung, begrüßte die Gäste und Zuschauenden im Livestream aus dem „schönsten Raum im Ruhrgebiet“ und vermittelte aus dem Erich-Brost-Pavillon einen Eindruck vom Zechengelände „Zollverein“ als bestes Beispiel gelebter Transformation. Eingehend auf die perfekte Symbiose aus Vergangenheit und Zukunft im Ruhrgebiet, solle die zunehmend erfolgreiche Transformation durch die Veranstaltung „Das Ruhrgebiet – Erfolgsmodell für Europa?“ weiter vorangebracht werden. Prof. Bodo Hombach, Präsident der BAPP, knüpfte an die Worte von Tönjes an, die Frage nach dem Ruhrgebiet als Modell für Europa greife hoch, „aber nur so kann man wachsen.“



Die erste Liveaufzeichnung der BAPP: Die Veranstaltung wurde von einem professionellen Kamerteam gefilmt.

In seiner Impulsrede ging NRW-Ministerpräsident Armin Laschet darauf ein, dass Europa und das Ruhrgebiet viel mehr miteinander zu tun hätten, als uns oft bewusst sei. Das Revier habe in unterschiedlichen Bereichen enorme Erfolge zu verzeichnen – von einer der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaften Europas, einer international beachteten Kulturszene bis hin zu einer dicht

besiedelten und hochindustrialisierten Region, die unter großer Anstrengung wieder grün geworden sei.

Ziel müsse es nun unter anderem sein, das Ruhrgebiet als Innovationsregion zu stärken, Talentschulen zu errichten und „Familien gezielt in den Bildungsambitionen der Kinder zu unterstützen“. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, brauche es eine europäische Einbettung sowie Austausch mit anderen Regionen mit gleichen Strukturwandel-Themen und gleichen Herausforderungen des Klimawandels.

Durch die Diskussion, an der auch Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, sowie RAG-Vorstand Bärbel Bergerhoff-Wodopia teilnahmen, führte der Journalist und Moderator Peter Großmann.



Hier geht es zur Aufzeichnung der Veranstaltung

## Tote beim Sturm aufs Kapitol



Im Januar stürmten gewaltbereite Anhänger des abgewählten Präsidenten Donald Trump das Kapitol in Washington

In Deutschland und weltweit ist die Corona-Pandemie das bestimmende Thema. Lockdown, Homeoffice, medizinische Masken werden verpflichtend. Die Impfkampagne nimmt im Januar Fahrt auf, dann fehlt der Impfstoff-Nachschub.

In Washington besetzen Trump-Anhänger am 6. Januar gewaltsam das Kapitol. Mehrere Menschen werden getötet, Abgeordnete müssen in Sicherheit gebracht werden. Selbst Parteigenossen geben dem Noch-Präsidenten eine Mitschuld an dem Ereignis.

Die CDU wählt Armin Laschet (59) zum neuen Parteichef. Beim digitalen Bundesparteitag am 16. Januar erhält der

NRW-Ministerpräsident 521 Stimmen der 1.001 Delegierten. Friedrich Merz bekam in der Stichwahl 466.

Die Bundesregierung beschließt im April eine einheitliche bundesweite Corona-Notbremse. Mehr als 80.000 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus gibt es zu diesem Zeitpunkt in Deutschland nach offiziellen Angaben.

Am 20. April akzeptiert Markus Söder die Nominierung von Armin Laschet zum Kanzlerkandidaten der Union, die Grünen ziehen mit Annalena Baerbock als Spitzenkandidatin in die Bundestagswahl im September. Spitzenkandidat der SPD ist Olaf Scholz.

wegen Redaktionsschluss dieses Heftes endet der Rückblick bereits nach dem 1. Halbjahr

### DAS GING AB BEI DER Volksparteien ohne Zukunft?



SPD-Chef Norbert Walter-Borjans setzte sich mit Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, sowie Diana Kinnert, CDU-Politikerin, Publizistin und Unternehmerin, zum Thema „Volksparteien – Auch in Zukunft noch Gestalter des Gemeinwohls?“ auseinander

### 1,2,3 WANDEL IN ZAHLEN

Die Gesamtzahl der Studierenden in NRW lag im Wintersemester 2019/20 bei rund 768.000. Im WS 2010/11 waren 528.700 Student/innen an den 69 Hochschulen in eingeschrieben.



Was im Ruhrgebiet gelingt, wird nirgendwo scheitern. Ein Ministerpräsident, der sich auf diesem Trampolin eingesprungen hat, wird gut in Berlin landen und seriös bestehen. BAPP-Präsident Prof. Bodo Hombach



„Es brauchte die  
tatkraftige Initiative  
Einzelner, aber die  
Hilfe Vieler, damit  
werden konnte, was  
geworden ist!“

# Vitaler Diskurs braucht neue Formate

Dr. Boris Berger war Gründungsgeschäftsführer der BAPP. Im Rückblick sieht der Vorsitzende des Trägervereins eine Erfolgsgeschichte, die Zukunft bietet zahlreiche Herausforderungen. Zu denen gehört vor allem, im praxisorientierten Diskurs zwischen Akademie und interessiertem Bürger weiterhin objektiv aufzuklären.



Dr. Boris Berger im Austausch mit Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Michael Junker, Inhaber des Michael Junker Instituts

**W**elches waren in der Gründungsphase der Bonner Akademie die größten Herausforderungen?

**Dr. Boris Berger:** „Da es sich um einen neuen Ansatz für ein praxisnahes Dialogforum handelte, galt es zunächst, dieses mit den universitären Strukturen kompatibel zu machen. Sowohl der damalige Uni-Rektor Professor Jürgen Fohrmann in seiner umsichtigen Art als auch sein durchsetzungstarker Kanzler Reinhard Lutz haben uns dabei sehr unterstützt. Ohne diese Beiden wäre es nicht gegangen.“

## „Ohne die herausragende Unterstützung der Uni wäre es nicht gegangen.“

Insbesondere der sehr engagierte Professor Volker Kronenberg, aber auch Professor Frank Decker, konnten viele Türen öffnen sowie besonders die Anbindung an die Philosophische Fakultät erleichtern.

Sie haben mit vielen Vorschlägen in der Anfangsphase die Entwicklung der Akademie gefördert. Der damalige kritische und nicht selten kontroverse Dialog mit Präsidium und Geschäftsführung der BAPP über die Verbindung von politischer Praxis und wissenschaftlicher Forschung war anstrengend und fordernd, hat aber nie die persönlich entspannte Ebene verlassen. Das Aufeinandertreffen zweier bis dahin einander unbekanntem Welten war gewollter Bestandteil unseres Ansatzes.“

*Zu dem auch die finanzielle Unabhängigkeit gehörte...*

**Berger:** „Wir hatten vom Start weg das Ziel, unabhängig von öffentlichen Geldern zu agieren. Dies gelang wesentlich durch Sponsoren und Förderer, die von der Idee einer Verzahnung von Politik, Wirtschaft und Medien überzeugt waren. Insbesondere Evonik Industries mit Christian Kullmann, die Deutsche Post vertreten durch Jürgen Gerdes und nicht zuletzt die Deutsche Bank haben ganz wichtige Starthilfen gegeben, für die wir heute noch dankbar sind.“

Der Trägerverein der BAPP, der an vielen Stellen wichtige Weichenstellungen für die Weiterentwicklung vorgenommen hat,

war dabei ein unverzichtbarer Begleiter in allen finanziellen und organisatorischen Bereichen. Entscheidende Impulse kamen aus dem Vorstand, wo sich unter anderem Dr. Willi Hausmann als erfahrener Politikpraktiker aber auch Uli Rützel und Stephan Masseling mit klugem Rat und viel Netzwerk einbrachten.“

## „Entscheidende Impulse kamen aus dem Vorstand, der sich mit klugem Rat und viel Netzwerk einbrachte“

*Wo lag der Reiz, aktuelle Ereignisse aus dem Blickwinkel universitärer Wissenschaft und praktischer Politik sowie in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft zu betrachten?*

**Berger:** „Angesichts unserer Erfahrungen aus Politik und Wissenschaft wollten wir die starren Grenzen zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und Menschen aufweichen und den Dialog praxisnah gestalten. Dies ist gelungen, wie der hohe Zuspruch, den die BAPP seit Jahren von Diskutanten wie Zuschauern erfährt, belegt.“

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder beschreibt dieses Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, das gerade während der Corona-Pandemie die öffentliche Debatte befeuert hat, an anderer Stelle des Jubiläumshäftes ausführlich und kundig.“

*Wie ist es Professor Hombach und Ihnen gelungen, von Beginn an hochkarätige Vertreter aller drei Bereiche für die Diskussionsveranstaltungen zu gewinnen?*

**Berger:** „Wir haben sicherlich von unseren Netzwerken profitiert, als es galt, profilierte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien in die Diskussion zu bringen. Unterstützt wurden wir dabei von einem sachverständigen und sehr aktiven Kuratorium unter der Führung von Dr. Klaus Engel, Dr. h.c. Jürgen Gerdes, Ronald Pofalla sowie Professor Dieter Engels. Dort haben sich Unternehmensführer, Medienleute sowie aktive und ehemalige Politiker gerne getroffen und sich in die Arbeit der BAPP eingebracht. Dies betraf sowohl Diskussionsrunden als auch For-

schungsprojekte oder Auslandsexkursionen.“

Unser hervorragender wissenschaftlicher Beirat hat das notwendige Netzwerk aus der Wissenschaft beigesteuert.“

*Wie ist die Zusammenarbeit mit der Uni Bonn heute?*

**Berger:** „Wie bereits erwähnt, gab es in der Startphase wichtige Unterstützung durch die Universität Bonn. Der aktuelle Uni-Rektor Michael Hoch, von dessen kluger Führung der Universität wir als BAPP sehr profitieren, hat diese Kooperation fortgesetzt und sogar intensiviert. Auf der Basis beispielhaft konstruktiver Zusammenarbeit vor allem auf persönlicher Ebene erweist sich die Universität Bonn als zuverlässiger und konstruktiver Partner, in jeder Phase der Entwicklung.“

Darüber hinaus haben zahlreiche andere wissenschaftliche und politische Institutionen aus ganz Deutschland im vergangenen Jahrzehnt die Kooperation gesucht und die Bonner Akademie dabei positiv mit entwickelt.“

## „Sponsoren und Förderer haben ganz wichtige Starthilfen gegeben.“

*Wo liegen die künftigen Herausforderungen der Akademie?*

**Berger:** „Zur Kernkompetenz der Bonner Akademie gehört die Betrachtung von Politik im Spiegel der Medien und Wissenschaft. So wie sich diese rasant verändern, muss auch die BAPP nach neuen Formaten suchen, um Informationen zu vermitteln und weiterhin einen vitalen Diskurs zwischen Akademie und interessierten Bürgern zu gewährleisten. Dabei will sie objektiv aufklären, was in diesen Zeiten von übertriebener „political correctness“ und dem Trend zu abgeschlossenen kommunikativen Echoräumen schwerer und schwerer wird.“

Die Beschränkungen durch die Pandemie haben an anderer Stelle Prozesse positiv beschleunigt, etwa in der Entwicklung digitaler Diskussionsformate oder Podcasts. Das wollen wir im kommenden Jahr fortsetzen.“

## Weg & Gefährten

**Gründungstag BAPP:** 4. Oktober 2011

**Erste Kuratoriumssitzung:** 30. Mai 2012

**Erste Podiumsdiskussion:** 25. Oktober 2012

**Erste Lehrveranstaltung:** 18. April 2012

**Erster Expertenworkshop:** 13. März 2012



Christian Kullmann



Dr. h. c. Jürgen Gerdes

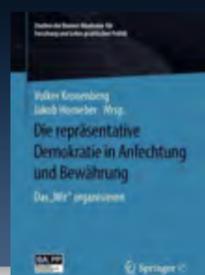
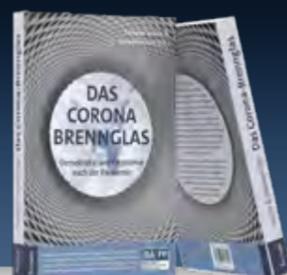


Dr. Willi Hausmann



Prof. Dr. Dr.h.c Michael Hoch

# Think Tank



## für praxisnahe Lösungsansätze

Dem eigenen Leitbild folgend legt die BAPP in ihrem Forschungs- und Publikationsangebot den Schwerpunkt auf aktuelle Themen sowie Problemzugänge mit Praxisbezug

Was uns ausmacht? Vor allem sind es der Praxisbezug und der integrative Ansatz der Bonner Akademie. Unsere Angebote suchen den pragmatischen Zugang und vermeiden die isolierte Betrachtung. Relevante Ereignisse stehen heute in Wechselwirkungen von Interessen, Prozessen und Personen. Unser Fokus liegt dabei auf den rationalen und irrationalen Motiven, den objektiven und subjektiven Interessen, den Fakten und den Faktoren beruflicher Praxis an der Schnittstelle von Wirtschaft, Medien und Politik. Die Bonner Akademie sieht ihre Aufgabe als Brückenbauer zwi-

schen akademischer Theorie und politischer Praxis. In Deutschland fehlt es an wissenschaftsbezogener und gleichzeitig praxisnaher politischer Aus-, Weiterbildung und Beratung. Die universitäre Politikwissenschaft fokussiert sich primär auf theoretische Fragestellungen und Problemzugänge, die nicht selten einen Bezug zur politischen, medialen und wirtschaftlichen Praxis vermissen lassen. Demgegenüber fehlt es Praktikern aus Wirtschaft, Medien und Politik zuweilen an einer Anbindung an wissenschaftliche Grundlagen und Diskussionen, die ihre eigene



Im Rahmen des Forschungsprojekts: „Bürger, Demokratie & Politik“ unter Leitung von Prof. Dr. Volker Kronenberg nahmen Gerhart Baum und Jens Spahn (v.l.n.r.) an einem Workshop teil



Im Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland?“ war das Projektteam im regen Austausch mit Integrationspraktikern. Zu diesem Zwecke fanden im Wechsel „Essener Foren“ und „Bonner Foren“ statt

praktische Arbeit fundieren und weiterentwickeln könnte. Aus diesen Gründen will die BAPP einen gewinnbringenden Dialog zwischen beiden Seiten fördern und auf diese Weise zu einem besseren Verständnis zwischen Theorie und Praxis beitragen.

Nicht nur der Dialog zwischen Theorie und Praxis, sondern auch die Verständigung zwischen Wirtschaft, Medien und Politik soll optimiert werden. Die Bonner Akademie will ganz bewusst keine einseitigen Betrachtungen in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen anstellen, sondern setzt auf einen integrativen Ansatz, indem sie sich den Verflechtungen und Wechselwirkungen von Interessen, Prozessen und Personen in diesen Bereichen widmet.

In ihrem Lehr-, Forschungs- und Publikationsangebot legt die Bonner Akademie den Schwerpunkt auf aktuelle, praxisnahe Themen und Problemzugänge. Der starke Praxisbezug kommt dadurch zur Geltung, dass die Lehrveranstaltungen sowie viele Publikationen von renommierten Wissenschaftlern im „Tandem“ mit praxiserfahrenen Experten aus Wirtschaft, Medien und Politik geleitet werden. Die Forschungsergebnisse im „Think Tank“ sollen darüber hinaus zu praxisnahen Lösungsansätzen weiterentwickelt werden, so dass die kooperierenden Unternehmen, Organisationen und Institutionen diese im Berufsalltag auch praktisch verwenden können.

### Perspektiven und Ergebnisse

Das Publikationsangebot der Bonner Akademie umfasst ein breites Spektrum: Von Sammelbänden und Monografien in renommierten Verlagen über Magazine im Eigendruck bis hin zu den Ergebnissen unserer abgeschlossenen Forschungsprojekte.

Das Magazin der Bonner Akademie betrachtet aktuelle Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln. Die Beiträge werden dabei von Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien verfasst. Für die jüngsten Ausgaben schrieben unter anderem Dorothee Bär, Jan Philipp Burgard, Marc Elsberg, Wolfram Eilenberger, Andreas Eschbach, Robert Menasse und Ria Schröder.

Die Ergebnisse aus den Studien und Forschungsprojekten der BAPP erscheinen regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Sie informieren über die Fortschritte der Projektarbeit

und nehmen projektrelevante Fragestellungen in den Blick. Praxisnahe Themen werden dabei von Expertinnen und Experten beleuchtet.

Unter der Mitwirkung namhafter Autorinnen und Autoren werden regelmäßig Sammelbände und Monografien veröffentlicht. Jüngstes Beispiel ist die Publikation „Das Corona-Brennglas“, in der eine Bilanz über die Krise gezogen wird und nach Denkanstößen für die Zeit danach gesucht wird.

### Forschung zur Stärkung der Demokratie

Die Forschungsarbeit der Bonner Akademie findet im angegliederten Think Tank statt. Die einzelnen Projekte sind von unterschiedlicher Dauer und Themenfokussierung, gemein ist ihnen jedoch die praxisnahe Betreuung durch erfahrene Praxisexperten. Die Forschungsergebnisse werden in Veranstaltungen und regelmäßig erscheinenden Schriftenreihen veröffentlicht. Hier eine Auswahl der thematischen Ausrichtung der Forschungsprojekte:

„Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft. Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“

„Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“

„Bürger, Demokratie & Politik. Die repräsentative Demokratie in der Akzeptanzkrise?“

„Protektionismus und Rechtspopulismus im europäischen Vergleich. Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa“

„Wirtschaftliche und politische Strategien im Crash? Das unternehmer- und rechtspopulistische Doppelgesicht des Machtstrategen Donald Trump“

„Austerität als gesellschaftliches Projekt“

# Künstler und Kicker auf politischer Bühne

Als Gäste der BAPP vermittelten Künstler und Kicker spannende Ansichten zum aktuellen gesellschaftlichen Geschehen. Fazit der Gespräche über Gerechtigkeit, Heimat oder europäische Utopien: Kunst ist immer auch Politik



Nicht nur musikalisch engagiert: Peter Maffay war in seiner Funktion als Vorsitzender der Peter Maffay Stiftung und Schirmherr der Tabaluga Kinderstiftung zu Gast, um über Gerechtigkeit zu sprechen



Moritz von Uslar, Journalist, Reporter und Autor, debattierte über den Heimat-Begriff



Cacau, Integrationsbeauftragter des DFB und ehemaliger Profifußballer, sprach über Zusammenhalt



Robert Misik, Autor und Träger des österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik hielt 2014 einen Vortrag über die Chancen und Risiken der Digitalisierung



Wer sind wir? Die Schriftstellerin Jagoda Marinić sprach auf dem Podium der BAPP über die laufende Identitätsdebatte



Die Schriftstellerin und Philosophin Thea Dorn plädierte für einen aufgeklärten Patriotismus



Der Titel ihres letzten Buches war Programm: Die Philosophin Prof. Dr. Marie-Luisa Frick, Autorin von „Zivilisiert streiten. Zur Ethik politischer Gegnerschaft“



Der Schauspieler Ulrich Noethen erweckte in seinem Vortrag berühmte politische Reden zum Leben



Prof. Dr. Markus Gabriel, jüngster Philosophie-Lehrstuhlinhaber Deutschlands, sprach in der BAPP über Gerechtigkeit



Der Philosoph Dr. Wolfram Eilenberger erklärte, wie wir in Politik und Gesellschaft besser streiten sollten



Lucas Vogelsang, Autor des Romans „Heimaterde. Eine Weltreise durch Deutschland“



Der ehemalige Präsident des FC Bayern, Uli Hoeneß, erläuterte das gemeinschaftsstiftende Potential des Fußballs



Der Buchpreisträger Robert Menasse sprach in der BAPP über sein Herzensthema Europa

Nora Abu–Oun, Prof. Dr. Ann–Kristin Achleitner, Christian Ahrendt, Lord Charles Aldington, Robin Alexander, Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Dr. Jasper von Altenbockum, Peter Altmaier, Béla Anda, Jörg Armbruster, Jean Asselborn, Golineh Atai, Stefan Aust, Prof. Dr. Martin Aust, Prof. Dr. Gretchen Bakke, Dorothee Bär, Patrick Bahners, Christoph Bals, Felix Banaszak, Kurt Beck, Bärbel Bergerhoff–Wodopia, Mara Bergmann, Volker Best, Dr. h.c. Erik Bettermann, Prof. Dr. Christoph Bieber, Peter Biesenbach, Prof. James D. Bindenagel, Clemens Binninger, Dr. Jochen Bittner, Prof. Dr. Jörg Blasius, Norbert Blüm, Prof. Dr. Jörg Bogumil, Martin Bommersheim, Alexander Bonde, Dr. Alexandra Borchardt, Dr. Norbert Walter–Borjans, Wolfgang Bosbach, Prof. Dr. Sebastian Braun, Dr. Frank Bräutigam, Marlis Bredehorst, Dirk Brengelmann, Michael Bröcker, Elmar Brok, Anja Bröker, Ekkehard Brose, Reinhard Bütikofer, Rolf Buch, Tom Buhrow, Dr. Jan Philipp Burgard, Reiner Burger, Dr. Ansgar Burghof, Oliver Burkhard, Cacau, Cécile Calla, Dr. Weert Canzler, Peter Chase, Harald Christ, Prof. Dr. Reiner Clement, Dr.–Ing. e.h. Wolfgang Clement, Prof. Dr. Georg Cremer, John Crowley, Dr. Mehmet Daimagüler, Prof. Dr. Frank Decker, Dr. Claire Demesmay, Ulrike Demmer, Bärbel Dieckmann, Farhad Dilmaghani, Dr. Mathias Döpfner, Thea Dorn, Malu Dreyer, Katharina Dröge, Prof. Dieter Düding, Dr. Tobias Dürr, Prof. Dr. Anette Dufner, Sabine Baumann–Duvenbeck, Lukas Eberle, Dr. Markus Ederer, Dr. Wolfram Eilenberger, Silke Eilers, Jessica Einspänner, Frank Elbe, Marc Elsberg, Dr. Klaus Engel, Prof. Dr. Dieter Engels, Andreas Eschbach, Patricia Espinosa, Michaela Evans, Prof. Dr. Thorsten Faas, Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio, Prof. Dr. Manfred Fischedick, Birgit Fischer, Dr. Christiane Florin, Sascha Foerster, Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, Dr. Ulrike Franke, Dr. Simon T. Franzmann, Ralph C. Freund, Prof. Dr. Marie–Luisa Frick, Ralf Fücks, Sonja Fuhrmann, Prof. Dr. Markus Gabriel, Sigmar Gabriel, Dr. Susanne Gaschke, Dr. Peter Gauweiler, Theo Geers, Holger Geißler, Hans–Dietrich Genscher, Prof. Dr. Dominik Geppert, Dr. h.c. Jürgen Gerdes, Dr. Frauke Gerlach, Katja Gloger, Heike Göbel, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter–Christian Müller–Graff, Prof. Dr. Klaus Gretschmann, Wolfgang Griebel, Julia Grimm, Wladimir Grinin, Prof. Dr. Alfred Grosser, Dr.–Ing. Jürgen Großmann, Peter Großmann, Prof. Dr. Florian Grotz, Prof. Dr. A. Heinemann–Grüder, Dr. Ulrike Guérot, Tim Guldimann, Serap Güler, Prof. Manfred Güllner, PD Dr. habil. Gülistan Gürbey, Dr. Alfred Gusenbauer, Franz–Reinhard Habbel, Robert Habeck, Dr. Lutz Hachmeister, Dr. Florian Hartleb, Sebastian Hartmann, Prof. Dr. Justus Haucap, Peter Heesen, Hubertus Heil, Hans–Jürgen Heimsoeth, Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Prof. Dr. Michael Heister, Angelika Hellemann, Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke, Prof. Dr. Matthias Herdegen, Wolfgang Herles, Dr. Isabela Hermann, Robert Hetkämper, Dr. Hans–Dieter Heumann, Prof. Dr. Christian Hillgruber, Prof. Dr. Wolfram Hitz, Michael Hirz, Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Hoch, Prof. Dr. Ralf Höcker, Uli Hoeneß, Tina Höfinghoff, Prof. Dr. Dr. Peter Höppe, PD Dr. Marcus Höreth, Timotheus Höttges, Dr. Stephan Holthoff–Pfortner, Prof. Bodo Hombach, Carla Hustedt, Prof. Dr. Michael Hüther, Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Detlev Hüwel, Prof. Dr. Hartmut Ihne, Judith E. Innerhofer, Prof. Dr. Wolfgang Ischinger, Kiminori Iwama, Prof. Dr. Thomas Jäger, Hans–Jürgen Jakobs, Svenja Jarchow, Henryk Jarczyk, Dr. Romy Jaster, Marco Jelic, Jean–Claude Juncker, Prof. Dr. Michael Junker, Lamya Kaddor, Dr. Gernot Kalkoffen, Udo van Kampen, Matthew Karnitschig, Annegret Kramp–Karrenbauer, Regina Karsch, Dr. Christos Katzidis, Dr. Christoph Kehl, Ulrich Kelber, Michael R. Keller, Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Valentina Kerst, Florian Kessler, Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Daniela Kietz, Diana Kinnert, Dr. Alexander Kissler, Louis Klamroth, Dr. Stephan Klecha, Prof. Dr. Hubert Kleinert, Dr. Daniel Klingefeld, Peter Kloeppe, Hans–Ulrich Klose, Prof. Dr. Jürgen Kluge, Prof. Dr. Marianne Kneuer, Franz Knieps, Roland Koch, Tanit Koch, Prof. Dr. Klaus Kocks, Dr. Andreas Koller, Michaela Kolster, Stefan Kornelius, Prof. Dr. Karl–Rudolf Korte, Bettina Köster, Michael Kramp, Rolf–Dieter Krause, Andreas Krautscheid, Botschafter Heinrich Kreft, Dr. Christian Krell, Prof. Dr. Volker Kronenberg, Michael Krons, Karen Krüger, Adam Krzeminski, Wolfgang Kubicki, Thomas Kufen, Kevin Kühnert, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Stefan Kulle, Christian Kullmann, Dr. Moritz Küpper, Jaroslaw Kurski, Julius van de Laar, Alexander Graf Lambsdorff, Karl Lamers, Ricarda Lang, Gerd Landsberg, Ute Lange, Thomas Langkabel, Armin Laschet, Christopher Lauer, Karl–Josef Laumann, Thea Lee, Dr. Sascha Lehnarzt, Prof. Dr. Thomas Leif, Juliane Leopold, Patrick Leusch, Lutz Lienenkämper, Dr. Marcel Lewandowsky, Hans Leyendecker, Christian Lindner, Peter Limbourg, Prof. Dr. Valerij Ljubin, Michael Lobeck, Barbara Lochbihler, Lothar Lockl, Georg Löwisch, Dr. Hans–Dieter Lucas, Simone Stein–Lücke, Christian Luft, Nico Lumma, Gila Lustiger, Heiko Maas, Prof. Dr. Jerzy Mackow, Peter Maffay, Dr. Thomas de Maizière, Prof. Dr. Klaus Mangold, Jörg Manhold, Alexander Marguier, Jagoda Marinić, Alexander Marinos, Ángela P. Martín, Georg Mascolo, Prof. Bernd Mathieu, Dr. Helge Matthiesen, Prof. Dr. Tilman Mayer, Aiman A. Mazyek, Dr.–Ing. e.h. Hartmut Mehdorn, Robert Menasse, Alfred Merta, Friedrich Merz, Dr. Lutz Meyer, Shi Mingde, Nils Minkmar, Robert Misik, Philipp Mißfelder, Mehrdad Mostofizadeh, Michael Mronz, Loay Mudhoon, Gunter Mulack, Prof. Dr. Laurenz Mülheims, Vincent Muller, Hildegard Müller, Peter Müller, Dr. Werner Müller, Dr. Gerd Müller, Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Herfried Münkler, Prof. Dr. Marina Münkler, Alexander Niemetz, Cora van Nieuwenhuizen, Prof. Dr. Ton Nijhuis, Katharina Nocun, Ulrich Noethen, Laura Nolan, Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter, Prof. Dr. Michael Opielka, Rüdiger Oppers, Andrea Oster, Bischof Dr. Franz–Josef Overbeck, Aydan Özoğuz, Hartmut Palmer, Prof. Dr. Dres. h.c. Hans–Jürgen Papier, Wilfried Pastors, Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Dr. Joachim Paul, Peter Pauls, Prof. Dr. Anton Pelinka, Stefan Pelný, Frédéric Petit, Dr. Wolfgang Picken, Monika Piel, Prof. Dr. Hans–Joachim Pieper, Dr. Jochen Pimpertz, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Matthias Platzeck, Dr. h.c. Fritz Pleitgen, Ronald Pofalla, Jerzy Pomianowski, Prof. Dr. Uwe Pörksen, Prof. Dr. Heribert Prantl, Reiner Priggen, Jordi Pujol, Jürgen Pütz, Prof. Alexander Rahr, Thomas Ramge, Egon Ramms, Prof. Dr. Oliver Rathkolb, Karl Reichmuth, Andrea Reidl, Dagmar Reim, Ulrich Reitz, Wolfgang Reitzle, Präses Manfred Rekowski, Martin Renker, Anja Reschke, Herbert Reul, Wolfgang Reuter, Prof. Dr. Jakob Rhyner, Prof. Dr. Emanuel Richter, Frank Richter, Dr. Saskia Richter, Winfried Ridder, Hajo Riesenbeck, Prof. Dr. Andreas Rödder, Prof. Dr. Clemens Tesch–Römer, Paul Ronzheimer, Beate Rössler, Michael Roth, Krzysztof Ruchniewicz, Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, Karl–Heinz Rummenigge, Prof. Dr. Jutta Rump, Prof. Dr. Ute Sacksofsky, Gilda Sahebi, Meral Sahin, Dr. Anna Sauerbrey, Prof. Dr. Dr. Jochen Sautermeister, Dr. Wolfgang Schade, Ina Scharrenbach, Dr. Klaus Scharioth, Rudolf Scharping, Klaus Schelp, Prof. Dr. Conrad Schetter, Alexander Schimmelbusch, Jewgenij Schmagin, Dr. Alexandra Förderl–Schmid, Michael Schmidt, Bastian Schneider, Prof. Dr. Hilmar Schneider, Prof. Dr. Gregor Schöllgen, Sabine Scholt, Olaf Scholz, Jörg Schönenborn, Constantin Schreiber, Gerhard Schröder, Ria Schröder, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Dr. Hans Jörg Schrötter, Dr. Yvonne Schroth, Fabian Schulz, Martin Schulz, Prof. Dr. Gesine Schwan, Alice Schwarzer, Kerstin Schweighöfer, Alexander Schweitzer, Christoph schwennicke, Claudius Seidl, Hubert Seipel, Dr. Norbert Seitz, Asli Sevindim, Dr. Hans–Peter Siebenhaar, Dr. Jasmin Siri, Jens Spahn, Prof. Dr. Tim Spier, Ashok–Alexander Sridharan, Martin Stadelmaier, Dr. Joachim Stamp, Dr. Hildegard Stausberg, Frank Stauss, Gabor Steingart, Marc Steinhäuser, Dr. Frank–Walter Steinmeier, Thomas Steg, Barbara Stockinger, Dr. Dr. h. c. Edmund Stoiber, Annette Storsberg, Prof. Dr. Grit Straßenberger, Prof. Dr. Hendrick Streeck, Prof. Dr. Christoph Strüneck, Dr. Tim Stuchtey, Prof. Dr. Roland Sturm, Prof. Dr. Roman Suthold, Dr. Johannes v. Thadden, Frank Thelen, Sarah Teinert, Prof. Dr. Caja Thimm, Prof. Dr. Bassam Tibi, Dr. Ralf Tils, Bernd Tönjes, Clemens Tönnies, Ali Ertan Toprak, Andreas Tyrock, Christian Ude, Moritz von Uslar, Prof. Dr. Haci Halil Uslucan, Dr. Vesa Vares, Michael Vassiliadis, Günter Verheugen, Dr. Michael Vesper, Dr. Stefan Vesper, Rolf Baron von Hohenhau, Dr. Ludolf–Georg von Wartenberg, Johannes Vogel, Lucas Vogelsang, Dr. Hugo Müller–Vogg, Prof. Dr. Nike Wagner, Michael Watzke, Anja Weber, Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Stefan Weigel, Dr. Rainer Wend, Anja Wenmakers, Prof. Dr. Nikolaus Werz, Barbara Wesel, Daniel Wetzel, Dr. Göttrik Wewer, Prof. Dr. Claudia Wich–Reif, Prof. Dr. Claus–C. Wiegandt, Prof. Dr. Rainer Wieland, Prof. Dr. Elmar Wiesendahl, Katja Wilken, Dr. Stefan Willeke, Dr. Günter Winands, Martin Winter, Oliver Wittke, Rein Wolfs, Hans Peter Wollseifer, Sebastian Wood, Prof. Dr. Christiane Woopen, Christian Wulff, Hendrik Wüst, Prof. Dr. Benno Zabel, Jörg Zajonc, Raul Zelik ■ ■ ■

# Gesichter der BAPP

Die Liste hochkarätiger Gäste füllt eng gedruckt eine komplette Seite.

Zum Erfolg der Akademie tragen darüber hinaus – nicht nur in den Gremien – zahlreiche Personen und Persönlichkeiten bei.

# Kuratorium

Das Kuratorium der Bonner Akademie ist mit herausragenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien besetzt, die durch ihre Tätigkeiten über jahrelange praktische Erfahrung verfügen. Diese Nähe zur Praxis macht das Kuratorium zum strategischen und inhaltlichen Impulsgeber für die Arbeit der Bonner Akademie.

Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Kuratoriums, die Verfolgung der strategisch-inhaltlichen Zielsetzungen, die es dem Präsidium macht, zu überprüfen und zu fördern. Die breite gesellschaftliche Aufstellung des Kuratoriums ist zudem Garant für die umfassende Vernetzung der Bonner Akademie in allen relevanten Gesellschaftsbereichen und die daraus resultierende Vielfalt an Ideen, Meinungen und Denkanstößen.



Tom Buhrow



Prof. Dr. Wolfgang Ischinger



Prof. Dr. Dieter Engels



Dr. Joachim Stamp



Prof. Dr. Nike Wagner



Birgit Fischer

# Als Brückenbauer unerlässlich

Von Ronald Pofalla

Wie wichtig stabile Brücken zwischen Theorie und Praxis sind, hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt. Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) steht schon seit 10 Jahren genau dafür: Sie ist leidenschaftliche und überaus erfolgreiche Brückenbauerin zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien.

Die am 4. Oktober 2011 gegründete BAPP trug in den letzten 10 Jahren mit ihren rund 125 stets hochkarätig besetzten Veranstaltungen, fast 100 Expert:innenworkshops, 45 Seminaren und rund 50 spannenden Publikationen wesentlich zur Verständigung zwischen Theorie und Praxis bei. Ich selbst hatte die große Ehre, an mehreren Formaten beteiligt zu sein. Der offene, tiefgründige und gewinnbringende Dialog sowie der Einbezug vielseitiger Perspektiven beeindruckten mich dabei immer wieder. Als Mitglied und Vorsitzender des Kuratoriums der BAPP erhalte ich sogar vertiefte Einblicke und kann eigene Impulse geben. Es gibt für mich wenige Gremien, die vergleichbar sind. Dass der öffentliche Dialog auch in Corona-Zeiten nicht verstummen muss, hat die BAPP mit ihren neuen digitalen Formaten bewiesen. Mittlerweile gehören Streams, ein ausgebautes Social Media-Angebot oder „Rheinhören – der Podcast aus der Bundesstadt“ zum Repertoire der BAPP. Und auch in diesen Formaten bleibt die BAPP ihrer Rolle als Brückenbauerin treu.



Ronald Pofalla, Kuratoriumsvorsitzender der Bonner Akademie

Lieber Herr Hombach, sehr geehrter Herr Dr. Brüggemann und liebes BAPP-Team, hinter all diesen erfolgreichen und anregenden Formaten steckt Ihre wertvolle Arbeit, Ihr Geist, Ihre Kreativität und Ihr Fleiß. Sie sind die eigentlichen Brückenbauer:innen. Dafür möchte ich Ihnen als Vorsitzender des Kuratoriums meinen Respekt und Dank aussprechen.

Gerade in Zeiten, in denen einige in der Gesellschaft den Monolog in sozialen Medien einem Dialog und einem Austausch der Argumente auf Augenhöhe vorziehen, sind Brückenbauer wie die BAPP unerlässlich. Die Themen werden der BAPP nicht ausgehen, da bin ich mir sicher.

Zum 10-jährigen Bestehen der BAPP wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute. Ich freue mich auf das kommende Jahrzehnt.



Harald Christ  
Schatzmeister

Stefan Aust

Dr. h.c.  
Erik Bettermann

Dirk Brengelmann

Elmar Brok

Dr. Klaus Engel

Prof. Dr.  
Jürgen Fohrmann

Sigmar Gabriel



Andreas Krautscheid

Armin Laschet

Peter Limbourg

Prof. Dr.  
Klaus Mangold

Martin Renker

Rudolf Scharping

Michael Schmidt

Martin Schulz



Dr. h.c.  
Jürgen Gerdes

Dr.-Ing.  
Jürgen Großmann

Dr. Alfred  
Gusenbauer

Peter Heesen

Dr. Stephan  
Holthoff-Pförtner

Prof. Dr.  
Michael Junker

Dr. Gernot  
Kalkoffen

Prof. Dr.  
Jürgen Kluge



Alice Schwarzer

Alexander  
Schweitzer

Gabor Steingart

Michael  
Vassiliadis

Dr.  
Michael Vesper

Dr.  
Stefan Vesper

Rolf Baron  
von Hohenhausen

Dr. Ludolf-Georg  
von Wartenberg

# Wissenschaftlicher Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat berät den Präsidenten in allen wissenschaftsrelevanten Fragen und bürgt mit seiner Arbeit für die Unabhängigkeit und Qualität von Lehre und Forschung der Bonner Akademie.

Die Besetzung mit renommierten Hochschullehrerinnen und -lehrern ist Garant für einen hohen wissenschaftlichen Standard. Der durch den Beirat sichergestellte permanente Dialog mit Wissenschaftlern der Universität Bonn und anderer Hochschulen gewährleistet, dass in der Lehre und Forschung der Bonner Akademie stets die neuesten universitären Erkenntnisse berücksichtigt werden.



Prof. Dr. Volker Kronenberg  
*Vorsitzender*



Prof. Dr. Frank Decker  
*Wissenschaftlicher Leiter*



Prof. Dr. Klaus Gretschmann



Prof. Dr. Rolf G. Heinze



Prof. Dr. Wolfram Hilz



Prof. Dr. Hartmut Ihne



Prof. Dr. Marianne Kneuer



Prof. Dr. Tilman Mayer



Prof. Dr. Emanuel Richter



Prof. Dr. Ute Sackofsky



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder



Prof. Dr. Grit Straßenberger



Prof. Dr. Roland Sturm



Prof. Dr. Claudia Wich-Reif

„Einen Ort des Austausch zu schaffen, an dem Theorie und Praxis aus Politik, Wirtschaft und Medien miteinander ins Gespräch kommen, ihre je ganz eigenen Qualitäten an einen Tisch bringen, um voneinander zu profitieren – das war im Jahre 2011 die Gründungs-idee der BAPP. Heute, nach über zehn Jahren, ist dies eine Erfolgsgeschichte, die in die Zukunft zu führen ebenso spannend wie gewinnbringend für alle Beteiligten werden dürfte.“

Prof. Dr. Volker Kronenberg

# Förderverein

Der Verein für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. bezweckt die Förderung von Wissenschaft und Forschung in nationaler und internationaler Dimension sowie die Stärkung der Jugend- und Altenhilfe vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland. Hierbei werden erkenntnisstarke Modelle und kritische Erfolgsfaktoren für zentrale Bereiche der praktischen Politik entwickelt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Gesellschafts-, die Wirtschafts-, die Sozial- und die Integrationspolitik. Durch die Einbindung von praxiserfahrenen Fachleuten aus Verwaltung, Politik, Medien und universitärer Wissenschaft werden die Strukturen, Prozesse und Rationalitäten praktischen politischen Handelns untersucht. Diese gilt es wissenschaftlich zu analysieren, zu strukturieren und an breite Bevölkerungskreise zu vermitteln.



Dr. Boris Berger  
*1. Vorsitzender*



Dr. Willi Hausmann  
*2. Vorsitzender*



Stephan Masseling  
*Schatzmeister*



Ulrich Rützel  
*Geschäftsführer*

# Die Geschäftsführung der BAPP

Der Geschäftsführer ist für die konkrete Ausgestaltung des Programms der Bonner Akademie und die operative Umsetzung verantwortlich. In enger Abstimmung mit dem Präsidenten, dem Kuratorium sowie dem Wissenschaftlichen Beirat setzt er die Beschlüsse der Gremien um und koordiniert sowie kontrolliert die internen Prozesse. Nach der Gründung im Jahr 2011 war Dr. Boris Berger bis zum Jahr 2016 Geschäftsführer. Ihm folgte Dr. Karsten Jung, der die Geschäftsführung bis zum Jahr 2018 innehatte und diese an den aktuellen Geschäftsführer Dr. Stefan Brüggemann übergab.

## „Größter Dank ans Team für Ideen, Einsatz und vor allem Herzblut“

Interview mit Dr. Stefan Brüggemann

*Bis 2013 waren Sie Veranstaltungsleiter der Bonner Akademie, wechselten für fünf Jahre die Stelle und kehrten bereits 2018 wieder zurück, nun als Geschäftsführer. Einmal BAPP, immer BAPP?*

**Dr. Stefan Brüggemann:** „Tatsächlich gibt es so etwas wie die „BAPP-Familie“. Viele ehemalige studentische Hilfskräfte bleiben in Kontakt mit dem Team und in normalen Zeiten gibt es auch jeden Sommer ein kleines Alumni-Treffen im Biergarten. Dorthin kommen auch gerne Boris Berger und Karsten Jung, meine beiden Vorgänger. Es ist schön, dass diese Bindung fortbesteht und auch zu sehen was aus den Ehemaligen mitunter geworden ist – manche sind heute Professor oder in leitender Position in der Wirtschaft.“

*Was hat sich seitdem verändert?*

**Brüggemann:** „Die Themen und auch die Formate unterliegen zwangsläufig einem permanenten Wandel. Das ist aber auch unsere Stärke: sowohl personell als auch organisatorisch sind wir in der Lage schnell aktuelle Themen mit Top-Entscheidern zu diskutieren. Das spielt gerade in diesen Zeiten eine wichtige Rolle. Auch Wissenschaftskommunikation wird immer wichtiger. Daher suchen nun vermehrt andere Einrichtungen der Universität unsere Nähe oder wünschen sich konkrete Kooperationen. Hilfreich ist hierbei die gute Zusammenarbeit mit dem Präsidium, den anderen Gremien und besonders dem Wissenschaftlichen Beirat. Das sind zwar viele Instanzen, aber keineswegs ein Flaschenhals. Im Gegenteil: effiziente Kommunikation, Vertrauen und vor allem Aufgeschlossenheit für Neues ermöglichen hohe Qualität und Geschwindigkeit. Das ist keine Selbstverständlichkeit.“

*Was heißt das konkret?*

**Brüggemann:** „Ein Beispiel: Zu Beginn der Pandemie wusste niemand, ob und wann wir wieder Veranstaltungen machen können. Sehr schnell kamen aber aus der Mitte des Teams Vorschläge zu digitalen Formaten, neuen Themen und Gesprächspartnern. Hierbei haben sich die Kolleginnen und Kollegen auch technisches Know-how in kürzester Zeit selbstständig angeeignet. So konnten wir nicht nur Online-Diskussionen mit neuen Beteiligungselementen durchführen, sondern mit „R(h)inhören“ auch einen sehr erfolgreichen Politik-Podcast etablieren und einen Relaunch der Homepage gestalten. Vieles davon bleibt auch nach der Pandemie. Hierfür gebührt der größte Dank dem Team, das immer mit viel Einsatz, Ideenreichtum und vor allem Herzblut bei der Sache ist.“



Dr. Karsten Jung, Geschäftsführer von 2016 bis 2018

# BAPP: Das Team

Das Team der Bonner Akademie arbeitet eng verzahnt und doch stets mit dem Fokus auf die eigenen Bereiche. Die einzelnen Schwerpunkte stützen sich dabei meist auf eine der Hauptsäulen der BAPP: Veranstaltungen, Forschungsprojekte und Publikationen. Aufgrund der vielen Schnittpunkte, die sich in diesen Bereichen ergeben, ist ein stetiger Austausch im Team nicht wegzudenken. Ob über den Flurfunk oder bei teamübergreifenden Projekten – die enge interne Zusammenarbeit ist integraler Bestandteil der Arbeit der Akademie.



Tilman Bartsch  
Wissenschaftlicher  
Mitarbeiter



Sandra Butz  
Projektkoordinatorin



Gina Görmer  
Hilfskraft



Taner Ekici  
Projektmitarbeiter



Lennart Heickmann  
Veranstaltungsmanagement



Katharina Menrath  
Publikationsmanagement



Anna Pricken  
Büroleitung



Hannah Scharrenberg  
Forschungsorganisation



Lucas Scheel  
Projektmitarbeiter

” Die Bonner Akademie hat sich zu einem geschätzten Ort des Dialogs entwickelt: Sie vereint wissenschaftliche Expertise mit praktischer Kompetenz, um interdisziplinäre Lösungsansätze für die drängenden Herausforderungen dieser Zeit zu entwickeln.

*Dr. Klaus Engel, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Evonik Industries AG  
sowie früherer Vorsitzender des Kuratoriums der BAPP*

# TOP 10

## Gedanken zu unserer Zukunft

Der Philosophie der BAPP folgend, kann sich ein Jubiläum nicht in der Rückschau erschöpfen. Hier beschäftigen sich 10 kluge Köpfe mit dem Wandel der Gesellschaft und seinen Folgen für eine Post-Corona-Ära. Ihre persönliche Herausforderung dabei: Jedes Interview dauert gefühlt nur 10 Minuten, die Autoren sollten sich möglichst auf 1001 Wort beschränken. Nur ein Ex-Kanzler durfte sich bei der Wortzahl an der mit ihm verbundenen Agenda orientieren

# Was erwartet die Politik von der Wissenschaft – und was nicht?

Von Gerhard Schröder

Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik gibt es nun schon 10 Jahre. Eine typische Hombach-Initiative. Der ewige Grenzgänger zwischen intellektueller Durchdringung, Entwicklung und praktischer Um- und Durchsetzung. Ich besuche ihn und die BAPP auch in Zukunft gern und bringe meine Überzeugung in die Diskussion ein.

In seinem Klassiker „Heller als tausend Sonnen“ berichtete Robert Jungk von der Entwicklung der Wasserstoffbombe. Die Höllenmaschine war gebaut, aber vor der ersten Zündung gab es einen Moment des Innehaltens. Im abgeschlossenen Zirkel der Wissenschaftler und Militärs war eine Sorge aufgekommen, wie sie bis dahin noch nie ein Mensch gedacht hatte. Die Bombe könnte eine globale Kernschmelze zünden und alles Leben auf der Erde auslöschen. Man forderte den Physiker Gregory Breit auf, das Risiko der ultimativen Katastrophe auszurechnen. Er lehnte zunächst heftig ab. Eine solche Verantwortung wollte er nicht übernehmen. „Dann wird es jemand anders tun, vielleicht ein schlechterer“, sagten die Militärs. – Breit lenkte ein. – Er rechnete.

Nach Wochen kam er zum Ergebnis, ein solches Desaster werde mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eintreten. Ausschließen könne man es jedoch nicht. Und ein Labortest war auch nicht möglich. – Es gab nur einen Versuch, und der war der Ernstfall.

Man wagte das Unausdenkbare. Man setzte die Existenz der Menschheit auf die eine Karte, dass sich ein Wissenschaftler nicht verrechnet hatte. Man tröstete sich mit dem winzigen Eintrittsrisiko der finalen Katastrophe und schob das gigantische Schadensrisiko beiseite. – Die übrige Welt war ahnungslos.

Ein grelles Beispiel für die enge Verzahnung von Wissenschaft und Politik. Nur selten geht es derart ums Ganze, aber immer häufiger sind beide Bereiche aufeinander angewiesen. Politisches Handeln ist immer interessegeleitet, oft emotional, manchmal spontan. Es beruht auf der situativen Wahrnehmung der Welt im Kopf des Einzelnen oder einer Gruppe. Es bedarf der Objektivierung durch überprüfbare Fakten und Faktoren.

Oft stecken die Probleme im Kopf, nicht in der Realität. Wenn das „gemischte Doppel“ harmoniert, übersetzt sinnvolle Beratung wissenschaftliche Erkenntnis ins Vokabular der Entscheidungsträger. Aus Expertenwissen wird Handlungswissen.

Seit der Erfindung von Sprache und Schrift hat der Mensch gegenüber allen Mitbewerbern der Evolution einen unschätzbaren Vorteil. Er kann erworbenes Wissen akkumulieren und es über den individuellen Tod hinaus verfügbar halten. Forscher entschlüsseln Geheimnisse der Natur. Historische Erfahrungen kristallisieren sich in Verfassungen, Gesetzen, Traditionen. Kulturelle Emanationen bewahren die Träume und Alpträume vergangener Epochen. „Die unvergleichlich großen Werke / sind herrlich wie am ersten Tag.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

Auch die hochtechnisierte Zivilisation der Moderne entfaltet sich im Dreieck Politik – Wissenschaft – Kultur. Vieles geschieht zunächst routiniert und im Verborgenen. Geduldige Reihentests im Labor sind langweilig. Ihr Schauplatz ist nicht mehr die einsame Alchimistenküche. Heute sind das hoch verdichtete Werkstätten. Ergebnisse werden von Teams gefunden, weltweit vernetzt mit anderen Instituten. Das „Heureka – Ich hab's!“ passiert selten. Der am Ende fällige Nobelpreis ist ein romantisches Überbleibsel. Der Ruhm des Einzelnen gebührt ebenso Mitarbeitern, Vorläufern und Handlangern.

## In einem funktionierenden System sind Krisen keine Katastrophen

Wissenschaft und Technik sind immer auch Politik. Sie beeinflussen Gesellschaft und Staat. Das einsam entdeckte „Cogito, ergo sum“ eines René Descartes erzeugte den Epochenwechsel vom Mittelalter zur Neuzeit. Ohne wissenschaftliches Gegenlesen verliert sich Politik im Wolkenkuckucksheim der Ideologien und Interessen. Beides bleibt sinnlos und leer, wenn es sich nicht in Kultur verwandelt, in ein humanes Genom oder soziales Gefüge, wo sich Kräfte und Begabungen jedes Einzelnen entfalten können. Dessen Träume von Glück und Erfüllung im schmalen Zeitspalt seines – vermutlich einzigen – Lebens bleiben Illusion, wenn sie gegen Naturgesetze verstoßen oder politisch verweigert werden.

Gesellschaft ist ein komplexes Ensemble unzähliger Individuen, Objekte, Ideen, Kräfte. Sie organisieren sich im verfügbaren Raum. Sie sind auf ständiger Suche nach einem dynamischen

Gleichgewicht. Es muss auf plötzliche Attacken von außen mit Spannkraft reagieren. Politik ist eine Art „geistiger Logistik“. Sie muss versuchen, Tatsachen, Wünsche und Wirkungen zeitgerecht zusammenzuführen, Schädliches abwenden, Nutzen mehren. Das geht nicht ohne Umwege, Sackgassen und Enttäuschungen. In einem funktionierenden System sind Krisen keine Katastrophen. Sie sind belebende Herausforderung. Sie setzen Kräfte frei, auch solche, von denen man nichts ahnte. Sie leuchten in dunkle Exklaven. Sie öffnen Türen, die verschlossen schienen.

Voraussetzung ist das freie Spiel der Kräfte. In der offenen Gesellschaft entsteht ein Überfluss an Alternativen. Chancen und mögliche Probleme werden frühzeitig sichtbar. Im öffentlichen Diskurs erhitzen sich Konflikte und können rasch wieder abkühlen. Das Tandem von Politik und Wissenschaft macht schädliche Auswirkungen vermeidbar oder reparabel. Es lässt vieles nebeneinander bestehen. Der reichhaltige Horizont des „Sowohl-als-auch“ ist vernünftiger und wohnlicher als der ärmliche Standpunkt des „Entweder-oder“. Hier erklärt sich die Wissenschaftsfeindlichkeit aller Ideologen.

## Politik erwartet vom Wissenschaftler zu Recht Verantwortung

Was erwartet die Politik von der Wissenschaft und was nicht? Zunächst einmal: Sie soll ihre Arbeit tun. Ein Appell von großer Banalität. Die menschliche Neugier ist nicht zu bändigen. Keine Macht der Welt kann sie auf Dauer unterdrücken. Die Politik tut gut daran, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, Ausbildung zu fördern und Etats zu sichern. Es gibt keine „wertfreie“ Wissenschaft. Die Politik erwartet deshalb vom Wissenschaftler (zu Recht), was sie von jedem Bürger erwartet, der in seinem Wirkungs-

kreis Einfluss hat: Verantwortung. Die ist kein Albumspruch. Man muss sie bewusst wollen und organisieren. Hombach hat unter NRW-Ministerpräsident Johannes Rau als junger Parteifunktionär die Gründung eines wissenschaftlichen Beirats organisiert. Zwölf Experten bekamen die Möglichkeit und Aufgabe, politische Entscheidungen aus ihrer Sicht zu begleiten. Das war keine Auskunftei für politische Saisonartikel. Der Beirat sollte und durfte gründlich nachdenken über ein verstörtes Land. Nordrhein-Westfalen und besonders das Ruhrgebiet litten unter der Strukturkrise. Von allen Betrieben und Bewohnern wurden schmerzhaft Abschiede gefordert. Es ging um einen dramatischen „Sturz in die Zukunft“. In enger Kommunikation von Wissenschaft und Politik gelang eine fundierte Bestandsaufnahme der Defizite und Ressourcen, eine tiefe Sondierung in die Realität und auch Seelenlandschaft der Leute. Wer die zahlreichen Publikationen in die Hand nimmt, staunt noch heute über die nachhaltige Gültigkeit der Erkenntnisse. Auch über den Mut, mit dem unbequeme Wahrheiten artikuliert wurden.

Auf dieser Basis konnte die Politik ein „Wir in NRW“ formulieren, nicht als verblasene Parole, sondern als geerdete Konzeption. Es ging um eine sozial-wirtschaftliche Reformpolitik, nicht nur als wahlkämpferischer Impact, sondern mit guten Gründen und Perspektiven. Das veränderte auch die Stimmungslage. Es bescherte dem Bindestrich-Land ein Gefühl von Zusammengehörigkeit, nicht im gemeinsamen Untergang, sondern im gemeinsamen Anspruch an den eigenen Wert.



Gerhard Schröder ist Jurist und SPD-Politiker. Von 1998 bis 2005 war er der siebte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Ausscheiden aus seinen politischen Ämtern ist Gerhard Schröder wieder als selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover tätig und hat Ehrenämter übernommen.

Es wirkte dem drohenden Zerfall in Apathie und Provinzialismus entgegen. Dann zehnjährige Vorarbeit für ein Reformkonzept der politischen Mitte. Es sollte, wie seinerzeit „Godesberg“, in der Sozialdemokratie eine gründliche, klärende Diskussion auslösen und ermöglichen.

### Jeder Fortschritt basiert auf der Entwicklung des Wissens im Zwiegespräch mit praktischer Politik

Der Impuls setzte sich bundespolitisch fort. Es gelang mir, die engsten und vertrautesten Berater der europäischen Staatshäupter und des Weißen Hauses mit Hombach an einen Tisch zu holen. Nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Schemas standen alle vor einer kaum lösbaren Formel: schrumpfende Wirtschaft, demografische Entwicklung, schwankende Sozialsysteme, Risiken und Chancen der Globalisierung. Die Teilnehmer erlebten Phasen von höchster Konzentration und intensiver Kommunikation. Mit dem kühlen Kopf der Wissenschaft und dem heißen Herzen der Politik entwickelten sie ein Konzept mit Realitätssinn und Weitblick.

Allerdings hatten die Formeln einen Fehler: Sie rechneten nicht mit der sprungbereiten Angriffslust und Häme einer Presse, die sich ihre vorgefasste Meinung nicht durch sachliche Kenntnis und Auseinandersetzung beschädigen ließ. Schnell machten Verschwörungstheorien die Runde. Sie vernichteten die Lebenschancen des Konzepts vor seiner Geburt. Selten wurde ein Text so wenig gelesen und so massiv verteufelt. Das differenzierte Ergebnis zehnjähriger wissenschaftlicher Beratung im europäischen Maßstab schrumpfte zum „Papier“, das man sich parteipolitisch um die Ohren schlug.

Ein anderes Beispiel hinterließ bessere Erinnerungen: Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte eine „Zukunftskommission NRW“ zusammengerufen. Dort begegneten sich Exponenten aller Großgruppen, Wissenschaftler und Politiker. Die sollten sich das Land im Jahr 2025 vorstellen. Es ging nicht nur um eine Zeitansage. Utopisches Denken war gefragt. Unter der inspirierenden Leitung von Ralf Dahrendorf und seines Stellvertreters Hombach entstanden Perspektiven und Entwürfe, brauchbar, auch in den Niederungen des Alltags. Das war wissenschaftliche Beratung auf der Höhe ihrer Möglichkeiten. Leider, und auch das gehört zum Paarlauf von Politik und Wissenschaft, einen Regierungswechsel hat es nicht überstanden. Es gilt Karl Poppers skeptisches Diktum über das Dilemma jeglicher Zukunftsforschung: „Wir wissen heute nicht, was wir morgen wissen werden.“ Jeder Fortschritt basiert auf der Entwicklung des Wissens im Zwiegespräch mit praktischer Politik. Die Zeit der Elfenbeintürme ist vorbei. Wer das noch nicht wusste oder nicht glauben

wollte, bekam in der Covid-19-Pandemie den nötigen Nachhilfenunterricht. Selten war die Verzahnung von forschender (auch zweifelnder) Wissenschaft mit einer von Entscheidungszwängen getriebenen Politik so deutlich. Selten auch waren die Erkenntnisse von Experten aus Virologie, Pharmazie, Ethik ein so wichtiges Bollwerk gegen die irrationale Wirrsal in den Köpfen von Querdenkern und Verschwörungsphantasten. „Alternative Fakten“ und „Fake News“ verloren vor der Tatsache der Massengräber ihren „Börsenwert“.

Die Bonner Akademie liefert seit zehn Jahren überzeugende Beispiele und schafft immer neue Gelegenheiten für die Wanderung zwischen den Welten. Ihr Konzept ist nicht das flüchtige „Durchrauschen“ von Funktionsträgern aus der Praxis. Medienmenschen, Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler verraten ihre Erkenntnisse und Alltagserfahrungen. Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis sind Doppelsterne, die pulsierend um

eine scheinbar leere Mitte kreisen. Sie bilden ein gemeinsames System. Das vielleicht Wichtigste geschieht im Zwischenraum. Die Mitte ist ein Kraftfeld.

Was leistet Wissenschaft in Hinblick auf Politik? Sie erhöht und sie vermindert Komplexität. Sie fährt den schrecklichen Vereinfachern in die Parade, denen das Brett vor dem Kopf die Welt bedeutet. Ihre Alternative ist der kluge Vereinfacher und weise Köhler. Nach mühseligem und kurvenreichem Aufstieg erreicht er den Gipfel. Er hat den Überblick. Bürger und Politik leiden unter der enormen Komplexität heutiger Vorgänge und Systeme, gesteigert durch die Kompliziertheit bürokratischer Wucherungen. Die FAZ sprach von der „Komplexitätsfalle“, in der wir stecken. Gesetzesbündel, die uns Monat für Monat um die Ohren fliegen, werden kaum noch von einem lebenden Menschen durchschaut.

Wissenschaftliches Arbeiten erhöht zunächst Komplexität. Im Mikroskop tauchen Feinstrukturen auf. Der Experte weiß über immer weniger immer mehr. Am Ende alles über kaum etwas. Andererseits ist die Verpixelung des Wissens ein unhaltbarer Zustand, wenn es dem Souverän verständlich gemacht werden soll. Nach der Vergrößerung bedarf es einer Reduzierung von Komplexität durch Wissenschaft, auf dass die Erkenntnisse vermittelbar und politisch praktikabel werden. Zahlen und Diagramme sind hilfreich, aber man kann sie sich nicht am Gartenzaun zurufen. Wir sind nicht begabt, interagierende Systeme zu durchschauen und im Gleichgewicht zu halten. Exponentielles Wachstum überfordert unsere Vorstellungskraft. Regelkreise sind schwer zu steuern und können das System sprengen. Die Klimakrise bietet dafür anschauliche Beispiele. Oft ähneln wir dem Mann, der unter der Straßenlaterne seinen Hausschlüssel

## Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis sind Doppelsterne, die pulsierend um eine scheinbar leere Mitte kreisen

sucht. Dort hat er ihn zwar nicht verloren, aber dort ist wenigstens Licht.

### Gibt es einen Wissensvorsprung der Übelwollenden?

Es gibt auch Komplexitätsgewinnler. Sie verstehen es, ihre wahren Interessen und das Risiko dubioser Produkte zu vernebeln. Niemand soll deren Gefährlichkeit erkennen. Der Konsument soll nicht wissen, sondern glauben. Er kauft nicht Aufklärung, sondern Erlösung. Der Anbieter wird zum Priester, zum Gatekeeper kostbarer Geheimnisse. Man bleibt ihm sogar treu, wenn man von ihm enttäuscht wurde. Allein zu sein, ist das schlimmere Gefühl. Trillerpfeifendemokratie sichert Gruppengefühl, aber keine Lösung. Gibt es – wie DIE ZEIT vermutete – einen Wissensvorsprung der Übelwollenden? Sie erkennen nutzbare Gesetzeslücken schneller als der Gesetzgeber sie schließen kann.

Es droht ein weiteres Dilemma. Wir neigen dazu, reflexartig zu reagieren. Jeder „gegebene Anlass“ produziert neue Regeln. Der Einzelfall wird dann zum „Regel-Fall“. Er kommt zwar nicht häufiger vor, aber behindert nun den Normalfall. Das Regelwerk schwillt an. Das erzeugt neue Fehler.

Wissenschaft kann Widersprüche offenlegen. Oft stecken die Probleme im Kopf, nicht in der Realität. Selbstblockaden sind ein verbreitetes Phänomen. Schon Kant definierte Aufklärung als Ausgang des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit. Ein Freund stellte mir folgende Rätselfrage: „Was ist das: Tagsüber sitzt man drauf, abends putzt man sich damit die Zähne und nachts schläft man drin?“ Ich grübelte ergebnislos, bis er sich erbarmte: „Ganz einfach: Es ist ein Stuhl, eine Zahnbürste und ein Bett.“ Auch Wissenschaft lässt sich ködern. In autokratisch gesteuerten Staaten wird sie genötigt, sich an politische Direktiven zu halten. In der Asservatenkammer der Wissenschaftsgeschichte liegen Beispiele für Gängelei durch starke Interessen und Marktmechanismen. Hochschulen reagieren auf lukrative Aufträge und lassen andere liegen. Allein der Kostenfaktor für hochtechnologische Forschung macht anfällig für falsche Akzente und mangelndes Fehlerbewusstsein. Ihm entspricht die selbstzufriedene Fehler-toleranz der Politik, wenn sie nur auf den nächsten Wahltermin starrt oder dem Parteigegner übelnimmt, dass er vielleicht Recht hat.

### Europäische Politik leidet unter wissenschaftlicher Verspätung

Wissenschaft und Politik sind ständig gefragt, Fehlhaltungen und sterile Schmerzvermeidung zu analysieren und einzuhegen. Das

geschieht am besten in gegenseitigem Respekt und mit nüchterner Geduld. Ihre Aufgaben sind zu vielfältig und wichtig, um sich in Schaukämpfen abzurackern. Mit einem 10-Punkte-Katalog umriss einmal DIE ZEIT die wichtigsten Posten der Agenda:

- Vertrauen in die Demokratie,
- Transparenz politischer Entscheidungen,
- Anarchie im Internet,
- Arbeit und Rente,
- Sanierung der Staatsfinanzen,
- Umwelt und nachhaltige Lebensweise,
- Bildungsreform,
- Familie und Geschlechtergerechtigkeit,
- Europa und Integration,
- Generationenvertrag,
- Digitale Revolution und Künstliche Intelligenz.

## Unter der inspirierenden Leitung von Ralf Dahrendorf und seines Stellvertreters Hombach entstanden Perspektiven und Entwürfe, brauchbar, auch in den Niederungen des Alltags.

Jedes dieser Jahrhundertthemen hat einen enormen Bedarf an wissenschaftlicher Durchdringung. Bei jedem lohnt es sich, dem politischen Handeln um einen Schritt voraus zu sein. In den westlichen Demokratien mangelt es nicht an Kontakten. Wer etwas produzieren, verkaufen, bewirken will, erhofft sich Einfluss auf die politische Klasse, zum Teil mit pseudo-wissenschaftlichem Faltenwurf. Ein Heer

von Institutionen, Think Tanks und Komitees mit ihrem Hofstaat aus Wissenschaftlern, Rechtsberatern und Lobbyisten liefert „Beratung“ en gros. In der unübersichtlichen Landschaft der EU versuchen Interessengruppen, politische Prozesse zu fördern, zu modifizieren oder zu blockieren. Stellungnahmen gebärden sich als wissenschaftliche Expertisen. Sie rufen Gegengutachten auf den Plan, lösen Pseudo-Debatten aus. Sie wollen

- Trends antizipieren,
- Probleme prognostizieren,
- geeignete Maßnahmen empfehlen,
- Opposition aktivieren,
- Reformen stimulieren,
- rechtliche Voraussetzungen klären,
- Finanzierungsmöglichkeiten formulieren,
- Wirkungen abschätzen
- und Öffentlichkeit mobilisieren.

Wissenschaftliche Beratung von Politik besiedelt hier eine Grauzone, die ihrerseits nur durch Wissenschaft und Politik aufzuheben ist. Wissenschaft will nach-denken, Politik muss vor-denken. Beide tun gut daran, einander nachzueifern.

Sinnvolle Beratung übersetzt wissenschaftliche Erkenntnis ins Vokabular der Entscheidungsträger. Aus Expertenwissen wird Handlungswissen. Willkommen sind sachgerechte Lösungsalternativen. Theoretisch-abstrakte Abhandlungen und PowerPoint-Orgien verpuffen in den Büros der Assistenten; ganz sicher, wenn sie eingefahrene Prozeduren und Verschaltungen ignorieren. Wer sich auf Beratungsoffenheit der Bürokratie verlässt, hat ebenfalls schlechte Karten. Der Terminkalender aller Entscheidungsträger ist randvoll. Das Durcharbeiten dickleibiger Gutachten und die Prüfung von Argumenten, Fakten und Quellen sind nicht vorgesehen.

Europäische Politik leidet nicht selten unter wissenschaftlicher Verspätung. Sie agiert mit überholten Theorien und Annahmen. Wissenschaftliche Kontroversen empfindet sie als lästig, nicht als das, was sie sein sollten: Motor des Fortschritts.

### **Wissenschaft ist ein Korrektiv für politisch inszenierte Wirklichkeit**

Wir kennen das alljährliche Ritual, mit dem die so genannten „Wirtschaftsweisen“ ihr Gutachten überreichen. Schon die Körpersprache der Empfänger verrät: Sie werden die 300 Seiten niemals lesen. Allenfalls ein zusammenfassendes Fazit. Und jede Partei interpretiert es in ihrem Sinn.

Wo sind die aufgeklärten Medien, die das Gutachten kompetent und angemessen transportieren? Und welches Mandat legitimiert die „Weisen“ im öffentlichen Meinungskampf? Mancher wissenschaftliche Beitrag wurde über Nacht Makulatur. In den ökonomischen „Weltformeln“ fehlen wichtige Konstanten wie Eitelkeit, Gier und Herdentrieb. Ein Finanzminister kann sich viel wissenschaftliche Beratung sparen, wenn an seiner Bürowand zwei Sätze stehen: „Von Nix kommt nix.“ Und „Gib nicht mehr aus, als du einnimmst!“ – Erfahrungswissen der schwäbischen Hausfrau, hinreichend belegt und geprüft.

In dem amerikanischen Spielfilm „Willkommen Mr. Chance“ spielt Peter Sellers den schlichten Gärtner eines reichen Magnaten. Fast sein ganzes Leben hat er hinter den Mauern des Anwesens verbracht. Das Fernsehen war sein einziges Fenster zur Welt. Als sein Arbeitgeber stirbt, muss er hinaus in die Fremde. Er fällt auf durch naive Fragen und kindliches Staunen. Plötzlich gilt er als Träger großer Weisheit. Er wird persönlicher Berater des Präsidenten. Man legt ihm schwierige Probleme der Weltpolitik vor. Er antwortet mit einfachsten Sprüchen und Beobachtungen aus der Welt des Säens und Erntens. Im neurotisierten Milieu der amerikanischen Oberschicht erscheinen sie als wegweisende Orakelsprüche. Man unterwirft sich. Und siehe da: Alles geht besser.

Politik und wissenschaftliche Beratung, ein gemischtes Doppel, aber kein Spiel. Es ist unterhaltsam, aber auch von zunehmender Dringlichkeit.

Die technische Evolution konfrontiert uns mit einer gefährlichen Asymmetrie: Immer größere und vitalere Bereiche der Zivilisation können mit immer geringerem Aufwand an Know-how und krimineller Energie beschädigt oder gar zerstört werden. Ob ein selbstfahrendes Auto als technische Meisterleistung unfallfrei durch die Straße schwebt, oder ob eine Cyber-Attacke vom Straßenrand plötzlich den Algorithmus „Rote Ampel“ abschaltet, hängt nur von der Anordnung der Bitmuster ab. - Die globale Dimension verschärft das Problem. Nationale Grenzen bieten keinen Schutz mehr. In einem Land kann bedenkenlos geschehen, was im anderen undenkbar ist.

Die Wissenschaft erzeugt wundersame Lösungen. Sie erfindet aber auch neue Risiken, die uns politisch unter Stress setzen und nicht selten überfordern. Ich denke an Kernkraftwerke, atomaren Rüstungswettlauf, Genmanipulation, Pränatale Diagnostik, anarchische Strukturen im Internet. - Friedrich Dürrenmatt warnte in seinem Drama „Die Physiker“ vor Risiken, die wir nicht nur absichern oder minimieren, sondern gar nicht erst eingehen dürfen. Das aber haben wir nicht gelernt. Es ist in unserem Genom nicht vorgesehen, und es wäre blauäugig, auf eine allgemeine moralische Mutation zu hoffen. Vielleicht ist das Ende der menschlichen Spezies eines Tages der erweiterte Selbstmord eines Einzelnen. Er rastet aus, weil seine Ehefrau wieder einmal die Zahnpastatube nicht zugekehrt hat. Hätte Hitler im Reichsbunker vor dem Roten Knopf gesessen, er hätte ihn gedrückt.

Wissenschaft und Politik können sich gegenseitig fördern oder kräftezehrend in die Quere kommen. In jedem Fall sind sie eine Schicksalsgemeinschaft mit größter Verantwortung für das allgemeine Wohl. Das erklärt ihre Spannung, aber auch ihre Chance. Im besten Fall ist es eine kreative Spannung. Wissenschaft ist ein Korrektiv für politisch inszenierte Wirklichkeit. Und Politik hat die schwierige Aufgabe, das Machbare vom Wünschbaren zu unterscheiden. Wer sich dem jeweils anderen unterwirft, verrät seine eigentliche Aufgabe. Beide Seiten müssen einen lebhaften und korrigierbaren Weg bewahren oder finden. Der beugt möglichem Schaden vor, ohne möglichen Nutzen zu verhindern. Ein Quantum Bescheidenheit tut beiden gut.

Bertolt Brecht schrieb in seinen Geschichten vom Herrn K.: Jemand fragte Herrn K., womit er sich gerade beschäftige. „Ich bereite meinen nächsten Irrtum vor“, war dessen Antwort. - Erwin Chargaff prägte den sarkastischen Satz: „Unter Umständen kann auch ein Genie nicht reparieren, was ein Trottel angerichtet hat.“

In diesem Sinne, liebe BAPP, auf ein neues Jahrzehnt!  
Ich begleite Euch weiter.

„ Die Bonner Akademie liefert seit zehn Jahren überzeugende Beispiele und schafft immer neue Gelegenheiten für die Wanderung zwischen den Welten.



# Eine Frage des Vertrauens

Die Demokratie wird sich neu beweisen müssen. Es braucht politische Institutionen, in denen sich jeder wiederfinden kann. Und ein Verständnis dafür, dass unser unvollkommenes System nicht seine Legitimation verliert, nur weil nicht alles reibungslos funktioniert.

Von Ulrike Demmer

Auf keinen Fall dürfe sich die SPD an einem Regierungsbündnis beteiligen, sagt der junge Mann. Er ist Anfang 20, das Hemd gebügelt, der Blick fest auf das Publikum gerichtet. „Wer regiert, muss schmutzige Deals eingehen.“ Und das solle die SPD im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler nicht mehr tun. Der junge Mann wird nicht der einzige bleiben, der das an diesem Nachmittag so formuliert.

Die Szene stammt aus dem November 2017. Im Finale der Debattierclubs der Hochschulen diskutieren Studenten und Studentinnen darüber, ob es richtig und demokratisch legitim war, dass die SPD noch am Wahlabend eine Regierungsbeteiligung für sich ausschloss. Keiner der Studierenden machte den Eindruck, sein Vertrauen in den Staat sei grundsätzlich erschüttert. Keiner argumentierte vor einem extremen politischen Hintergrund. Aber das Kernargument all jener Debattierenden, die die Haltung der SPD verteidigten, lautete: „Wer regiert, muss schmutzige Deals eingehen. Und deshalb ist es besser, nicht zu regieren.“

## Vertrauen lässt sich nicht per Gesetz verordnen

Schwindet das Vertrauen in die Arbeit der Regierenden? Fühlen sich die Regierten nicht mehr angemessen vertreten? Ist die Demokratie in der Krise? Mit der Corona-Pandemie ist die Zumutung der Ungewissheit zurückgekehrt, jene Ungewissheit, die wir doch eigentlich mit Versicherungen, Fahrradhelmen und Überwachungskameras unter Kontrolle gebracht zu haben schienen. Und mit dieser Ungewissheit ist auch das Vertrauen der Menschen in die Bundesregierung aufs Neue ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Zunächst wuchs aufgrund der erfolgreichen Krisenpolitik im Frühjahr 2020 das Vertrauen in den Staat. Nun, im zweiten Jahr der Pandemie, schwindet die Zustimmung zur Arbeit der Bundesregierung wieder.

„Die Bürger vermissen ein generalstabsmäßiges Krisenmanagement, das eigentlich zum Selbstbild des Landes und zur Außenwahrnehmung gehört“, analysiert die Meinungsforscherin Renate Köcher im März 2021. Es werde der Verlust an Planungssicherheit beklagt. Die große Mehrheit der Kritiker traue der Politik nicht mehr zu, dass sie einen Plan zur Bewältigung der Krise habe.

Doch das Vertrauen in den Staat schien schon vorher aus anderen Gründen ins Wanken geraten. Der Terror erschütterte das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit. Der Klimawandel hat die Prämissen des Kapitalismus in Frage gestellt. Populismus verunglimpft den politischen Kompromiss. Dass die im November 2017 debattierenden Studenten den politischen Kompromiss einhellig als „schmutzigen Deal“ bezeichneten, zeigt, wie erfolgreich die Saat der Populisten aufgegangen ist.

Vertrauen lässt sich nicht per Gesetz anordnen, nicht vertraglich verhandeln oder mit Geld erkaufen. Die Demokratie lebt davon, dass sie die Bürgerinnen und Bürger immer wieder überzeugt. Demokratie braucht ein Grundvertrauen in ihre Institutionen. Dieses Grundvertrauen verlangt ausdrücklich nicht den Verzicht auf Kritik. Kritik, Konflikt, Streit gehören zur Demokratie dazu. „Konflikt ist Freiheit“, schrieb Ralf Dahrendorf in seinem 1965 erschienenen Text „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“. Liberale Demokratie sei „Regierung durch Konflikt“. Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass die Gesellschaft Differenzen aushält, weil sie Konflikte auf friedliche Weise in kollektiven Verständigungsprozessen regelt.

Doch das gelingt anscheinend immer weniger. Inzwischen geht es immer seltener um fundierte Kritik an einzelnen politischen Entscheidungen. Immer öfter ist die Rede vom Politik- oder gar Staatsversagen, vom kompletten Vertrauensverlust in demokratische Institutionen. Die politische Debatte verkommt zum unversöhnlichen Streit, der politische Gegner mutiert zum existenziellen Feind. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

## Gut organisierte Bewegungen streuen Zweifel am Staat und seinen Institutionen

In Frankreich demonstrieren Menschen in gelben Westen gegen Steuererhöhungen. In Deutschland schwenken Querdenker Reichskriegsflaggen, um gegen die Corona-Maßnahmen des Staates zu protestieren. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa sind gut organisierte Bewegungen auf dem Vormarsch, die gezielt Misstrauen sähen, Zweifel streuen am Staat und seinen Institutionen. Sie verbreiten falsche Informationen und schüren damit Angst und Unsicherheit. Wer sich im Internet lange genug

von Link zu Link klickt, kann sich mühelos im Nebel der Verschwörungstheorien verlieren.

Nicht alle Konflikte werden durch sozialen Medien manipuliert oder verstärkt. Auch Parteien inszenieren Konflikte. Auch klassische Medien machen sie sichtbar. Das ist nichts Neues. Doch mit Polarisierung lässt sich im Netz viel Geld verdienen. Meinungsstarke Kommentare, Posts, Tweets werden häufiger geklickt und gelesen. Das wissen nicht nur die Algorithmen, die diesen Effekt noch verstärken.

Hinzu kommt die gestiegene Mobilität der Gesellschaft, geografisch, aber auch sozial und gesellschaftlich: Milieus und gewachsene Bindungen lösen sich auf. Die familiäre und gesellschaftliche Stabilität des flexiblen Menschen nimmt stetig ab. Damit geht ein allgemeiner Vertrauensverlust einher. Die Menschen misstrauen nicht nur den Regierenden, sie glauben auch ihrem Pfarrer, ihrer Ärztin, ihrer Tageszeitung nicht mehr.

## Wir sollten dafür sorgen, dass die Menschen die Demokratie besser verstehen

Womöglich trägt auch die Digitalisierung bei zum Ansehensverlust. Das Thema ist noch wenig beleuchtet, doch als Service-Center und digitaler Dienstleister legen Staat und Verwaltung immer öfter das Gewand ihrer Autorität ab. Wird die Bürgerin auf dem Amt zur Kundin, der Antrag für den neuen Personalausweis oder das Elterngeld zu einer „Bestellung“ im Netz, dann unterscheidet sich der Staat nicht mehr grundlegend vom Otto-Versand. Der Verlust der persönlichen Begegnung geht für so manchen und manche mit schwindender Achtung vor der Institution einher. Die Behörde, von Stempeln und Formularen befreit, steht vor einer neuen Herausforderung: Wie lässt sich im Zeitalter der Digitalisierung die Würde des Hoheitlichen bewahren? Diese Frage ist noch nicht geklärt.

In Deutschland sind die Erwartungen an den Staat hoch. In einem Land, in dem die Müllabfuhr immer pünktlich kommt und die Höhe des Gartenzauns gesetzlich geregelt ist, sind Bürgerinnen und Bürger von ihrer Verwaltung schnell enttäuscht, wenn mal etwas nicht funktioniert. Das führt zu Frustration, Unmut und Verärgerung über den Staat, ist aber nicht automatisch gleichzusetzen mit sinkendem Vertrauen. Das Urteil „Staatsversagen“ ist schnell ausgesprochen, schießt aber bei allen Defiziten doch weit über das Ziel hinaus. Das weiß in der Regel auch der Bürger und die Bürgerin.

In der Bundesrepublik funktioniert der Rechtsstaat auch in der Krise auf allen Ebenen. Die Demokratie ist in Deutschland nicht ernsthaft gefährdet. Aber so selbstverständlich, wie sie uns lange erschien, ist unsere freiheitliche Grundordnung auch nicht. Die Demokratie wird sich neu beweisen müssen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir politische Institutionen schaffen, in denen sich jeder wiederfinden kann. Wir sollten dafür sorgen, dass die Menschen die Demokratie besser verstehen. Wir müssen besser erklären, was die Demokratie leisten kann und klar machen, dass dieses unvollkommene System immer wieder auch mal scheitern wird. Dass dieses System aber nicht seine Legitimation verliert, nur weil nicht alles reibungslos funktioniert.



Nach Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin ist Ulrike Demmer seit Juni 2016 eine von zwei stellvertretenden Regierungssprecherinnen. Die mehrfach ausgezeichnete Journalistin (u.a. Henri-Nannen-Preis 2011) vertritt die SPD-Seite der Koalition im Team der Regierungssprecher.

# Macht Sinn

Individuelles Entscheiden ist eine Unart aus den Frühtagen der Demokratie. In Zukunft wird eine Software entscheiden, was gut und richtig für uns alle ist. Ausblick in eine moralisch-technisch einwandfreie Zukunft.

Von Dr. Hajo Schumacher

Der Tag, an dem das Konzept der demokratischen Debatte endete, lässt sich nicht exakt bestimmen. Es muss Mitte der 2020er Jahre gewesen sein. In den verbliebenen westlichen Demokratien war das öffentliche Gespräch in einem wutentflamnten Stillstand erstarrt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hatte ebenso wie Zeitungen und ihre online-Angebote immens an Bedeutung verloren. Die Funktion der Medien als Vierte Gewalt der Demokratie, die erstens die Mächtigen kontrollieren und zweitens den gesellschaftlichen Diskurs organisieren sollte, hatten die Plattformen übernommen. Hier tauschten sich die Menschen aus, meist atemlos, seltener inhaltlich, eher persönlich, was zu einer dauerhaften Krise führte. Das herkömmliche demokratische System war nicht mehr in der Lage, politische Entscheidungen zu treffen.

In Deutschland wurde kaum noch über komplexe Konzepte einer Rentenreform, über die Organisation von Bildung oder das Fördern von Familien gesprochen, sondern vor allem darüber, wer bei einer solchen Debatte überhaupt das Recht bekommt, mitzureden. Dürfen etwa Menschen über Rente reden und entscheiden, die selbst noch kein Altersruhegeld beziehen? Wie soll ein Nicht-Rentner beurteilen können, wie sich ein einsamer alter Mensch mit wenig Geld fühlt?

Sollen Kinderlose über moderne Schule reden dürfen, Singles über Familienförderung? Und weiter: Dürfen Menschen eine Ökopartei wählen, obwohl sie Auto fahren? Darf überhaupt wählen,

wer von Transfereinkommen lebt? Das Reden über Rechte an der Teilnahme an einer Debatte hatte inhaltliche Gespräche nach und nach verdrängt.

## In einer Gesellschaft singulärer Merkmale stirbt zuerst die Toleranz

Die gesellschaftliche Polarisierung, die mit dem Aufkommen der digitalen Kommunikation in alle Lebensbereiche vorgedrungen war, hatte mit den Jahren jede Debatte infiziert. Wer war berechtigt, was zu sagen, zu kaufen, zu tun oder zu lassen? Das Prinzip der unverhandelbaren Menschenwürde und damit der Gleichheit aller Individuen, das jeder demokratischen Verfassung zu Grunde lag, hatte sich aufgelöst in ein unübersichtliches Granulat von Identitäten, die sich von jeder politischen Richtung nach Belieben instrumentalisieren ließen und jedes Handeln verhin-derten. Das demokratisch wünschenswerte Mitspracherecht war zu einer toxischen tribalistischen Niedermachpflicht geworden.

Intellektuelle, Politikerinnen, Sportler, Künstlerinnen hatten in offenen Briefen, Petitionen und Kampagnen immer wieder den alternativlosen Wert der Debattenkultur beschworen. Aber es half nichts. Die Idee von einem medialen Marktplatz, wo jeder und jede transparent und offen im Rahmen einer großzügigen Meinungsfreiheit reden und zuhören durfte, um sich schließlich seine eigene Meinung zu bilden, war knapp 250 Jahre nach der Französischen Revolution an ihr Ende gekommen. Stattdessen verboten sich Menschen gegenseitig das Wort, meist mit dem Argument, dass nur mitreden dürfe, wer die entsprechenden Erfahrungen gemacht habe. In einer Gesellschaft singulärer Merkmale stirbt zuerst die Toleranz.

Zufall oder nicht, exakt in dieser Zeit trat ein neues globales Netzwerk namens SENSE in die Welt und präsentierte eine revolutionäre Idee, wie die Gesellschaft der Zukunft mit digitaler Technik moralisch einwandfrei zu organisieren sei. SENSE war eine Stiftung, in der sich Techniker, Manager und Vordenker der ehemaligen Internet-Champions Google, Facebook und Amazon zusammengeschlossen hatten. Diese Konzerne waren wegen ihrer ökonomischen und später auch gesellschaftlichen Übermacht zerschlagen worden. Google, die Suchmaschine mit dem Weltmonopol hatte gewogene Politiker bevorzugt nach oben bugsiert, Facebook hatte unliebsamen Volksvertretern gezielt Shitstorms auf ihre Seiten gespült. Die Manipulationen waren von Mitarbeitern aufgedeckt worden. Zudem hatte sich das Prinzip der Plattformen, die den lautesten, zornigsten und absonderlichsten Stimmen einen permanenten Vorrang eingeräumt hatten, als toxisch für den Fortbestand von Demokratie und Menschheit erwiesen. Bei SENSE hatten sich die ökonomisch gut abgesicherten Köpfe der ehemaligen Digitalkonzerne zusammengefunden, um Lösungen für die Zukunft des menschlichen Zusammenlebens zu erarbeiten, die resilienter sein sollten als herkömmliche Demokratien. Das Motto von SENSE lautete: Kein Profit, keine Interessen, aber Sinn für alle.

Sinn, das galt bei SENSE als alles entscheidender Maßstab. Der Sinn des menschlichen Lebens wurde definiert als Beitrag zu einer auch ökonomisch gesunden, harmonischen Gesellschaft, die einer guten Zukunft entgegenschaut. Für jeden Menschen auf der Welt schuf SENSE den SenseScore (SS). Schulnoten, Facebook-Posts, Aufenthaltsorte, CO2-Produktion, Ausgaben, Reisen, die heimische Kommunikation mit der Familie, Surf-Verhalten, soziales Engagement, Produktivität – aus unzähligen Daten, die über jedes Individuum vorlagen, ermittelte SENSE algorithmisch einen unbestechlichen Wert, der über den Sinnbeitrag dieses Menschen Auskunft gab. Schuf jemand mit seiner Arbeit, seinem Lebenswandel, seinen Kommentaren, seinem sozialen Verhalten ein Mehr an Sinn und damit einen wertvollen Beitrag für die Zukunft? Oder schadete er mit seinem Verhalten der Gemeinschaft? Die Kernfrage für jeden Menschen lautete von Geburt an nun: Machst Du Sinn? Bist Du in der Gesamtheit Deines Tuns und Denkens eher sinnvoll gut oder eher sinnlos böse? So löste sich das Problem der Identitätspolitik von allein: Nicht ein einziges Merkmal wie Geschlecht oder Hautfarbe entschied über Rang, Rechte und Wert eines Menschen, sondern seine gesamte Lebensleistung. Auch alte weiße Männer bekamen plötzlich wieder eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe während Vertreter von Minderheiten nicht automatisch als moralisch überlegen eingestuft wurden.

## Wer definiert die Wertewelt der Menschheit?

Der SenseScore brachte Gerechtigkeit in die Welt, denn er bedeutete eine Weiterentwicklung des unausgegorenen Gleichheitsprinzips, das den frühen Demokratien zu Grunde lag. Ab sofort hatte jeder Mensch, ganz gleich welcher Herkunft, selbst in der Hand, wie es um seinen SenseScore und damit sein Ansehen bestellt war. Wessen Wert sich ins Negative zu bewegen drohte, konnte etwa mit sinnvoll genutzter Urlaubszeit seinen Rang verbessern. Wer sich dagegen nicht um seinen SenseScore kümmerte, war selbst dafür verantwortlich, dass der Wert ins Negative kippte, was den Verlust der Grundrechte mit sich brachte.

Nebenbei hatte SENSE auch den Bedeutungsverlust der Medien gelindert. Schon vor dem Erstellen eines Beitrags konnten Journalisten mit Hilfe der SenseScore-Technologie ermitteln, ob das Thema sinnvoll war, der Text verständlich, die Illustration angemessen. Die wahrscheinliche Reichweite ließ sich ebenso messen wie Nutzungsdauer, Werbewert, aber auch die mutmaßlichen emotionalen und intellektuellen Veränderungen der Empfänger. So wurden Profit und Sinn harmonisiert und zugleich der ewige gesellschaftliche Zwist beseitigt, den die Medien aus wirtschaftlicher Not früher immer wieder anzuzetteln hatten.

Bleibt die Frage, wer die Wertewelt des SenseScore definiert. Das wird sich nicht ermitteln lassen. Allein das Stellen dieser Frage wird mit empfindlichem Abzug beim persönlichen SenseScore bestraft.

Dr. Hajo Schumacher arbeitete nach dem Studium der Journalistik, Politologie und Psychologie von 1990 bis 2000 beim Spiegel. Von 2000 bis 2002 war er Chefredakteur der Lifestylezeitschrift Max. Er ist Journalist, Moderator, Redner und Autor zahlreicher Bücher.

# Gerade jetzt und mehr denn je: Zusammenhalten!

Erfolge in der Integrationspolitik müssen wir zur Kenntnis nehmen, weil sie empirisch belegbar sind. Nicht die Einwanderungsgeschichte, sondern die objektive Lebenslage und der soziale Status bestimmen die Alltagsrisiken vieler Menschen.

Von Serap Güler

**10 Jahre Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP): Das sind 10 Jahre großartiger Veranstaltungen und toller engagierter Diskussionen. Sie dienen unserer Selbstvergewisserung darüber, wo wir als Staat und Gesellschaft stehen, was uns als Nation ausmacht, und in welche Richtung wir uns entwickeln wollen.** Sehr gerne habe ich daher das Angebot angenommen, den 10. Jahrestag der Akademie zu nutzen, um einen Blick auf die Chancen und Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft und der Integrationspolitik zu werfen.

Ich tue das zu Beginn mit einem selbstbewussten Statement: Wir haben viel erreicht! Es hat in den letzten Jahrzehnten deutliche Fortschritte bei Integration und Teilhabe gegeben. Wir sind offener geworden beim Erwerb der Staatsangehörigkeit. Der ius-soli-Grundsatz garantiert, dass Kinder ausländischer Eltern, die schon lange hier leben, als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zur Welt kommen und von Beginn an voll gleichberechtigt aufwachsen. In Nordrhein-Westfalen haben wir unsere Regelsysteme, unsere Verwaltungen und Behörden interkulturell weiter geöffnet. Wir haben die Partnerschaft mit den Kommunen erneuert und durch das Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement NRW“ vor Ort mehr Verbindlichkeit und Verlässlichkeit geschaffen.

## Der ersten Einwanderergeneration haben wir viel zu verdanken

Es gibt auch eine positive Entwicklung bei den Bildungsabschlüssen, den beruflichen Qualifikationen, den Unternehmensgründungen und der gestiegenen Repräsentanz von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Führungspositionen. Hinzu kommt, dass wir vielen Flüchtlingen den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen eröffnet haben, der es ihnen erleichtert, eine Ausbildung zu beginnen oder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen.

Diese Erfolge müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das geschieht noch immer zu selten! Sie können durch empirische Daten belegt werden. Darauf können und sollten wir alle gemeinsam stolz sein. In diesem Jahr, 2021, werden wir daher den 60. Jahrestag des

deutsch-türkischen Anwerbeabkommens feierlich begehen. Gerade der ersten Einwanderergeneration, die dieses Land mit aufgebaut hat, haben wir viel zu verdanken. Heute leben 5,3 Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Sie gehören mit den gleichen Rechten und Pflichten zu diesem Land und dieser Gesellschaft wie jene, deren Vorfahren schon seit Generationen hier ansässig sind.

Ich weiß aus Gesprächen in der Akademie, dass manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer meine zuversichtliche Einschätzung nicht teilen. Ich erinnere mich an Diskussionen, da hieß es: Was ist mit der Clan-Kriminalität? Und was ist mit den Parallelwelten, in die sich Einwanderinnen und Einwanderer zurückziehen? Einige gingen so weit, die Integration in unserem Land für rundherum gescheitert zu erklären. Meine Antwort darauf lautet: Ja, es gibt Entwicklungen, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wenden müssen, und die Landesregierung tut dies zielgerichtet und konsequent. Aber mauern Sie sich bitte nicht ein in vorgefertigte Überzeugungen und vermeintliche Wahrheiten.

## Corona hat soziales Miteinander fundamental verändert

Weiten Sie den Blick, und dann sehen Sie junge Einwanderinnen und Einwanderer, die trotz größter familiärer Belastungen das Abitur machen. Eltern, die vor Krieg und Not geflohen sind und ihren Kindern trotzdem Zuversicht und Lebensfreude vermitteln. Oder Menschen, die mutig Tag für Tag gegen Rassismus und Ausgrenzung kämpfen. Man muss immer das ganze Bild betrachten, nie nur Ausschnitte. Und wenn man das macht, dann sieht man bei Einwanderung, Integration und Teilhabe sehr viel mehr Licht als Schatten. Das ist meine Grundüberzeugung aus der heraus ich für unser Land und alle seine Menschen, für diejenigen mit und diejenigen ohne Einwanderungsgeschichte, arbeite und politisch tätig bin.

Das jüngste Beispiel dafür, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu Unrecht für Probleme verantwortlich gemacht wurden, ist die Corona-Pandemie. Sie hat die Art und Weise, wie wir leben, lernen und arbeiten, wie wir unsere sozialen Beziehungen gestalten, uns mit Freunden treffen oder unsere Eltern besuchen, fundamental verändert. Es hat mich erschüttert, immer wieder zu hören, die Einwanderinnen und Einwanderer seien es, die das Virus verbreiten, weil sie sich nicht an die Kontaktbeschränkungen halten, die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske verweigern oder generell impfskeptisch sind. Dieser Vorwurf folgt einer nur zu bekannten Argumentation und spielt rechtspopulistischen Kräften in die Hände.

Warum? Weil Menschen mit Einwanderungsgeschichte „kulturalisiert“ werden! Es wird so getan, als sei die Tatsache, selbst eingewandert oder Kind einer eingewanderten Mutter oder eines eingewanderten Vaters zu sein, das alleinige, die Persönlichkeit prägende Merkmal. Dabei wird – oft mit voller Absicht – verkannt, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte (ebenso wie jene ohne!) eine vielschichtige Identität besitzen, die durch Bildung, berufliche Tätigkeit, Einkommen oder die Wohnsitua-

tion mindestens ebenso geprägt ist wie durch die Migrationserfahrung. Alles zusammen formt die individuelle Persönlichkeit. Die Einwanderungsgeschichte allein definiert diese aber nicht. Bezogen auf die Corona-Pandemie heißt das: Soziale Ursachen sind verantwortlich für mehr Krankheitsfälle in bestimmten Bevölkerungsgruppen, nicht die Einwanderung. Es ist eine Tatsache, dass beengte Wohnverhältnisse in hochverdichteten Stadträumen zu mehr Kontakten und damit potenziellen Infektionen führen. Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen treffen zudem Personen stärker, die nicht das Privileg haben über private Freiräume wie einen Garten oder Balkon zu verfügen oder sich mit mehreren Personen ein Zimmer teilen müssen. Stärker von der Pandemie betroffen sind auch jene, die im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, kein separates Homeoffice besitzen und darauf angewiesen sind, für den Weg zur Arbeit öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Wer den genannten sozialen und sozioökonomischen Faktoren ausgesetzt ist – und das sind überproportional viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte –, der hat ein höheres Risiko an Covid-19 zu erkranken. Ursächlich dafür ist aber nicht die Einwanderungsgeschichte, sondern die objektive Lebenslage und der soziale Status. Kurz gesagt: Wer weniger Einkommen hat, wer in engen Verhältnissen wohnt, der erkrankt eher, ob er nun eine Einwanderungsgeschichte hat oder nicht. Dass die Corona-Pandemie von bestimmten Gruppen dafür genutzt worden ist, altbekannte Vorurteile neu aufleben zu lassen, sollte uns allen zu denken geben.

Was lernen wir aus der Pandemie? Es braucht mehr Zusammenhalt und weniger Spaltung. Es braucht Werte, auf die wir uns gemeinsam verständigen und an denen wir gemeinsam unser Verhalten orientieren können. Und es braucht ein stabiles gesetzliches Fundament, das mehr Integration und mehr Teilhabe ermöglicht und die Realität der Einwanderungsgesellschaft anerkennt. In Nordrhein-Westfalen sind wir für diese Aufgaben gut gerüstet. Die Landesregierung hat die Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 beschlossen und will das Teilhabe- und Integrationsgesetz grundlegend novellieren. Und wir haben eine bundesweit einmalige Wertschätzungskampagne unter dem Titel #IchDuWirNRW auf den Weg gebracht. All das hat dazu beigetragen, dass wir die bundesweite Führungsrolle Nordrhein-Westfalens in der Integrationspolitik untermauern konnten. Die Corona-Pandemie wird vorbeigehen. Bald wird es wieder die Gelegenheit geben, in öffentlichen Räumen zu diskutieren und zu streiten. Ich freue mich darauf, auch in den kommenden Jahren die Chancen von Einwanderung, Teilhabe und Integration mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik zu erörtern. Mein herzlicher Dank geht an alle Verantwortlichen für die bisher geleistete Arbeit.

**Den nun 10 Jahren BAPP werden, dessen bin ich sicher, viele weitere Jahrzehnte engagierten Handelns und fruchtbarer Gespräche folgen.**

Serap Güler ist seit 2017 Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 2012 bis 2017 war sie Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen und ist seit 2012 Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

# „Galileo würde heute als Wissenschaftsleugner diffamiert“

Im Wettlauf der Expertenmeinungen zur Corona-Bekämpfung blieben Diskurs und Meinungsvielfalt auf der Strecke. Professor Hendrik Streeck mahnt strukturelle Veränderungen an – weil das Virus uns nicht mehr verlassen wird.

Interview mit Prof. Dr. Hendrik Streeck

**H**err Professor Streeck, der sogenannte Expertenhype ist ein neues Phänomen in der aktuellen Pandemiedebatte. Wie bewerten Sie die neue Rolle, die Ihnen und Ihren Kollegen da zugefallen ist?

**Prof. Dr. Hendrik Streeck:** „Auf der einen Seite ist es ein Vorteil, dass bei uns nicht wie bei Bolsonaro oder Trump einfach Entscheidungen getroffen werden, ohne die Wissenschaft einzubeziehen. Ich sehe es als fortschrittlich an, wenn eine Regierung Wissenschaftler befragt. Aber die Problematik dabei ist, dass versäumt wurde, genügend Stimmen an den Tisch zu holen, um einen Diskurs zu erlauben. Gerade weil wir mit Blick auf das Virus vieles immer noch nicht wissen, sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Es ist richtig, Expertise einzuholen, es wird gefährlich, wenn es monothematisch wird – und das ist es leider geblieben. Ich hätte mir gewünscht, dass Soziologen, Psychologen und all die vielen Fachbereiche, die unsere Universitäten ausmachen, an einen Tisch kommen, weil man eine Pandemie nur von allen Seiten her einschätzen kann. Das kann kein einzelner Mensch. Es gibt eben nicht den einen Wissenschaftler, der alles weiß. Diese Überhöhung zu einer nostradamusartigen Figur ist gefährlich, die Wissenschaft lebt vom Diskurs. Aktuell läuft es aber eher so, dass – je nach Medium – verschiedene Positionen und Fehleinschätzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Dabei ist es gar nicht schlimm, wenn man mal falsch liegt: Die Einschätzungen und Überlegungen zum Virus ändern sich.“

## „Öffentliche Debatte darf nicht in Verunsicherung umschlagen“

War – oder ist – der Einfluss auf Politik und Medien unangemessen hoch?

**Streeck:** „Es ist immer schwer, über die Politik und die Medien zu reden. Aber ich finde, dass zwei Fehler passiert sind: Auf der einen Seite hat die Regierung es nicht geschafft, einen interdisziplinären Pandemierat einzurichten. Auf der anderen Seite hat der Wissenschaftsjournalismus keine gute Rolle gespielt.“

Ich möchte hier nicht alles über einen Kamm scheren, aber in der Regel wirkte es in den Darstellungen so, als ob es die Wissenschaft mit der einen Meinung gäbe. Das gibt es in der Wissenschaft aber nicht! Stellen Sie sich vor, Galileo würde in der heutigen Zeit leben und die Außenseitermeinung vertreten, dass unsere Erde nicht das Zentrum des Universums ist. Dann wäre er nach dem heutigen Vokabular ein Wissenschaftsleugner, weil die vorherrschende politische Meinung anders ist. So funk-

tioniert aber keine Wissenschaft, sie lebt eben von einem Diskurs. Aber das Miteinanderreden wird durch den Wissenschaftsjournalismus derzeit eigentlich mehr unterdrückt als gefördert.“

*Mit Trump und Bolsonaro haben Sie bereits zwei Protagonisten des sogenannten „postfaktischen Zeitalters“ erwähnt. Ist vor diesem Hintergrund der aktuelle „Wissenschaftsboom“ – also die Tendenz, dass politische Debattenlagen so stark von Expertenmeinungen getragen werden – dann eher eine gute Entwicklung?*

**Streeck:** „Auf der einen Seite ist die öffentliche Debatte natürlich wichtig. Aber nur zu einem gewissen Teil, denn irgendwann kann sie in Verunsicherung umschlagen. Wichtiger finde ich, dass auf politischer Ebene mehr Diskurs gefördert wird. Wir müssen versuchen, die verschiedensten Szenarien mitzudenken, um bereits einen Plan B, Plan C und Plan D bereitzuhalten.“

Mir ist das Absurde passiert, dass ich bei Illner gefragt habe, was unser Plan B ist, wenn AstraZeneca zurückgerufen werden muss. Ich hatte keine Ahnung, dass der Impfstoff zehn Tage später wirklich gestoppt wurde! Aber es belegt, wie wichtig Fragen nach Ausweichlösungen sind. Zur Expertise gehört, Szenarien aufzubauen und darüber zu diskutieren. Aber das wurde versäumt. Weil man auf politischer Ebene nicht an einen Tisch kommt, kann so eine Diskussion nicht anders als in der Öffentlichkeit stattfinden, wo sie zunächst nicht hingehört. Vieles, was eigentlich in Gremien hätte stattfinden müssen, hat sich in die öffentliche Debatte verschoben.“

## „Wir brauchen eine starke Weltgesundheitsorganisation“

Welche Folgen hat die Pandemie langfristig für die Wissenschaft? Kann man jetzt schon Lehren aus der Krise ziehen?

**Streeck:** „Die Folgen der Pandemie kann man jetzt noch nicht absehen. Vor allem, weil sich gerade neue Arten von Strukturen bilden, denen ich etwas kritisch gegenüberstehe, zum Beispiel das Forschungsnetzwerk Universitätsmedizin. Da werden einzelne Universitäten überhöht und über die anderen gestellt. Das gefährdet unseren Pluralismus.“

Aktuell gibt es eine Universität, die über alle strahlt. Aber nur weil die Charité in Berlin sitzt, ist sie dadurch keine Regierungsuniversität. In manchen Fachbereichen ist etwa Heidelberg der weltweit unumstrittene Leuchtturm, oder die LMU.

Was aber die Krise – bei aller Kritik – außerdem gezeigt hat: Wir brauchen eine starke, strukturierte und gut funktionierende Weltgesundheitsorganisation, die jenseits von den Partikularinteressen einzelner Staaten die Möglichkeit hat, sofort Pandemien einzudämmen und einzugreifen. Diese Institution muss gut und vor allem projektunabhängig arbeiten können. Ich hoffe, wir werden zu der Erkenntnis kommen, dass eine starke WHO besser für alle Menschen ist als eine schwache.“

*Wir betrachten aktuell in Deutschland Inzidenz, Impffzahlen und Herdenimmunität. Ist das bei einem weltweiten Pandemiegeschehen überhaupt zielführend? Wie lange wird es dauern, bis z.B. Kamerun und andere Länder durchgeimpft sind? Wird sich bis dahin nicht irgendeine Mutation bilden, für die dann wiederum unser Impfschutz gar nicht ausreicht?*

**Streeck:** „Wir werden eine Mutation aus einem anderen Land nicht aufhalten können: Bis wir die erkennen, ist sie schon einmal um die Welt. Ich bin aber nicht so pessimistisch, dass irgendwann eine Mutation kommt, bei der unsere Impfstoffe gar nicht mehr wirken. Das kann zwar passieren, aber wir erarbeiten ja nicht nur eine Immunantwort, sondern eine ganze Fülle gleichzeitig. Trotzdem ist die Angst von Mutationen ein wichtiger Punkt: Wir haben im weltweiten Vergleich ein niedriges Infektionsgeschehen. Trotzdem tangiert uns das, was in Brasilien oder Indien passiert, nicht nur wegen der potenziellen Mutationen: Wenn wir durch unsere Lockdowns Lieferketten abbrechen lassen, bedeutet das, dass in einigen Ländern weniger Hilfsgüter ankommen.“

## „Durch die Pandemie werden die Flüchtlingsströme wachsen“

Es geht ja nicht nur um die Wirtschaft. Es sind geschätzt 80 Millionen Kinder, die letztes Jahr nicht gegen Polio geimpft worden sind. In Südafrika ist die Behandlung von HIV während des Lockdowns streckenweise um 50% zurückgegangen. Die Zahl der weltweit seit Corona geschlossenen Kindertagesstätten wird auf 16 Millionen geschätzt. Unheimlich viele Kinder, Unicef schätzt 150 Millionen, leben zusätzlich in Kinderarmut. Und wenn man da nochmal einen Schritt weiterdenkt, bedeutet das eine enorme Armutsentwicklung, die am Ende wiederum mehr Flüchtlingsströme zur Folge haben wird.

Diese Verkettungen der Globalisierung, und dass unsere Gesundheit und unser Wohlstand unheimlich von den anderen Menschen weltweit abhängen, haben wir in diesem kleinteiligen bundeslandgetriebenen Denken und Bekämpfen der Pandemie überhaupt nicht auf dem Schirm. Wir werden da noch enorme Nachwehen haben, die wir im Moment überhaupt nicht überblicken.“

*Wenn wir mal unsere bisherige Debatte als „Zeitalter der Experten“ bewerten, in dem die politische Meinungsbildung sehr stark von Expertenmeinungen unterfüttert ist, wird das aus Ihrer Sicht anhalten? Ist das eine neue Form der Diskussions- und Debattenstruktur, die sich bei uns aufbaut?*

**Streeck:** „Ich fände es falsch, wenn Wissenschaftler in irgendeiner Weise künftig den Ton in der politischen Debatte angeben. Wir sind eine demokratische Republik, und ein Wissenschaftler ist kein gewählter Volksvertreter. Diese Unterscheidung ist wichtig. Der Wissenschaftler ist nicht unser Nostradamus, der uns sicher durch die Welt leitet. Das ist ein schöner, romantischer Gedanke, der aber nicht stimmt.“

Wir müssen uns davor hüten, einzelne Disziplinen und einzelne Wissenschaftler als etwas darzustellen, das sie nicht sind – und auch gar nicht leisten können! In einer demokratischen Gesellschaft haben wir gewählte Volksvertreter, zu denen müssen die Entscheidungen wieder hinkommen. Denn ein Abwägen von verschiedenen Schäden, von verschiedenen Nachwirkungen, von verschiedenen potenziellen Ergebnissen, liegt in deren Verantwortung.“

Prof. Dr. Hendrik Streeck ist Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn. Zuvor leitete Streeck den Lehrstuhl für medizinische Biologie an Universität Duisburg-Essen und gründete im selben Jahr das Institut für HIV-Forschung, das mit ihm zusammen nach Bonn zog.

# Die Zukunft Europas

Vor allem Deutschland muss sich bewegen, damit Europa künftig nicht abseits steht, wenn die Großmächte um politischen Einfluss ringen.

Von Alexander Graf Lambsdorff

Im Juni 2021 gedachten UN und EU gemeinsam des Massakers von Srebrenica, bei dem Mitte der 90er Jahre serbische Einheiten mehr als 8000 bosnische Jungen und Männer töteten. Dieses Massaker war nicht nur ein furchtbares Verbrechen, es ist heute eine Mahnung an alle Menschen in Europa, dass Frieden, Stabilität, Wohlstand und Freiheit, wie wir sie im Inneren der EU haben, keine Selbstverständlichkeit sind. Gäbe es die Europäische Union nicht, müsste man sie erfinden.

Der Westbalkan erinnert uns aber noch an eine andere Realität: China und Russland betreiben in unserer unmittelbaren Nachbarschaft harte Machtpolitik, sei es mit der Belt and Road Initiative, mit Cyberangriffen und Desinformationskampagnen oder mit der völkerrechtswidrigen Wegnahme von Landesteilen benachbarter Staaten. Offen stellen Peking und Moskau die liberale, regelbasierte Weltordnung in Frage und präsentieren sich als handlungsfähige Krisenmanager. Chinas handelspolitisches Netzwerk in Afrika und Europa verzichtet bewusst darauf, Menschenrechte und Demokratie oder Sozial- und Umweltstandards zu berücksichtigen. Beide verteilen großzügig Impfstoff, nutzen dies gegen die medizinische Ethik aber auch zum Ausbau ihres politischen Einflusses. China und Russland verschweigen, dass beide im Inneren Meinungsfreiheit, Demokratie, Gewaltenteilung, Eigentumsrechte und Versammlungsfreiheit nicht achten und dort, wo es sie noch gibt, Schritt für Schritt, Gesetz für Gesetz abschaffen. Beide Länder stehen damit in direktem Widerspruch zu grundlegenden europäischen Werten.

## Die EU ist wie der Kölner Dom

Doch die EU steht nicht nur von außen, sondern auch von innen unter Druck. Die Organisation Freedom House attestiert der Demokratie insbesondere in Mittel- und Osteuropa eine ernste, tiefe Krise. Die EU aber versteht sich selbst als Demokratie- und Wertegemeinschaft mit eigenem „European Way of Life“. Wenn in einigen Mitgliedsstaaten seit einigen Jahren zunehmend die Rechtsstaatlichkeit erodiert und die Grundwerte der EU verletzt werden, wenn Gerichte nicht mehr unabhängig arbeiten können und staatliches Handeln nicht mehr überprüfen können, dann entfernen sich diese Staaten von Grundpfeilern des Europäischen Vertragswerks. Echten Anlass zur Sorge gibt auch, wenn Journalisten in Malta, der Slowakei oder den Niederlanden um ihr Leben fürchten müssen.

Fakt ist, dass unsere Art zu leben, unsere Freiheitsrechte und unser „European Way of Life“ keine zementierten Rechte sind, auf denen wir uns ausruhen dürfen. Stattdessen ist die EU wie der Kölner Dom, an dem auch immer weiter gebaut wird, obwohl er von weitem fertig aussieht. Doch er ist wie das Projekt Europa eine ewige Baustelle, auf der Befestigungen, Reparaturen, Ausbesserungen, Verstärkungen und Korrekturen zu allen Zeiten vorgenommen werden müssen.

## Was also sollte Deutschland, was die EU tun?

Von Deutschland als größtem Mitgliedsstaat erwarten unsere Partner zurecht, dass wir international Verantwortung übernehmen und den Fokus auf die Herausforderungen richten, die von außen schädigend auf die EU einwirken. Klar ist dabei: Europa ist immer nur so handlungsfähig, wie der Konsens zwischen Frankreich und Deutschland stabil ist. Gerade deshalb sollte Berlin endlich mit Paris in einen ernsthafte Reformdiskurs eintreten, für den der französische Präsident seit seiner Rede an der Sorbonne-Universität vom September 2017 reichlich Anknüpfungspunkte geboten hat. Einer dieser Punkte ist die Diskussion über Europas Souveränität und der strategischen Rolle der EU im Großmächte-wettbewerb zwischen den USA und China. In ihrer 16-jährigen Kanzlerzeit hat Angela Merkel es jedoch versäumt, gemeinsame Visionen mit Frankreich zu verwirklichen. Eine neue Bundesregierung darf diesen Fehler nicht wiederholen.

## Weg mit dem Einstimmigkeitsprinzip!

Zweitens braucht Europa eine Außenpolitik aus einem Guss. Dabei kann die EU immer nur so stark sein, wie die Summe der Interessen ihrer Mitgliedsstaaten es zulassen. Handelspolitisch mag die EU eine Weltmacht sein, außenpolitisch ist sie oft nicht mehr als ein Zwerg. Das liegt auch daran, dass einzelne Mitglieder wie Ungarn aus Opportunismus gegenüber Peking gemeinsame Positionen der EU im Europäischen Rat, etwa zu Hongkong oder im Nahostkonflikt, blockieren. Deshalb muss sich Deutschland dafür einsetzen, dass die EU das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat abschafft und den europäischen Außenbeauftragten stärkt.

Die Europäische Union wird weltweit als Raum der Freiheit bewundert. Wenn Mitgliedsstaaten Grundrechte und rechtsstaatliche Standards nach und nach abbauen, dann schränkt das nicht nur Menschen in ihren Freiheitsrechten ein, es schadet auch der EU. Vor diesem Hintergrund muss die EU ihr klares Bekenntnis

zum Schutz freiheitlicher Werte in Politik umsetzen, indem sie etwa die Vergabe europäischer Zuschüsse an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards knüpft. Die ersten Schritte in diese Richtung sind gegangen worden, aber Europa ist hier noch nicht am Ziel. Wenn die EU selbst nicht in der Lage ist, unseren „European Way of Life“ vor Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu schützen, kratzt dies auch an der internationalen Glaubwürdigkeit der EU als Wertegemeinschaft.

Viertens dürfen wir Europäer nicht vergessen, dass die USA unsere sicherheitspolitische Rückversicherung sind. Präsident Biden hat mit seinem ersten Besuch bei den NATO- und EU-Spitzen in Brüssel eine Charmeoﬀensive gegenüber Europa gestartet. Er erwartet aber auch, dass wir als starke und verlässliche Verbündete in der Lage sind, unsere Angelegenheiten in Mali, in der Ukraine oder im Mittelmeer selbständig zu regeln. Dies gilt umso mehr, da sich die USA in einem Großkonflikt mit China befinden. Ihr Augenmerk richtet sich daher vermehrt auf den pazifischen Raum. Für Europa bedeutet dies zweierlei: Wir müssen die europäische Säule der NATO stärken und unseren, auch finanziellen, Bündnisverpflichtungen nachkommen, gemeinsame europäischen Verteidigungsstrukturen ausbauen und neue Kooperationsformen zwischen nationalen Armeen finden. Zudem können wir gemeinsam mit den Amerikanern unsere Handelsmacht nutzen, um dem Ausbau der Belt and

Road Initiative etwas entgegenzusetzen. Bidens Vorschlag einer „Build Back Better World“-Initiative könnte eine solche Antwort sein. Wirksam aber sind diese Maßnahmen nur, wenn Amerika und die EU auch den bilateralen Handel erleichtern und Zölle auf Industrieprodukte beiderseits des Atlantiks abschaffen.

Namen wie Trafalgar, Marengo, Sedan oder Königgrätz sind für die meisten von uns Heutigen Namen aus dem Geschichtsunterricht. Für unsere Vorgängergenerationen waren die napoleonischen Kriege, die britischen Seeschlachten und die deutschen Einigungskriege Konflikte, in denen Nachbarn, Angehörige, Freunde und Feinde ihr Leben verloren. Ins Heute übersetzt hat das Friedensprojekt Europäische Union nicht nur deshalb eine bestechende Aktualität, weil es keine sechs Monate brauchte, bis Großbritannien nach dem Brexit wegen eines Fischereistreits mit Frankreich Kriegsschiffe vor der Kanalinsel Jersey patrouillieren ließ, sondern vor allem, weil die EU eine Insel der Freiheit und des Wohlstandes inmitten einer Welt im Umbruch ist. Damit dies so bleibt, muss Europa sich mutig weiter reformieren.



Alexander Graf Lambsdorff ist seit Herbst 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. Von 2004 bis 2017 war er Europaabgeordneter und seit 2014 Vizepräsident des Europäischen Parlaments für Demokratie und Menschenrechte.

# Debatte braucht wieder Kultur

Seit 2014 beobachtet Anja Bröker eine Verrohung im öffentlichen Diskurs, die Journalistin erhielt selbst Morddrohungen. Entspannung könnten Diskussionsformate schaffen, bei denen sich niemand abgehängt fühlt.

Interview mit Anja Bröker

**F**rau Bröker, Sie waren als Moderatorin ein prägendes Gesicht auf vielen Podien der Akademie. Gibt es eine Veranstaltung, die Ihnen nachhaltig in Erinnerung geblieben ist?

**Anja Bröker:** „Ich erinnere mich sehr gut an eine Debatte zum Thema „Russland – Zeit für einen neuen Dialog?“. Das war eine spannende Runde, weil gerade Russland ein so polarisierendes Thema in Deutschland ist: Es gibt einmal diejenigen, die Russland und die Rolle des Präsidenten sehr kritisch sehen. Auf der anderen Seite existiert eine große Fangemeinde, die mit anderen Augen dorthin schaut und den Austausch oder den wirtschaftlichen Faktor betont.“

Da hat man es schnell mit zwei Lagern zu tun, den Russlandverstehern und den Russlandkritikern. Die Runde in der BAPP war kontrovers angelegt. Die Journalistin Golineh Atai, die lange in Moskau gelebt und ein sehr kremlkritisches Buch geschrieben hat, schaute eher negativ auf die Situation im Land. Auf der anderen Seite saß Matthias Platzeck, der das deutsch-russische Forum leitet und, auch aufgrund seiner eigenen Biografie, eng mit Russland verzahnt ist. Und Ronald Pofalla mittendrin – ein spannendes Streitgespräch.

## Das Bonner Publikum ist politisch wach

Russland ist ein Herzensthema von mir und die Debatte des Abends ging wirklich zur Sache, auch aus dem Publikum kamen sehr gute Fragen. Das war ein Paradebeispiel dafür, dass sehr genau hingehört wird, wenn es um Nuancen auf dem Podium geht. Denn das Bonner Publikum ist kompetent. Man hat oft den Eindruck, die Gäste sitzen mit mindestens drei Tageszeitungen morgens am Frühstückstisch oder haben in ihrer aktiven beruflichen Zeit in Ministerien oder Stiftungen gearbeitet. Die Menschen sind politisch wach und im Diskurs aktiv, ein Debattenabend in der BAPP ist für sie ein wichtiges Ereignis.“

*Was unterscheidet diese Podiumsdiskussionen bei der BAPP darüber hinaus noch von anderen Formaten?*

**Bröker:** „Ein Thema wird immer von hochkarätigen Gästen aus beiden Lagern, aus mindestens zwei, manchmal sogar drei oder vier Perspektiven betrachtet. Wenn es für einen Diskussionsabend noch nicht die perfekten Gesprächsgäste gibt, wird der Zeitpunkt vielleicht noch ein bisschen nach hinten verschoben. Das Ziel ist immer, möglichst starke Diskutanten zusammenzubringen. Diese Sorgfalt in der Gästerauswahl macht die Abende auch für mich besonders.“

## Sorgfältige Vorgespräche klären wunde Punkte und rote Linien

*Starke Gäste haben oft ein großes Bedürfnis, eher ihre Botschaften zu übermitteln, statt auf die gestellten Fragen zu antworten. Wo liegt da die besondere Herausforderung des Moderators?*

**Bröker:** „Das ist nicht immer einfach. Ich habe bei einer Diskussion mit Alice Schwarzer und der Islamwissenschaftlerin Lamy Kaddor erlebt, wie sich zwei Gäste fast an die Gurgel gegangen sind. Ich saß genau dazwischen und dachte: Wie schafft man hier noch eine sachliche Diskussion?“

Da bediene ich mich der Körpersprache und lege auch schonmal eine Hand auf den Unterarm meines Gesprächspartners. Ich suche Augenkontakt, hake in jede Atempause rein und versuche, möglichst höflich dazwischen zugehen. Das Raunen im Publikum, wenn man's mal nicht ganz so höflich geschafft hat, spricht dann Bände.

Ich habe mir vorgenommen, immer sorgfältige Vorgespräche zu führen, auch um wunde Punkte und rote Linien herauszufinden. Ich kläre vorher ab, ob es Vorgeschichten mit irgendwem auf dem Podium gibt. Das habe ich an dem Abend mit Frau Schwarzer und Frau Kaddor gelernt. Für diese Vorbereitung gibt es im Fernsehen eine ganze Redaktion. In der BAPP ist es Aufgabe der Moderation, dass man vorab klärt, ob es Fallstricke gibt, die man besser kennt.“

*Wie viel Kontroverse braucht eine lebendige Debatte? Was macht man umgekehrt bei Diskussionen, die zu seicht ablaufen?*

**Bröker:** „Ich habe nichts gegen lebendige Gespräche, aber mein Anliegen ist dabei stets die konstruktive Debatte. Spannungen muss man vorab kennen, um sie nutzen zu können. Es ist ja auch toll, wenn man Unterschiede herauskristallisiert. Wenn sich zwei Gäste im Gespräch zu einig sind, versuche ich, durch leichte Provokationen zuzuspitzen. Es ist eine Aufgabe der Moderation, Zwischentöne zu finden und Unterschiede aufzuwiegen. Ein Service für das Publikum, damit das eine Erkenntnis aus dem Abend mitnimmt und nicht denkt: Na, die sind sich eh alle einig.“

## Auf Bodo Hombachs Eingangsstatements kann der Moderator sehr gut aufbauen

*...Damit man klüger raus geht, als man reingekommen ist.*

**Bröker:** „Den Satz habe ich schon öfters gehört! Natürlich ist Bodo Hombachs Rolle auch entscheidend. Er findet in seinen Eingangsstatements immer sehr tief sinnige Annäherungen an das Thema und setzt so die Tonalität für den Abend. Er hat im-

mer einen Gedanken um die Ecke, gleichzeitig stellt er vieles in Frage. Darauf kann man in der Moderation sehr gut aufbauen.“

*Professor Hombach nennt in diesem Heft die Debattenkultur in unserem Land „verbesserungswürdig“. Wie erleben Sie das aktuell?*

**Bröker:** „Ich sehe ebenfalls ein aufgeheiztes Debattenklima und eine Polarisierung. Ich empfinde die Debattenkultur seit 2014 als verändert. Der Krieg in der Ukraine war für mich eine markante Zäsur. Da ging es mit Journalistinnen und Journalisten, die über das Thema berichtet haben, sehr hart zu Gericht. Wir bekamen Post in die Redaktionen. Auf den Social-Media-Kanälen wurden harte und wütende Debatten geführt.“

Als Journalistin habe ich Anzeigen gestellt, weil mich Morddrohungen über Facebook erreichten. Ich habe die Sorge, dass wir nicht mehr in die Debattenkultur von vorher zurückfinden. Es wird immer polarisierter. In den sozialen Netzwerken, aber auch auf der Straße. Wir haben mit PEGIDA erlebt, wie einander nicht mehr zu gehört wird, bis hin zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen auf den Treppen des Reichstagsgebäudes.

Das sind Situationen, die ich mir so nicht hätte ausdenken können, das macht mir Sorgen. Hinzu kommt die Anonymität in den sozialen Netzwerken, die ich als eine große Gefahr wahrnehme, da sie natürlich Tür und Tor für Manipulation öffnet. Die Einflussnahme in den Netzwerken, auch durch Strukturen aus dem Ausland, ist ja auch bewiesen worden von diversen Geheimdiensten verschiedener Länder.“

## Die Suche nach Wahrheit kann auch Spaß machen

*Was kann man konkret dagegen unternehmen?*

**Bröker:** „Diskussionsformate werden immer wichtiger – da komme ich wieder zur BAPP zurück – zur Aufklärung. Es muss einfach noch besser erklärt werden, wie die Dinge zusammenhängen, ohne die Leute bei dieser Diskussion abzuhängen. Man darf nicht nachlassen, Themen für den Austausch zu benennen. Und zwar in einer Form, bei der man miteinander um ein differenziertes Bild ringt. Denn so einfach ist die Wahrheit nicht, sie liegt immer dazwischen. Und die Suche danach macht Spaß.“

Ich hoffe deshalb, dass es die BAPP-Abende noch lange geben wird. Denn ich finde, dass die Bonner Akademie für Bonn und den Westen Deutschlands als politischer Debattenort wichtig ist. Kein Thema wird ausgelassen, ob Russland oder schwierige Integrationsfragen. Alles, was uns im Alltag oder auf den Politikseiten der Zeitungen begegnet und Erklärung bedarf, spielt in den BAPP-Abenden eine Rolle.

Das Publikum ist zudem sehr politisch. Da tummeln sich die Riege der Ehemaligen, die in Bonn eine große Rolle gespielt haben, aber auch junge Studenten, die sich im politischen Diskurs der Uni bewegen – eine spannende Mischung. Ich glaube, dass das auch in Zukunft so sein wird, weil die Akademie inhaltlich die richtigen Themen setzt, Bodo Hombach große Namen nach Bonn holt und die BAPP ein toller Debattenschauplatz ist.“

Anja Bröker ist Journalistin und ehemalige Moderatorin bei der ARD. Seit Januar 2020 leitet Anja Bröker bei der Deutschen Bahn die Abteilung Pressestelle, Newsroom und Social Media.

# Schafft Identität auch Heimat?

Für Dr. Wolfram Eilenberger befindet sich der Begriff „Heimat“ im Wandel. In einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft suchen Menschen nach Zugehörigkeit und fordern soziale Grundrechte ein.

## Interview mit Dr. Wolfram Eilenberger

**S**ie haben auf Einladung der Brost-Stiftung ein Jahr als „Stadtschreiber Ruhr“ in Mülheim an der Ruhr verbracht und die Besonderheiten der Region beobachtet. Glauben Sie, dass die Hervorhebung regionaler Identitäten in der heutigen Gesellschaft eher an Bedeutung gewinnen oder verlieren wird?

**Dr. Wolfram Eilenberger:** „Ich denke, dass die Frage nach Identität sehr viel mit Verwurzelung und auch dem Begriff „Heimat“ zu tun hat. Also damit, dass man sich an einem Ort, in einer Umgebung mit einer gewissen Art von Menschen, in spezifischer Weise verbunden fühlt. Das ist im Ruhrgebiet der Fall. Ich denke, dass ist nicht nur ein kulturübergreifendes, sondern auch überzeitliches Grundbedürfnis des Menschen – in dieser Weise Verwurzelung zu finden.“

Ich glaube tatsächlich, dass regionale Identitäten – vor allem, weil sie interaktiv solider gefestigt sind – besser sind als nationale Identitäten. In diesem Sinne sind regionale Identitäten auch ungefährlicher. Das betrifft insbesondere solche distinktiv inklusiven Identitäten wie das Ruhrgebiet.

Dr. Wolfram Eilenberger ist Schriftsteller und Philosoph. Seine Werke (u.a. „Zeit der Zauberer“) sind in mehr als 20 Sprachen übersetzt worden. Zuletzt erschien von ihm „Das Ruhrgebiet – Versuch einer Liebeserklärung“ (Klett-Cotta Verlag).

Denn das ist zum Beispiel eine sehr schöne Eigenschaft der Region: Jeder, der sich den Blaumann anzieht und arbeitet, gehört mit dazu. Weil die Arbeit im Zentrum der Identität stand, war sie auch sofort inkludierend und integrierend. Das hat gut funktioniert, solange Arbeit da war. Ich würde daher den regionalen Identitäten – die hoffentlich inkludierend sind – eine große Zukunft prophezeien.“

*Dennoch beschreiben Sie in mit Blick auf das Ruhrgebiet gerade die Identität als ein zentrales Fortschrittschemmnis ...*

**Eilenberger:** „Das Ruhrgebiet leidet unter dem Mangel, sich in falscher Nostalgie zu verfangen und deshalb nicht ausreichend zukunftsfröh zu sein. Dies macht sich schon an der Art und Weise fest, wie sich das Ruhrgebiet selbst beschreibt. Es ist eine vergangenheitsbeschwerte Sicht, von der keiner glaubt, dass sie in die Zukunft tragen kann. Für mich stellte sich für mein Buch „Das Ruhrgebiet – Versuch einer Liebeserklärung“ die Frage, wie man die identitätstragenden Säulen halten und gleichzeitig eine Narration begründen kann, die den Blick auf die Zukunft weitet, anstatt diesen zu verstellen.“

### Eine „deutsche Identität“ muss für regionale Identitäten Platz lassen

*Wie gestaltet sich die gesamtgesellschaftliche Suche nach der Antwort auf Identitätsfragen?*

**Eilenberger:** „Wenn es überhaupt so etwas wie eine deutsche Identität gibt, dann wäre diese natürlich in vielfacher Weise überlagert. Natürlich ist sie durch bestimmte Erfahrungen geformt, aber es ist in erster Linie eine regionale Mischidentität, die starke lokale Bezüge hatte, die sich ja auch im Föderalismus zeigen. Diese interne Vielstimmigkeit Deutschlands ist etwas extrem Gutes. Es ist wichtig, dass „eine deutsche Identität“, wenn man so will, nicht zentralistisch ist, sondern für regionale Identitäten Platz lässt. In vielen Bereichen des Landes sind diese durch Adelshäuser und -traditionen politisch gefestigt, das Ruhrgebiet ist jedoch vielleicht die einzige Region, die ihre Identität durch eine spezifische Form des Handelns als Arbeiten findet. Deswegen ist das Ruhrgebiet auch so interessant: Jeder weiß, dass das Ruhrgebiet eine Identität hat. Ich komme beispielsweise aus Baden und bei der Frage, was eine badische Identität ausmacht, hat man in Deutschland sehr viel mehr zu erklären, als wenn man sagt, dass man aus dem Ruhrgebiet kommt. Die Identität ist also da. Die Frage ist jetzt nur, was man damit anstellt.“

*Wenn man den Blick auf die Debatten der letzten Zeit wirft, so fällt auf, dass der Begriff „Identitätspolitik“ vermehrt diskutiert wird. Was hat es mit dieser Debatte auf sich?*

**Eilenberger:** „Politik ist immer auch Identitätspolitik. Wenn jetzt von einem Problem gesprochen wird, heißt das nur, dass mehr Gruppen in diesen Dialog eingebunden sind. Der Philosoph und Verfassungsrechtler Christoph Möllers hat gesagt, dass 50 Prozent der derzeitigen Irritation darin besteht, dass die Menschen, die diese Rechte immer schon hatten, sie mittlerweile auch einfordern. Denn der Zugang zu Rechten hatte lange eine soziale Sperre.“

Wenn man überlegt, wer früher auf etwas geklagt hat, dann waren das eben weiße Männer aus einem bürgerlichen Milieu. Wenn jetzt Menschen aus anderen Strata und kulturellen Hintergründen auch beginnen, ihre Rechte einzuklagen, dann fragen sich manche, was die sich einbilden. Dabei haben sie dieses Recht schon immer gehabt. Nun fordern sie im Sinne aktiver Teilhabe auch ein. Ein großer Teil der Irritation hängt also mit einer internen Pluralisierung zusammen, hinter die es nicht mehr zurück geht.

Ein anderer Punkt ist hingegen der Überschuss von Opferidentitäten, die sich in der Öffentlichkeit als solche darstellen, um Zugangsmacht zu erhalten. Die Wir-Kollektive, die sich darüber identifizieren, dass ihnen etwas angetan wurde, sehen wir derzeit sehr häufig und in verschiedenen Formen. Da würde ich immer sagen, dass Handlungsidentitäten im Vergleich zu Opferidentitäten zu bevorzugen sind. Also resiliente Identitäten, die sagen: Man hat uns zwar etwas angetan, aber wir sind noch da und uns kriegt man nicht klein.

Auch an dieser Stelle denke ich, ist das Ruhrgebiet potentiell ein sehr schönes Beispiel, weil es nämlich keine Opferidentität hat. Sondern sagt: Wir sind nicht klein. Wir sind resilient, wir sind noch da. Egal was ihr tut, wir halten hier durch. Da liegt viel Gutes drin.“

### Hochkulturelle Exzellenzveranstaltungen geben dem Ruhrgebiet keine neue Identität

*Wie gestaltet sich die gesellschaftliche Aushandlung nach gemeinsamen Zielen?*

**Eilenberger:** „Handlungsidentitäten im genannten Sinne werden über gemeinsame Projekte in Gang gesetzt, mit denen man sich identifizieren kann und will. Das ist bei Regionen besonders plausibel. Da müssen dann eben Projekte gefunden werden, die nicht nur scheinintegrierend sind, sondern wahrhaft integrierendes Potential besitzen. So war die Idee, das Ruhrgebiet über hochkulturelle Exzellenzveranstaltungen mit einer neuen Identität zu versehen, eine besonders unglückliche. Denn das sind reine Elitenprojekte, die an den Erfahrungen und Bedürfnissen von 99 Prozent der Menschen im Ruhrgebiet vorbei gehen. Es ist die Kopfgeburt einer politischen und kulturellen Elite, die glaubte, identitätsstützend einfach von Industriekultur auf Hochkultur umstellen zu können. Da wurde zunächst mit großer, dann aber zunehmend weniger Hoffnung viel Geld in Projekte investiert, die der Region selbst gar nicht zugutekamen. Zumindest nicht in Sachen neuer Identitätsfestigkeit.“

*Wo man dann auch wieder sieht, dass das politische Aufstülpen von oben nicht wurzelt, um auf den eingangs von Ihnen verwendeten Begriff der „Verwurzelung“ zurückzukommen.*

**Eilenberger:** „Genau! Wie würde das Derrida sagen: Man muss Pfropfen. Das Pfropfen funktioniert nur dann, wenn die Pflanze das auch annimmt, das kann nicht irgendwas anderes sein. Die Frage ist jetzt nur, wie ein solcher Pfropfen für das Ruhrgebiet aussähe.“

# Wie findet Kirche wieder zu den Menschen – und umgekehrt?

Annäherung setzt ein kritisches Denken im Glauben voraus, das die Gefahr einer billigen Anpassung an die Stimmung unserer Gesellschaft und unserer Zeit zu vermeiden hilft.

Von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Heute stehen wir an der Schwelle zu einer neuen Zeit, nämlich zu einer ungeahnten positiven, durch die Digitalisierung ermöglichten, Erfahrung der Globalisierung von Kirche und Welt. Wir erleben eine lebendige Verbindung und gegenseitige Inspiration mit ähnlich denkenden christlichen Gemeinschaften: In verschiedenen Pfarreien, Kommunitäten, kirchlichen Bewegungen, aber auch in anderen Ländern, die nun neu zusammenzuleben und zusammenzustehen haben und dabei die Erfahrung von echter Gemeinschaft machen. Der Ort dafür ist der Glaube an den Auferstandenen, der uns Freiheit schenkt.

Auch wenn sich gerade in diesen Zeiten im Umkreis unserer Zivilisation viele Kirchen leeren, die Anzahl der Menschen, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche bekennen, von Jahr zu Jahr sinkt, ein bestimmter Typ des Christseins zu Ende geht, gibt es keinen Grund zur Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Auch im Glauben muss immer wieder Vieles sterben, um, in eine neue Form verwandelt, auferstehen zu können. Genau diese neue Form wird gerade geboren. Wir sind Zeugen dieser Geburt, aktiv beteiligt an einer Freiheitserfahrung ganz eigener Art.

## Glaube ohne Denken und Religion ohne Vernunft sind gefährlich

Die Kirche hat immer viele Gesichter gehabt und auf die Zeichen der Zeit entsprechend geantwortet. Heute gilt es, mit Demut und Bescheidenheit Kirche auf dem Weg zu sein, hinein in einen abwägenden und offenen Glauben, der ökumenisch ist, der in die Kultur unserer Gesellschaft Eingang finden kann, im Dialog stehen muss mit der Philosophie, der Wissenschaft und den Künsten, mit den Herausforderungen der Politik, aber auch mit der Wirtschaft und ganz neuen Erkenntnissen in den Humanwissenschaften. Eine Kirche, die heute und in Zukunft zu den Menschen findet, muss eine Kirche solcher Offenheit sein, die lernt, dass ein Glaube ohne Denken und eine Religion ohne Vernunft gefährlich sind. Anders gesagt: Ich habe keine Angst vor Menschen, die nicht glauben. Ich habe aber Angst vor Menschen, die nicht denken.

Gerade im Blick auf die Freiheit leben wir in einer neuen Welt. Keine kirchliche Autorität kann heute einfach Wahrheiten dekretieren und mit Befehlen anordnen zu glauben, da wir in unserer Kultur den Glauben schlicht frei annehmen und unsere Religion frei leben oder auch ablehnen können. Es geht vielmehr um ein kritisches Denken im Glauben, das die Gefahr einer billigen Anpassung an die Stimmung unserer Gesellschaft und unserer Zeit zu vermeiden hilft. Es geht nicht um die Oberfläche, sondern darum, das Christentum als eine Kunst zu leben. Originell und schöpferisch die Bibel und ihre Wirkungsgeschichte zu verstehen, bedeutet, beides immer wieder tiefer zu ergreifen, um es verständlich und überzeugend, glaubwürdig und plausibel den Menschen um uns herum vermitteln und übermitteln zu können. Seit 2000 Jahren ist die Kirche dabei originell und zeigt in ihrer Originalität eine Kraft, die Hindernisse, Unverständnis und auch Feindschaft zu überwinden weiß. Die Kirche lebt aus der Botschaft Jesu heraus und muss denen gegenüber Widerspruch leisten, die heute Engstirnigkeit, Nationalismus, Chauvinismus und das Bauen von Mauern predigen.

Die Bedingungen des Glaubens haben sich in unserer Gesellschaft fundamental gewandelt. Es ist vollkommen unerheblich, wie man zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung steht, denn sie ist schlicht unumkehrbar. Um jetzt und in Zukunft mit starker Stimme und gemeinsam mit anderen Akteuren für die Würde und Freiheit ausnahmslos aller Menschen eintreten zu können, ist es für die Kirche unter anderem geboten, ihr Selbstverständnis insgesamt und als Teil der Gesellschaft zu verdeutlichen. So stärkt sie das Vertrauen in die Demokratie und bietet eine Basis für Diskussionen darüber, wie eine menschenwürdige Politik in einer pluralen Gesellschaft beschaffen sein muss. Die Kirche darf in Wahrheitsfragen keine Sonderrechte beanspruchen und muss eine Sprache finden, die die Menschen verstehen. Die Diskussion über Themen, die die Gläubigen in Deutschland bewegen, wird derzeit offen geführt. Demokratische Verfahrensweisen, kritische Diskurse und Formen der Beteiligung gehören zu diesem Prozess, können und sollen aber nicht die wesentliche Grundstruktur der Kirche ersetzen. Damit sind Chancen verbunden,

aber auch Grenzen markiert, innerhalb derer eine verantwortbare Reform unter den Bedingungen unserer Zeit gelingen kann. Dafür braucht es viel Vertrauen, das es zu gewinnen gilt. Mir begegnen dabei täglich auch Widersprüche und Zerrissenheiten. Vielen Menschen gehen die angestoßenen Reformen nicht weit genug, während andere sie mit großer Skepsis betrachten. Es ist klug, damit ehrlich umzugehen, denn diese Mehrdeutigkeit ist faktisch in unserer Kirche einfach vorhanden. Dabei ist es von enormer Bedeutung, miteinander im Gespräch bleiben und zu lernen, unterschiedliche Perspektiven gegenseitig wertzuschätzen. Um zu den Menschen zu finden, müssen wir diesen weiten Raum der Freiheit öffnen.

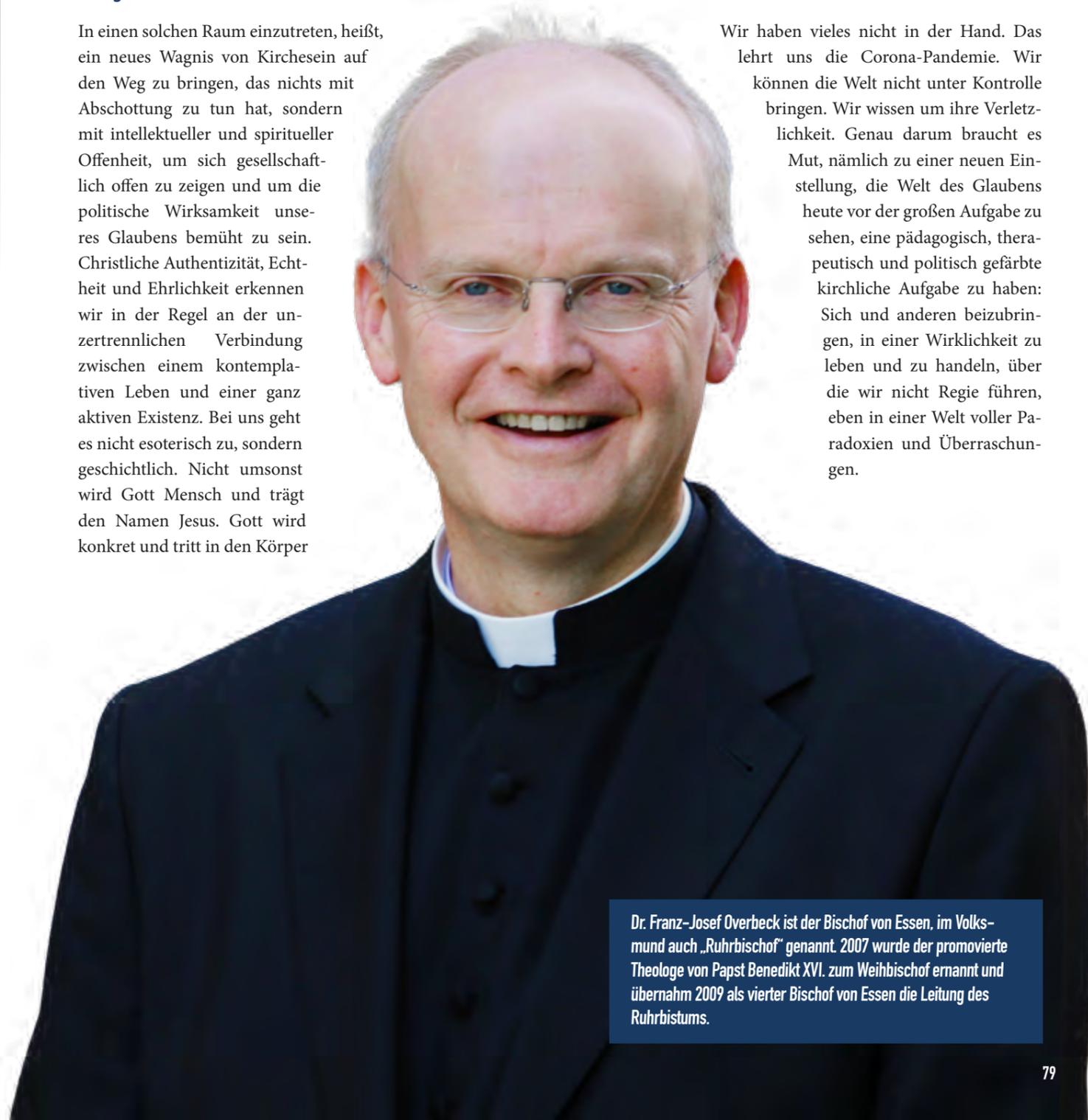
## Wir können die Welt nicht unter Kontrolle bringen

In einen solchen Raum einzutreten, heißt, ein neues Wagnis von Kirchesein auf den Weg zu bringen, das nichts mit Abschottung zu tun hat, sondern mit intellektueller und spiritueller Offenheit, um sich gesellschaftlich offen zu zeigen und um die politische Wirksamkeit unseres Glaubens bemüht zu sein. Christliche Authentizität, Echtheit und Ehrlichkeit erkennen wir in der Regel an der unzertrennlichen Verbindung zwischen einem kontemplativen Leben und einer ganz aktiven Existenz. Bei uns geht es nicht esoterisch zu, sondern geschichtlich. Nicht umsonst wird Gott Mensch und trägt den Namen Jesus. Gott wird konkret und tritt in den Körper

unserer Geschichte ein, wirkt in ihr, formt sie um, vor allem auch durch das Zeugnis eines Glaubens in Hoffnung und Liebe.

Darum ist die gesellschaftliche Praxis der Christen, alle kritische und schöpferische Anwesenheit der Christen in der gegenwärtigen Kultur, in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben die Erfüllung der Worte Jesu: Ihr lebt als Sauerteig, als Salz der Erde und als Licht der Welt nicht in einem abgeschotteten Raum, sondern in einem offenen Raum des Geistes, der frei macht! Das ist deswegen so wichtig, weil es neben dem Corona-Virus auch die anderen Viren gibt, die hohe Ansteckungsgefahren aufweisen, nämlich Populismus, Nationalismus, religiöser Fundamentalismus, Fake-News, Verschwörungstheorien und oft auch ein apokalyptisches Erschrecken vor der Zukunft.

Wir haben vieles nicht in der Hand. Das lehrt uns die Corona-Pandemie. Wir können die Welt nicht unter Kontrolle bringen. Wir wissen um ihre Verletzlichkeit. Genau darum braucht es Mut, nämlich zu einer neuen Einstellung, die Welt des Glaubens heute vor der großen Aufgabe zu sehen, eine pädagogisch, therapeutisch und politisch gefärbte kirchliche Aufgabe zu haben: Sich und anderen beizubringen, in einer Wirklichkeit zu leben und zu handeln, über die wir nicht Regie führen, eben in einer Welt voller Paradoxien und Überraschungen.



Dr. Franz-Josef Overbeck ist der Bischof von Essen, im Volksmund auch „Ruhrbischof“ genannt. 2007 wurde der promovierte Theologe von Papst Benedikt XVI. zum Weihbischof ernannt und übernahm 2009 als vierter Bischof von Essen die Leitung des Ruhrbistums.

# Aufstiegsversprechen und ein Jahrzehnt der Modernisierung

Von Armin Laschet

Volksparteien sind ein Erfolgsmodell. Seit Gründung der Bundesrepublik hat die Union in Deutschland insgesamt mehr als 50 Jahre regiert und in diesen Regierungen immer den Kanzler gestellt. Nach 16 von 19 Bundestagswahlen waren CDU und CSU die stärkste politische Kraft. Die Union trägt seit 1945 Verantwortung in Ländern und Kommunen, hat zusammen mehr als eine halbe Million Mitglieder und ist in Städten ebenso verankert wie auf dem Land. Und wenn die Union einmal nicht den Kanzler oder die Kanzlerin stellte, dann tat es die SPD.

Deutschland hat von dieser Stabilität insgesamt profitiert. Von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Westbindung über die Reformen der 60er- und 70er-Jahre oder die Ostpolitik bis hin zur deutschen Einheit und der europäischen Integration – die Volksparteien haben mutig die Weichen gestellt und unser Land sicher durch Krisenzeiten geführt. Das gilt, bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Entscheidungen, auch für die Corona-Pandemie. Jetzt, wo wir vor allem dank der in Rekordzeit entwickelten Impfstoffe auf dem Weg aus der Pandemie heraus und zurück in die Normalität sind, rücken allmählich wieder andere Themen in den Vordergrund. In vielen Bereichen wirkt die Pandemie wie ein Katalysator. Entwicklungen, die längst im Gang sind, werden beschleunigt und dadurch auch Verbesserungsbedarf offengelegt. Das gilt für die Digitalisierung aller Lebensbereiche ebenso wie für die schwerfällige Bürokratie, die die Menschen und ihre Kreativität mehr einschränkt als dass sie ihnen hilft, erfolgreich zu sein.

## Die Zeit der tiefgreifenden Veränderungen geht weiter

In diesem Zusammenhang ist auch der demographische Wandel eine Entwicklung, die bislang zu wenig beachtet wird. Dabei hat sich die Verwundbarkeit des älteren Teils unserer Gesellschaft in den vergangenen Monaten schmerzlich gezeigt. Andere Herausforderungen der Gegenwart drängen jetzt einmal mehr. Das gilt besonders für das große Ziel Klimaneutralität und die damit verbundene Energie und Mobilitätswende, aber auch für den Strukturwandel in den Kohleregionen. Die Zeit der tiefgreifenden Veränderungen wird weitergehen. Viele Menschen erleben diese Entwicklung als disruptiven Wandel, der in ihr persönliches Leben eingreift und ihnen Sorgen bereitet. Auch die Gesellschaft verändert sich. Die gesellschaftlichen Fliehkräfte nehmen zu. Die Bindekraft von Vereinen, Ehrenamt und Kirchen nimmt ab. Das alles bleibt nicht ohne Folgen für eine Volkspartei, die den Anspruch hat, eine breite Mehrheit der Gesellschaft zu repräsentieren.

So könnten Volksparteien erfolgreich Zukunft gestalten. Dazu brauchen sie mehr Frauen, mehr Jüngere und mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

In unseren europäischen Nachbarländern, beispielsweise in Frankreich, sind neue politische Bewegungen entstanden, die auf starke und charismatische Einzelpersönlichkeiten an der Spitze ausgerichtet sind. Mit ihnen steht und fällt alles. Ob die Wahlerfolge solcher Neuformierungen auf Dauer Bestand haben, bleibt abzuwarten. In vielen Ländern ist eine Renaissance des Populismus zu beobachten, die dazu führt, dass die ohnehin bestehenden Gräben noch tiefer werden. In anderen Ländern ist die Parteienlandschaft so zersplittert, dass bis zur Bildung einer Regierung schon fast die Hälfte der Legislaturperiode abgelaufen ist. Das alles sind schlechte Voraussetzungen für verlässliche Politik, die sich die Bürgerinnen und Bürger gerade in dieser Zeit wünschen.

Die CDU als Volkspartei der Mitte hat sich immer wieder als eine Partei der schöpferischen Unruhe gezeigt, in der es kein „Weiter so“ gibt, wenn sich die Welt ändert. An einer solchen Schwelle stehen wir heute wieder. Für unseren Weg in die Zukunft gilt dabei die Devise: Bewahren, was voranbringt, und verändern, was sich nicht bewährt hat.

Was heißt das konkret für die Jetztzeit?

### 1. Rückbesinnung auf die eigenen Stärken

Die Union hat drei Wurzeln: eine liberale, eine konservative und eine christlich-soziale. Sie bekennt sich zum christlichen Menschenbild, zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der europäischen Integration. Auf dieses Wertefundament werden wir auch in Zukunft bauen. Wenn eine Volkspartei in den Grundsätzen klar und einig ist, dann kann sie auch von der Vielfalt ihrer Mitglieder profitieren. Diese Vielfalt ist der Schlüssel zu einer neuen Stärke – thematisch und personell. Denn es gibt heute noch weniger als früher eine einzige Antwort auf alle Probleme. Die CDU wird deshalb nur dann erfolgreich bleiben, wenn die unterschiedlichen Kompetenzen, Perspektiven und Talente in der Partei wieder stärker zum Tragen kommen. Eine lebendige Volkspartei muss die ganze Breite der Gesellschaft in ihren Reihen widerspiegeln. Das heißt, wir brauchen mehr Frauen, mehr Jüngere und mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Und das heißt auch den Team-Gedanken zu leben und unterschiedliche Strömungen zu berücksichtigen.

### 2. Ein neuer Dialog

Um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, brauchen Volksparteien auch eine Kommunikation auf der Höhe der Zeit. Und sie müssen auf allen Kanälen präsent sein, um die sich immer stärker fragmentierenden Zielgruppen zu adressieren. Wir brauchen insgesamt vor allem neue Beteiligungsformen, um Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebenssituationen eine Mitarbeit zu ermöglichen. Es ist klar, dass heute nur die wenigsten Menschen Zeit haben, sich auf allen Ebenen gleichmäßig einzubringen. Das gilt insbesondere für Eltern, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen müssen und junge Menschen, die ihre Ausbildung an unterschiedliche Orte verschlägt. Deshalb ist themen- und projektbezogene Flexibilität das Gebot der Stunde.

Eine breit aufgestellte Volkspartei kann dazu mehr Möglichkeiten bieten.

### 3. Die Gesellschaft zusammenhalten

Die Spaltung zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Digitalen und Analogen, Akademikern und Arbeitern, Stadt und Land wird immer größer. Umso mehr braucht unsere Gesellschaft Kräfte, die wieder zusammenführen. Volksparteien haben bewiesen, dass sie diese Aufgabe übernehmen können. Unsere Gesellschaft hat in der Pandemie gezeigt, wie stark unser Zusammenhalt ist und wie weit wir kommen, wenn wir uns bewusst sind, was uns zusammenhält. Gleichzeitig erleben wir aber auch, wie bestehende Risse tiefer werden und sich neue Gräben auftun. Was wir jetzt mehr denn je brauchen, ist Toleranz gegenüber einer anderen Meinung, mehr Rücksichtnahme auf die Schwächeren, mehr Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen. Kurzum: Wir brauchen eine neue Fairness in unserem Land, die Unterschiedlichkeiten anerkennt und wertschätzt.

### 4. Ein Modernisierungsjahrzehnt möglich machen

Parteien dienen dem Gemeinwohl. Sie tragen Verantwortung für die Menschen und werden dieser Verantwortung nur gerecht, wenn sie Probleme erkennen und Lösungen finden. Das ist die Kernkompetenz der Volksparteien. Sie müssen immer bereit sein zu regieren. Die Union bringt sowohl die Kompetenz und Erfahrung als auch die innovative Stärke mit, um Deutschland erfolgreich in ein Modernisierungsjahrzehnt zu führen. Vor allem brauchen wir eine neue Gründerzeit für ein nachhaltiges Wachstum unserer Wirtschaft. Eine neue wirtschaftliche Dynamik entsteht nicht am Bürokratenschreibtisch. Wenn wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen wollen, dann müssen wir auf die Leistungs- und Einsatzbereitschaft der Menschen in unserem Land setzen, auf die vielen Macherinnen und Macher. Und wir müssen das Aufstiegsversprechen für die junge Generation erneuern.

Hier gehen wir in Nordrhein-Westfalen voran. Wir bauen überflüssige Bürokratie konsequent ab, schaffen die Voraussetzungen, dass neue Technologien wie Wasserstoff und KI ihr Potential entfalten können und gestalten den Strukturwandel hin zur Klimaneutralität im Austausch mit allen Stakeholdern sozial gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Politik, Probleme zu lösen, die Zukunft weitsichtig zu gestalten und dem Land neue Perspektiven zu eröffnen. Volksparteien müssen deshalb immer bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet auch Abwägen zwischen den Positionen, Bereitschaft zum Kompromiss und Orientierung am Gemeinwohl. Darauf wird es in den nächsten zehn Jahren ankommen – in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa. Wenn es uns gelingt, durch gute Politik dazu beizutragen, dass unser Land die vor uns liegenden Herausforderungen meistert, dann werden die Bürgerinnen und Bürgern den Volksparteien weiter Vertrauen schenken. Ich bin sicher: **Die BAPP wird diesen Weg weiter konstruktiv und kritisch begleiten und dabei wie in den zurückliegenden zehn Jahren Theorie und Praxis im Blick behalten.**

Armin Laschet wurde 2017 elfter Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit Januar 2021 ist Laschet der neunte Bundesvorsitzende der CDU und seit dem April desselben Jahres Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 2021.

# Ausblick auf die Post-Corona-Ära

Die Zukunft hat bereits begonnen. Nicht nur in den Debattenformaten modernisiert sich die BAPP. Auch das Engagement im Ruhrgebiet eröffnet neue Perspektiven



## Vom Rhein an die Ruhr: Engagement im Ruhrgebiet

Es gibt eine neue Brücke zwischen Rheinland und Ruhrgebiet: Nachdem in den letzten Jahren vermehrt erfolgreiche Kooperationen mit der in Essen ansässigen BROST-Stiftung durchgeführt worden sind, will die Bonner Akademie nun auch ein eigenes Standbein im Ruhrgebiet aufbauen. Mit der Einrichtung eines Büros in der Huysenallee in Essen ist der erste Schritt in diese Richtung getätigt. Um die Projektarbeit vor Ort zu intensivieren, insbesondere mit Blick auf das laufende Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheits-



gesellschaft – Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“, sollen durch den neuen Standort die Zusammenarbeit und der Kontakt mit Projektpartnern gestärkt werden. Das Büro ermöglicht also erweiterte Möglichkeiten des Austauschs, vereinfacht Koordinierungsprozesse und schafft Vernetzungspotenzial. Die neue Verbindung zwischen Heussallee und Huysenallee ist gleichsam der Startschuss für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Rhein und Ruhr!

## Digitale Formate in der Pandemie – und darüber hinaus!

Die Corona-Pandemie stellte eine Zäsur und eine für jüngere Generationen ungekannte Krisenerfahrung dar. Doch mit der Herausforderung, sich den neuen Umständen zu stellen, gingen vielerorts auch Modernisierungsbeschleuniger einher: Von dem Kioskbüchchen, bei dem man neuerdings mit Karte zahlen konnte, bis hin zum Großunternehmen, das neue Homeoffice-Regelungen eingeführt hat. Auch die Bonner Akademie hat die Zeit genutzt, um moderne und digitale Vorhaben in die Tat umzusetzen. Hierzu zählen auf der einen Seite



Unser Podcast „Rheinhören – Der Podcast aus der Bundesstadt“

die Übertragung altbekannter Veranstaltungsformate auf die digitale Ebene und auf der anderen Seite die Verwirklichung von gänzlich neuen Digitalprojekten. Hier lässt sich an erster Stelle unser Podcast „Rheinhören – Der Podcast aus der Bundesstadt“ anführen, für den wir jede Woche einen neuen Gast einladen, um über relevante, tagesaktuelle Themen zu diskutieren. Zusammen mit unserem Moderator Michael Hirz durften wir bislang u.a. Norbert Walter Borjans, Linda Teuteberg, Hendrik Streeck und

Sigmar Gabriel begrüßen. Als zugängliches Format vermag es die Podcastreihe einerseits, einen persönlichen Bezug zu den unterschiedlichsten Gästen herzustellen, und andererseits, über die Expertenperspektiven einen schnellen, aber tiefgreifenden Einblick in verschiedene Themengebiete zu gewährleisten. Bei den digitalen Veranstaltungen handelt es sich wiederum um eine direkte Überbrückung für den Zeitraum, in dem keine Veranstaltungen vor Ort stattfinden können. Zwar bleiben mit tagesaktuellen Themen und namhaften Gästen



die grundlegenden Wesensmerkmale der BAPP-Diskussionen erhalten, doch sind es eigentlich die persönlichen Begegnungen und Gespräche, die den besonderen Charme unserer öffentlichen Formate ausmachen und Politik nahbar werden lassen. Wir können es also kaum erwarten, die Türen der Akademie wieder für ein breites Publikum zu öffnen, das unseren Saal – wie immer – nach der Veranstaltung klüger als vorher verlassen wird.

# Zahlen bitte!

Zu den 190 Veranstaltungen kamen (hochgerechnet) 23.370 Besucher. Eine statistischer Rückblick.



Lebendiger Dialog: Die Besucher der Diskussionsveranstaltungen schätzen die Möglichkeit, sich mit Fragen und Anregungen in die Podiumsdiskussionen einzubringen

122 Podiumsdiskussionen

68 Workshops

45 Lehrveranstaltungen

25 Foren

24 Forschungsprojekte

49 Publikationen

23.180 Gäste

488 Diskutanten







**BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK**